

Auf in die Provinz!

Zusammengestellt von Johanna Wischner

<i>Johanna Wischner, Thomas Müller</i>		Anne Hartmann, Reinhard Müller	
Editorial	2	(Hg.):	
<i>Roger Woods</i>		Tribunale als Trauma	
Walter Kempowskis „Das Echolot.		Rezensiert von <i>Wladislaw Hedeler</i>	62
Abgesang '45“	8	<i>Sonia Combe:</i>	
<i>Paolo Chiocchetti</i>		Loyal um jeden Preis. „Linientreue	
Der Niedergang der radikalen Lin-		Dissidenten“ im Sozialismus	
ken in Italien	22	Rezensiert von <i>Ulrich Busch</i>	65
<i>Dieter Segert</i>		<i>Dieter Klein:</i>	
Die Krise der Linken in Osteuropa		Regulation in einer solidarischen	
und ihre globalen Wurzeln	32	Gesellschaft. Wie eine sozial-	
<i>Michael Brie</i>		ökonomische Transformation ge-	
Von den Schwierigkeiten der Lin-		lingen könnte	
ken, gegen den Sturm zu segeln . . .	50	Rezensiert von <i>Dieter Segert</i>	68

Johanna Wischner, Thomas Müller

Editorial

„Auf in die Provinz!“, so lautet der leicht ironisch gemeinte Schlachtruf, mit dem wir den Schwerpunkt dieses Hefts überschreiben. Natürlich stellt sich die Frage: Was könnte ein Hauptstadtjournal, ein Journal, das in der einzigen echten Metropole Deutschlands (so zumindest einige spitze Zungen) zu Hause ist, überhaupt zum Thema Provinz sagen? Zunächst einmal nicht viel, so erscheint es zumindest, ist doch die Forschungsperspektive in vielen Sozial- und Geisteswissenschaften metropoliten. Oft genug wird der ländliche Raum als „das Andere“ der Metropole konstruiert. In und nach der Pandemie, in der die Enge der Großstadt ebenso wie die Möglichkeiten mobilen Arbeitens zu Themen des öffentlichen Diskurses wurden zeitweise größer, scheint allerdings das Interesse am Ländlichen gestiegen zu sein. Man hatte gar den Eindruck einer „Landeuphorie“.

Dennoch: Ist der sich angesichts steigender Immobilienpreise immer weiter ausdehnende Speckgürtel Berlins nicht letztlich nichts weiter als die Provinz der Großstadt, und zwar in einem sehr römischen Sinne: abhängig von ihr, auf sie gerichtet und ihr letztlich untergeordnet? Wo ist die Provinz, die plötzlich von einer großen Zahl digitaler Nomaden besiedelt zu sein schien, in ihrem Eigen-Sinn? Was macht sie aus, was ist ihre Qualität, unabhängig von ihrer „zuarbeitenden“ Funktion für die Metropole?

Fragen wie diese haben uns angeregt, das Thema „Provinz“, gerade als Hauptstadtjournal, in den Blick zu nehmen. Allerdings ist dieser Gegenstand einer, der sich entschieden entzieht. Es gibt zwar durchaus sozial- und geis-

teswissenschaftliche Forschung

Dennoch: Ist der sich angesichts steigender Immobilienpreise immer weiter ausdehnende Speckgürtel Berlins nicht letztlich nichts weiter als die Provinz der Großstadt, und zwar in einem sehr römischen Sinne: abhängig von ihr, auf sie gerichtet und ihr letztlich untergeordnet? Wo ist die Provinz, die plötzlich von einer großen Zahl digitaler Nomaden besiedelt zu sein schien, in ihrem Eigen-Sinn? Was macht sie aus, was ist ihre Qualität, unabhängig von ihrer „zuarbeitenden“ Funktion für die Metropole?

Fragen wie diese haben uns angeregt, das Thema „Provinz“, gerade als Hauptstadtjournal, in den Blick zu nehmen. Allerdings ist dieser Gegenstand einer, der sich entschieden entzieht. Es gibt zwar durchaus sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung *über* die Provinz, weniger aber *aus* der Provinz, sofern man keinen sehr engen Provinzbegriff vertritt, der ganz Deutschland, abgesehen von Berlin, zur Provinz erklärt. Aber genau an dieser Stelle drängen sich schon Fragen auf: Was ist überhaupt *über* die Provinz, weniger aber *aus* der Provinz, sofern man keinen sehr engen Provinzbegriff vertritt, der ganz Deutschland, abgesehen von Berlin, zur Provinz erklärt. Aber genau an dieser Stelle drängen sich schon Fragen auf: Was ist überhaupt die Provinz, und *wo* ist sie? Sind es nur die Dörfer und vielleicht noch die Kleinstädte? Oder zählen die Provinz, und *wo* ist sie? Sind es nur die Dörfer und vielleicht noch die Kleinstädte? Oder zählen auch Mittelstädte zu? Oder Mittelstädte zur Provinz? Ist Provinz überhaupt eine rein räumliche Kategorie? – Wie Raum und Geistes- und

tung einander bedingen, wird in einigen der Artikel dieses Schwerpunkts diskutiert. Die Spannung zwischen Raum und Geist ist zentral, wenn man das Schillern und Changieren des Motivs „Provinz“ verstehen will. Es weist auf eine räumliche Verfasstheit hin, weist im Begriff der Provinzialität aber auch über diese hinaus. Geistesgeschichtlich kann auch von „Provinzen des Denkens“ gesprochen werden, von abseitigen Gegenden, durch die nie die Hauptströmungen irgendeiner Wissenschaftsdisziplin flossen und die dennoch unseren akademischen Reichtum und die Vielfalt des Denkens ausmachen.

Dass wissenschaftliche Forschung überwiegend in Metropolen stattfindet und aufgrund der Verfasstheit der akademischen Strukturen, dort, wo sie in kleineren Städten situiert ist, doch letztlich oftmals von Forschenden ausgeführt wird, die aus Großstädten pendeln oder nur vorübergehend in „der Provinz“ wohnen, wirft ein politisches Schlaglicht auf die Frage, wo die Provinz in der Forschung eigentlich bleibt. Die Frage nach der Provinz als Forschungsgegenstand sowie als (oftmals fehlende) Perspektive und Standpunkt des Forschens verweist eindrücklich auf die Situiertheit unseres Denkens und unserer Forschung – nicht nur in geistigen Kategorien, auch räumlich sind sie immer verortet. Diese Situiertheit zu reflektieren, gehört dank Wissenschaftssoziologie und -geschichte zum sozial- und geisteswissenschaftlichen *Common Sense*. Allerdings bleibt sie oftmals unreflektiert, wenn es um die metropolitane gegenüber der provinziellen Perspektive geht.

Zwar ist die Vorstellung wissenschaftlicher „Objektivität“ in einem strengen Sinne im Zuge der Wissenschaftskritik des 20. Jahrhunderts obsolet geworden. Aber die Loslösung von ihrem Entstehungskontext ist nach wie vor Bestreben und Ziel von Forschung und ihre „Ortlosigkeit“ daher nur die logische Folge. Allerdings besteht so immer die Gefahr, dass die Perspektive der Metropole als Perspektive unsichtbar und damit unausgesprochen

zur Norm wird. Ähnliches ließe sich vermutlich auch über andere Bereiche von Kultur und Öffentlichkeit sagen, wie den überregionalen Journalismus, der den öffentlichen Diskurs in anderer Weise prägt als wissenschaftliche Forschung. Er wird ebenfalls in Großstädten gemacht und thematisiert den ländlichen Raum nicht selten auf fast schon ethnologische Weise als das faszinierende und/oder bedrohliche Andere.

Die Beiträge des Schwerpunkts befassen sich auf verschiedene Weise mit Räumen der Provinz, des Provinziellen. Immer aber klingt durch: Die Provinz ist nie nur räumlich gedacht, sie ist immer auch ein soziales, ein politisches, ein historisches, ein geistiges und auch ein ökonomisches Phänomen. Ohne die Spannung zwischen Metropole und Provinz (wie auch immer diese dann genau bestimmt sein mögen) kommt allerdings kein Beitrag aus. Diese beiden Pole bedingen einander und erst aus ihrer Beziehung ergeben sich Selbstverständnisse, -beschreibungen und -verortungen und damit letztlich auch gesellschaftliche Verhältnisse. Die Eigensinnigkeit der Provinz ist also vermutlich nicht zu erfassen ohne eine Abwertung des Metropolitanen – eine analytisch nicht sehr befriedigende Perspektive. Insofern liegt es nahe, herauszuarbeiten, wie sich diese beiden Pole aufeinander beziehen, wie ihr Spannungsverhältnis Entwicklungen bedingt und auch Bewertungs- und Analyseraster hervorbringt.

Zum Auftakt untersucht Tobias Becker das historische Missverhältnis zwischen Metropole und Provinz. Er betont die Relationalität der beiden Begriffe, die aber wegen der hegemonialen metropolitanen Perspektiven letztlich zu Ungunsten des Ländlichen und der Provinz ausfallen. Trotz der zunehmenden Vernetzung der Welt und des Zurücktretens des physischen Orts in Zeiten globaler Kommunikation sei der Topos des Provinziellen nicht verschwunden. Allerdings wurde, so Becker, das Metropole-Provinz-Verhältnis vor dem Hin-

tergrund der Globalisierung neu justiert.

Die nächsten beiden Texte behandeln grundlegende philosophische Fragen anhand der Dichotomie Metropole/Provinz. Die Verortetheit unseres Denkens kann, so scheint es, auf anthropologischer und metaphysischer Ebene nicht durch Vernetzung und Digitalisierung zum Verschwinden gebracht werden. Zanan Akin stellt die Frage, worin Metropolität und Provinzialität überhaupt noch bestehen können, wenn der Lebensort durch ortsungebundenen Arbeiten immer weniger bedeutsam und der Lebensstil entscheidend wird. Anhand einer auf Heidegger rekurrierenden kritischen Auseinandersetzung mit Andreas Reckwitz' Konzeption der „Gesellschaft der Singularitäten“ wird die „Erlebbarkeit“ als Schlüsselbegriff herausgearbeitet, der eine neue Annäherung an das Verhältnis zwischen Provinz und Metropole ermöglichen könnte. Ebenfalls mit Heidegger, dem Philosophen der Provinz *par excellence* – der reaktionäre, nationalistische Unterton seiner Provinzbegeisterung muss dabei immer mitgedacht werden –, arbeitet Michael Meyer-Albert, wobei er diesem Hannah Arendt und ihre Emphase der Urbanität gegenüberstellt. Provinzialität und Urbanität werden als zueinander in einem Spannungsverhältnis stehende Modi der existenziellen Welt-offenheit dargestellt, die auch und gerade in einer globalisierten Welt notwendig bleiben.

Am konkreten Fall und an empirischem Material orientieren sich die drei folgenden Beiträge: Zunächst erinnert Bernd Belina an die westdeutsche Provinz-Debatte der 1970er Jahre.

Er präsentiert eine strukturierte Collage aus „Fundstücken“, die auch für gegenwärtige Debatten aufschlussreich sein können: Die Provinz als Raumkategorie in ihrem heutigen Sinn ist Produkt der räumlich ungleichen Entwicklung des Kapitalismus. Es sind diese räumlichen Verhältnisse, die Provinzialismus – verstanden als apodiktisches Setzen des Eigenen gegen das Fremde – begünstigen, aber nicht bedingen. Daher lässt sich Provinzia-

lismus häufiger, aber nicht nur, in der Provinz finden. Den Nexus zwischen Fußball und Provinz arbeitet Philipp Didion am Beispiel von Fußballstadien heraus. Er zeigt, dass neben dem oftmals mit dem Fußball assoziierten aggressiven Lokalpatriotismus weitere Bedeutungsschichten existieren. In einer vergleichenden Analyse zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland deutet sich an, dass Fußballstadien beides sein können: Orte kreativer Re-Provinzialisierung mittels provin- und heimatpraktischer Aneignungsprozesse und Orte der De-Provinzialisierung mittels sukzessiver Horizont- und Funktionserweiterungen. Am Beispiel von Gütersloh zeichnen Joana Gelhart, Christoph Lorke und Tim Zumloh in ihrer Fallstudie die Entwicklung von der Mittelstadt zur Großstadt nach. Sie gehen jenen Neupositionierungen nach, die sich in den Handlungsfeldern städtischer Repräsentations-, Infrastruktur- und Migrationspolitik zwischen Provinz und Großstadt bewegten. Ihrer Untersuchung liegt ein performatives Verständnis zugrunde, wonach „Provinz“ und „Großstadt“ keine faktischen Größen darstellen, sondern stets diskursiv und habituell hervorgebracht und individuell angeeignet werden.

Provinz? Ist Provinz überhaupt eine rein räumliche Kategorie? – Wie Raum und Geisteshaltung einander bedingen, wird in einigen der Artikel dieses Schwerpunkts diskutiert. Die Spannung zwischen Raum und Geist ist zentral, wenn man das Schillern und Changieren des Motivs „Provinz“ verstehen will. Es weist auf eine räumliche Verfasstheit hin, weist im Begriff der Provinzialität aber auch über diese hinaus. Geistesgeschichtlich kann auch von „Provinzen des Denkens“ gesprochen werden, von abseitigen Gegenden, durch die nie die Hauptströmungen irgendeiner Wissenschaftsdisziplin flossen und die dennoch unseren akademischen Reichtum und die Vielfalt des Denkens ausmachen.

Dass wissenschaftliche Forschung überwiegend in Metropolen stattfindet und aufgrund

der Verfasstheit der akademischen Strukturen, dort, wo sie in kleineren Städten situiert ist, doch letztlich oftmals von Forschenden ausgeführt wird, die aus Großstädten pendeln oder nur vorübergehend in „der Provinz“ wohnen, wirft ein politisches Schlaglicht auf die Frage, wo die Provinz in der Forschung eigentlich bleibt. Die Frage nach der Provinz als Forschungsgegenstand sowie als (oftmals fehlende) Perspektive und Standpunkt des Forschens verweist eindrücklich auf die Situiertheit unseres Denkens und unserer Forschung – nicht nur in geistigen Kategorien, auch räumlich sind sie immer verortet. Diese Situiertheit zu reflektieren, gehört dank Wissenschaftssoziologie und -geschichte zum sozial- und geisteswissenschaftlichen *Common Sense*. Allerdings bleibt sie oftmals unreflektiert, wenn es um die metropolitane gegenüber der provinziellen Perspektive geht.

Zwar ist die Vorstellung wissenschaftlicher „Objektivität“ in einem strengen Sinne im Zuge der Wissenschaftskritik des 20. Jahrhunderts obsolet geworden. Aber die Loslösung von ihrem Entstehungskontext ist nach wie vor Bestreben und Ziel von Forschung und ihre „Ortlosigkeit“ daher nur die logische Folge. Allerdings besteht so immer die Gefahr, dass die Perspektive der Metropole als Perspektive unsichtbar und damit unausgesprochen zur Norm wird. Ähnliches ließe sich vermutlich auch über andere Bereiche von Kultur und Öffentlichkeit sagen, wie den überregionalen Journalismus, der den öffentlichen Diskurs in anderer Weise prägt als wissenschaftliche Forschung. Er wird ebenfalls in Großstädten gemacht und thematisiert den ländlichen Raum nicht selten auf fast schon ethnologische Weise als das faszinierende und/oder bedrohliche Andere.

Die Beiträge des Schwerpunkts befassen sich auf verschiedene Weise mit Räumen der Provinz, des Provinziellen. Immer aber klingt durch: Die Provinz ist nie nur räumlich gedacht, sie ist immer auch ein soziales, ein politisches, ein historisches, ein geistiges und

auch ein ökonomisches Phänomen. Ohne die Spannung zwischen Metropole und Provinz (wie auch immer diese dann genau bestimmt sein mögen) kommt allerdings kein Beitrag aus. Diese beiden Pole bedingen einander und erst aus ihrer Beziehung ergeben sich Selbstverständnisse, -beschreibungen und -verortungen und damit letztlich auch gesellschaftliche Verhältnisse. Die Eigensinnigkeit der Provinz ist also vermutlich nicht zu erfassen ohne eine Abwertung des Metropolitanen – eine analytisch nicht sehr befriedigende Perspektive. Insofern liegt es nahe, herauszuarbeiten, wie sich diese beiden Pole aufeinander beziehen, wie ihr Spannungsverhältnis Entwicklungen bedingt und auch Bewertungs- und Analyseraster hervorbringt.

Zum Auftakt untersucht Tobias Becker das historische Missverhältnis zwischen Metropole und Provinz. Er betont die Relationalität der beiden Begriffe, die aber wegen der hegemonialen metropolitane Perspektiven letztlich zu Ungunsten des Ländlichen und der Provinz ausfallen. Trotz der zunehmenden Vernetzung der Welt und des Zurücktretens des physischen Orts in Zeiten globaler Kommunikation sei der Topos des Provinziellen nicht verschwunden. Allerdings wurde, so Becker, das Metropole-Provinz-Verhältnis vor dem Hintergrund der Globalisierung neu justiert.

Die nächsten beiden Texte behandeln grundlegende philosophische Fragen anhand der Dichotomie Metropole/Provinz. Die Verortetheit unseres Denkens kann, so scheint es, auf anthropologischer und metaphysischer Ebene nicht durch Vernetzung und Digitalisierung zum Verschwinden gebracht werden. Zanan Akin stellt die Frage, worin Metropolitän und Provinzialität überhaupt noch bestehen können, wenn der Lebensort durch ortsungebundenes Arbeiten immer weniger bedeutsam und der Lebensstil entscheidend wird.

Anhand einer auf Heidegger rekurrierenden kritischen Auseinandersetzung mit Andreas Reckwitz' Konzeption der „Gesellschaft der Singularitäten“ wird die „Erlebbarkeit“

als Schlüsselbegriff herausgearbeitet, der eine neue Annäherung an das Verhältnis zwischen Provinz und Metropole ermöglichen könnte. Ebenfalls mit Heidegger, dem Philosophen der Provinz *par excellence* – der reaktionäre, nationalistische Unterton seiner Provinzbegeisterung muss dabei immer mitgedacht werden –, arbeitet Michael Meyer-Albert, wobei er diesem Hannah Arendt und ihre Emphase der Urbanität gegenüberstellt. Provinzialität und Urbanität werden als zueinander in einem Spannungsverhältnis stehende Modi der existenziellen Weltoffenheit dargestellt, die auch und gerade in einer globalisierten Welt notwendig bleiben.

Am konkreten Fall und an empirischem Material orientieren sich die drei folgenden Beiträge: Zunächst erinnert Bernd Belina an die westdeutsche Provinz-Debatte der 1970er Jahre. Er präsentiert eine strukturierte Collage aus „Fundstücken“, die auch für gegenwärtige Debatten aufschlussreich sein können: Die Provinz als Raumkategorie in ihrem heutigen Sinn ist Produkt der räumlich ungleichen Entwicklung des Kapitalismus. Es sind diese räumlichen Verhältnisse, die Provinzialismus – verstanden als apodiktisches Setzen des Eigenen gegen das Fremde – begünstigen, aber nicht bedingen. Daher lässt sich Provinzialismus häufiger, aber nicht nur, in der Provinz finden. Den Nexus zwischen Fußball und Provinz arbeitet Philipp Didion am Beispiel von Fußballstadien heraus. Er zeigt, dass neben dem oftmals mit dem Fußball assoziierten aggressiven Lokalpatriotismus weitere Bedeutungsschichten existieren. In einer vergleichenden Analyse zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland deutet sich an, dass Fußballstadien beides sein können: Orte kreativer Re-Provinzialisierung mittels provinzieller und heimatpraktischer Aneignungsprozesse und Orte der De-Provinzialisierung mittels sukzessiver Horizont- und Funktionserweiterungen. Am Beispiel von Gütersloh zeichnen Joana Gelhart, Christoph Lörke und Tim Zumloh in ihrer Fallstudie die Entwick-

lung von der Mittelstadt zur Großstadt nach. Sie gehen jenen Neupositionierungen nach, die sich in den Handlungsfeldern städtischer Repräsentations-, Infrastruktur- und Migrationspolitik zwischen Provinz und Großstadt bewegen. Ihrer Untersuchung liegt ein performatives Verständnis zugrunde, wonach „Provinz“ und „Großstadt“ keine faktischen Größen darstellen, sondern stets diskursiv und habituell hervorgebracht und individuell angeeignet werden.

Der Schwerpunkt wird abgerundet durch zwei Projektvorstellungen, die in unterschiedlichen Anteilen eine Verortung in „der Provinz“ betonen und zugleich die Potenziale des spezifisch ländlichen Blicks und der ländlichen Lebensweise heben wollen. Ricardo Kaufer versteht die Provinz als „Projektraum“ für eine Nachhaltigkeitstransformation von unten. Er stellt verschiedene Projekte vor, die zur ökonomischen und ökologischen gesellschaftlichen Transformation beitragen wollen, und argumentiert, dass der ländliche Raum ein günstiger Nährboden für diese Bestrebungen ist. Zugleich fordert Kaufer, dass moderne Staatlichkeit die Zugänglichkeit zur und Gestaltbarkeit der Provinz stärker als öffentliches Gut organisieren sollte. Kenneth Anders rückt den Begriff des Eigensinns ins Zentrum seiner Überlegungen: Er weist darauf hin, dass Provinzen nicht aus sich heraus bestehen, sondern in Beziehung zu einem Staat oder Ballungsraum zu sehen sind, ohne deswegen in den Interessen des Zentrums aufzugehen. Provinzieller Eigensinn, so Anders, entfaltet sich durch regionale Kommunikation – im Interesse des ländlichen Raums, aber auch als Korrektiv in der Gesellschaft. Diese Dialektik arbeitet der Autor am Beispiel des Oderbruchs und eines dort entwickelten Ansatzes regionaler Selbstbeschreibung heraus.

Außerhalb des Schwerpunkts analysiert Roger Woods „Das Echolot. Abgesang '45“, den letzten Band von Walter Kempowskis „kollektivem Tagebuch“ des Zweiten Weltkrieges. Beim Vergleich von Kempowskis Originalunterla-

gen mit den Auszügen, die im „Abgesang '45“ veröffentlicht wurden, zeigt sich, dass Kempowski das Material, das er erhalten hatte, so arrangierte, überarbeitete und rekontextualisierte, dass die heterogenen Erinnerungen verschiedener Individuen gegenüber der Darstellung kollektiven deutschen Leids in den Hintergrund treten. Das nicht zuletzt in der Corona-Pandemie in Bewegung geratene Verhältnis von Arbeit und Freizeit ist der Ausgangspunkt für Gregor Ritschel, nach der Geschichte und Aktualität des Begriffs der freien Zeit zu fragen. Ritschel zufolge ist freie Zeit eine politische Idee, die es verdient, stärker beachtet und in ihrem Eigensinn gewürdigt zu werden. Sein Beitrag endet mit einem Plädoyer für eine neue Kultur der freien Zeit, die mehr ist als Erholung von der Erwerbsarbeit. Der Schwerpunkt wird abgerundet durch zwei Projektvorstellungen, die in unterschiedlichen Anteilen eine Verortung in „der Provinz“ betonen und zugleich die Potenziale des spezifisch ländlichen Blicks und der ländlichen Lebensweise heben wollen. Ricardo Kaufer versteht die Provinz als „Projektraum“ für eine Nachhaltigkeitstransformation von unten. Er stellt verschiedene Projekte vor, die zur ökonomischen und ökologischen gesellschaftlichen Transformation beitragen wollen, und argumentiert, dass der ländliche Raum ein günstiger Nährboden für diese Bestrebungen ist. Zugleich fordert Kauf- er, dass moderne Staatlichkeit die Zugänglichkeit zur und Gestaltbarkeit der Provinz stärker als öffentliches Gut organisieren sollte. Kenneth Anders rückt den Begriff des Eigensinns ins Zentrum seiner Überlegungen: Er weist darauf hin, dass Provinzen nicht aus sich heraus bestehen, sondern in Beziehung zu einem Staat oder Ballungsraum zu sehen sind, ohne deswegen in den Interessen des Zentrums aufzugehen. Provinzieller Eigensinn, so Anders, entfaltet sich durch regionale Kommunikation – im Interesse des ländlichen Raums, aber auch als Korrektiv in der Gesellschaft. Diese Dialektik arbeitet der Autor am Beispiel des Oderbruchs und eines dort entwickelten An-

satzes regionaler Selbstbeschreibung heraus.

Außerhalb des Schwerpunkts analysiert Roger Woods „Das Echolot. Abgesang '45“, den letzten Band von Walter Kempowskis „kollektivem Tagebuch“ des Zweiten Weltkrieges. Beim Vergleich von Kempowskis Originalunterlagen mit den Auszügen, die im „Abgesang '45“ veröffentlicht wurden, zeigt sich, dass Kempowski das Material, das er erhalten hatte, so arrangierte, überarbeitete und rekontextualisierte, dass die heterogenen Erinnerungen verschiedener Individuen gegenüber der Darstellung kollektiven deutschen Leids in den Hintergrund treten. Das nicht zuletzt in der Corona-Pandemie in Bewegung geratene Verhältnis von Arbeit und Freizeit ist der Ausgangspunkt für Gregor Ritschel, nach der Geschichte und Aktualität des Begriffs der freien Zeit zu fragen. Ritschel zufolge ist freie Zeit eine politische Idee, die es verdient, stärker beachtet und in ihrem Eigensinn gewürdigt zu werden. Sein Beitrag endet mit einem Plädoyer für eine neue Kultur der freien Zeit, die mehr ist als Erholung von der Erwerbsarbeit.

Roger Woods

Walter Kempowskis „Das Echolot. Abgesang '45“

Vom Archiv zur Druckfassung¹

„Das Echolot. Abgesang '45“, der letzte Band von Walter Kempowskis zehnbändigem „kollektivem Tagebuch“ des Zweiten Weltkriegs für die Zeit von Juni 1941 bis Mai 1945, erschien 2005 und wurde in der deutschen Presse vielfach mit großer Begeisterung aufgenommen.² Wie die vorangegangenen neun Bände, die zu Bestsellern wurden und Kempowski zahlreiche Literaturpreise und Ehrungen einbrachten, besteht es aus Auszügen aus Tagebüchern, Briefen, veröffentlichten und unveröffentlichten Memoiren, Zeitungen, Texten von Radiosendungen und Reden, Todesanzeigen und militärischen Mitteilungen. Diese Auszüge stammen aus den Schriften bekannter Politiker, Intellektueller und Journalisten sowie von Soldaten und KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und anderen, die in keiner Weise berühmt waren, aber über ihre Erfahrungen in den Kriegsjahren berichtet haben.

Ein **großer Teil** des *unveröffentlichten Materials*, das in den einzelnen Bänden von „Das Echolot“ zitiert wird, war Kempowski auf seine Anzeigen in der deutschen Presse seit Anfang der 1970er Jahre zugesandt worden, in denen er die Leser um Fotos aus der Zeit bis 1950, unveröffentlichte Tagebücher, Briefe und Autobiographien bat. Diese Sammlung von rund 8.000 biographischen und weiteren Dokumenten bildet das sogenannte Biografienarchiv von Kempowski, es umfasst rund 400 Regalmeter und befindet sich heute im Archiv der Akademie der Künste in Berlin.³ Aus der Sammlung präsentiert Kempowski in „Abgesang '45“

Auszüge für den Zeitraum vom 20. April bis 9. Mai 1945; der Band bildet den Abschluss von Kempowskis umfangreichem, zwanzigjährigem „Echolot“-Projekt (vgl. Kempowski 2005a: 5).

In diesem Artikel wird vor dem Hintergrund der Theoriediskussionen zur Autobiographie und des wachsenden Interesses der Historiker an der subjektiven Erfahrung von Geschichte untersucht, wie Kempowski sein Material organisierte. Dabei werden die Materialien, die Kempowski von den jeweiligen Autoren oder ihren Angehörigen für sein Biografienarchiv erhielt, mit den in „Abgesang '45“ veröffentlichten Texten verglichen.

Helmut Schmitz (2007a: 5) konstatiert für die jüngste Zeit eine Verschiebung der historiographischen und populären Diskurse von einer Geschichte der „harten Fakten“ hin zur „Erzählung“. Ähnlich charakterisiert Norbert Frei die Zeit von 1995 bis 2005 als das Jahrzehnt der „Zeitzeugen“ und der „gefühlten Geschichte“ (zit. n. Schmitz 2007a: 5f.). Gabriele Jancke benennt in ihrer Studie „Autobiographie als soziale Praxis“ die allgemeineren Gründe für das wachsende Interesse in der Wissenschaft an der individuellen Sichtweise, indem sie beschreibt, wie die Lektüre autobiographischer Texte ihre „Sicht von Geschichte verändert“ habe. „Nach der Lektüre von mehreren Hundert solcher Schriften“ sei ihre Schlussfolgerung, die „Vielfalt von Perspektiven“ der autobiographischen Texte untergrabe die Plausibilität von Verallgemeinerungen, denn in ihr wer-

de sichtbar, wie verschiedene Gruppen – Minderheiten und Mehrheiten, Intellektuelle und Menschen mit geringer Bildung, Frauen und Männer – die Gesellschaft auf unterschiedliche Weise erlebten. Jancke zeigt autobiographische Texte namentlich genannter Personen als eine Herausforderung für den Prozess der Verallgemeinerung, der im Mittelpunkt vieler akademischer Arbeiten stehe. Sie schlägt vor, diese Texte daraufhin zu lesen, dass sie Grundlegendes über eine bestimmte Gesellschaft vermitteln (Jancke 2002: VII).⁴

In welcher Hinsicht sind diese hohen Erwartungen an die subjektive Erfahrung für Kempowskis Projekt relevant? Sie sind sicherlich ein bedeutender Teil von dessen Rezeption: Dirk Hempel, Kempowskis Biograph, schreibt, aus dem Archiv der unveröffentlichten Autobiographien entstehe in „Das Echolot“ ein „Bild der historischen Ereignisse“ aus der subjektiven Perspektive der Individuen, die sie erlebt haben (Hempel 2006: 44).⁵ Kempowski selbst betont, dass er den ungehörten Stimmen Raum geben wollte. In der Einleitung zum ersten Band von „Das Echolot“ beschreibt er, wie er in Göttingen „einen Haufen Fotos und Briefe auf der Straße liegen“ sah, über den Passanten gingen. Sie entpuppten sich als „die letzte Hinterlassenschaft eines gefallenen Soldaten, Fotos aus Russland und Briefe an seine Braut“. Kempowski sammelte sie ein. Aus dieser konkreten Erfahrung zieht er die Schlussfolgerung, dass wir „den Alten nicht den Mund zuhalten“ sollten, „wenn sie uns etwas erzählen wollen“, und dass wir „ihre Tagebücher nicht in den Sperrmüll geben“ dürfen. Sie sind „an uns gerichtet“, und wir können es uns nicht leisten, die „Erfahrungen ganzer Generationen zu vernichten“. „Es ist unsere Geschichte, die da verhandelt wird.“ (Kempowski 1993: 7).

Obwohl Kempowski von der Geschichte des Einzelnen ausgeht, geht es ihm hier mehr um das Nicht-Vergessen einer kollektiven Vergangenheit als um die Stimme des Individuums. Diese Weise, seinen Standpunkt zu entwickeln, wirft eine weitere Frage für die folgende Analy-

se auf. Die von Jancke konstatierte Spannung zwischen Verallgemeinerung und subjektiver Erfahrung historischer Ereignisse lässt sich mit Aleida Assmanns Gegenüberstellung von homogenisierten Formen des institutionellen Gedächtnisses, die ein gemeinsames kulturelles Narrativ produzieren, und den heterogenen Erinnerungen von Individuen beschreiben (Assmann 2006: 157). Mit ihr wäre zu fragen: Inwieweit vermittelt „Abgesang '45“ eine homogenisierte Version der letzten Tage des Zweiten Weltkriegs und inwieweit fängt es heterogene individuelle Erfahrungen ein? Diese Frage stellt sich insbesondere auch in Bezug auf Kempowskis Untertitel für das „Echolot“-Projekt als Ganzes: „ein kollektives Tagebuch“.

Seit Anfang der 2000er Jahre lebt die wissenschaftliche Diskussion über das deutsche Leid und die Deutschen als Opfer des Zweiten Weltkriegs wieder auf.⁶ Im Blick auf die große Popularität von „Das Echolot“ und insbesondere von „Abgesang '45“ – es verkaufte sich von allen Bänden am besten – werde ich auch betrachten, wie Kempowski diese Themen behandelt.

Die Rezeption von Kempowskis „kollektivem Tagebuch“ ist extrem gespalten. Auf der einen Seite stehen jene, die das „Echolot“-Projekt als eine zufällige Sammlung von Texten betrachten. Marcel Reich-Ranicki (2004) etwa urteilte, die ersten vier Bände, die 1993 erschienen, seien nicht mehr als ein chaotisches Durcheinander. Auf der anderen Seite wird Kempowskis gestaltende Hand betont. Carla Damiano (2005: 12) zum Beispiel untersucht „Kempowskis Prinzip der Nebeneinanderstellung zur kontrapunktischen Gliederung der Textauszüge“. Doris Plöschberger (2006: 41) kontrastiert die Einträge in Kempowskis veröffentlichten Tagebüchern, die einander lebhaft widersprechen, mit den Stimmen, die er in „Echolot“ zu einem „Chor“ arrangiere.

Kempowskis Methoden

Kempowski selbst verwendet häufig das Bild von sich als Chorleiter, um die Methode zu veranschaulichen, die „Echolot“ zugrunde liegt.⁷ Hempel, der eng mit Kempowski zusammenarbeitete, beschreibt, wie der Autor von einem Aneinanderreihen der Texte zu einer eher interventionistischen Methode der Anordnung für die ersten Bände überging: „Bisher hatte er die Texte nur aneinandergereiht, was bei erneuter Lektüre wenig befriedigte. Deshalb entschloß er sich zu einer Collagierung nach Art seiner Hörspiele, ordnete das Material dialogisch oder verstärkte Eindrücke durch Häufung, ließ Themen abwechseln, wiederkehren, variierte sie.“ (Hempel 2004: 200)⁸

In der Einleitung zu „Das Echolot“ beschreibt Kempowski, wie er die Texte zu einem Dialog geformt habe (Kempowski 1993: 7).⁹ Die besondere Wirkung des Dialogs, die Kempowski selbst und andere als ein Grundprinzip von „Echolot“ bezeichnen, wird in „Abgesang '45“ deutlich, etwa wenn es um die Frage geht, was die Deutschen über die Konzentrationslager wussten. Unter dem Datum des 20. April 1945 (Hitlers letzter Geburtstag) finden sich Berichte über das Entsetzen der Deutschen, als sie erfuhren, was in den Lagern geschehen war. Kempowski zitiert Mariela Kuhn, die einen deutschen Kriegsgefangenen in einem Krankenhaus in Oxford besuchte und sich mit ihm über die „Entdeckungen (die schrecklichen) in den Konzentrationslagern Buchenwald und Nordhausen“ unterhielt. Sie kommentiert, dass die Kriegsgefangenen die Berichte nicht glauben könnten, selbst wenn sie die Bilder in den englischen Zeitungen sahen (Kempowski 2005a: 67).

Ein anderer Deutscher, Ulli S. aus Hamburg, kann die amerikanischen Berichte über die Konzentrationslager kaum glauben, weil sie so „grauenhaft“ sind: „Man möchte sagen: ‚Das stimmt nicht! Das ist Lüge!‘“ (ebd.: 71).¹⁰ Unter dem Datum des 25. April 1945 zitiert Kempowski jedoch auch den bitteren Bericht von Al-

fred Kantorowicz, der aus New York darüber schreibt, wie entsetzt die westlichen Demokratien waren, als sie im April 1945 die Konzentrationslager Nazideutschlands „entdeckten“. Kantorowicz kommentiert: „Sie hätten das alles bereits seit zwölf Jahren zur Kenntnis nehmen können, aus Tausenden von Berichten entkommener Opfer, aus dokumentarisch belegten Büchern – dem Braun-Buch zum Beispiel“ (ebd.: 163), dem Bericht über die Brutalität der Nazis, an dem Kantorowicz 1933 selbst mitgearbeitet hatte. Teil des Dialogs, den Kempowski gestaltet, ist hier auch die physische Präsenz von KZ-Häftlingen in deutschen Städten während der letzten Kriegsphase: Ein Arzt schreibt über weibliche Häftlinge aus einem ungenannten Lager, die durch Wittstock marschieren (ebd.: 151), Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen beschreiben ihren „Marsch“ in Richtung Mecklenburg und dass Nachzügler erschossen werden (ebd.: 152f., 164), und der Schriftsteller Wilhelm Hausenstein berichtet, wie ungarische Juden aus dem Lager Dachau zu seinem Haus in Tutzing kamen und um Essen bettelten (ebd.: 249).¹¹

Kempowski verdeutlicht mit dem inner-textuellen Dialog über die Konzentrationslager, dass die Auszüge aus dem kollektiven Tagebuch nicht isoliert gelesen werden sollten, da sie sich gegenseitig in Frage stellen.¹² Kempowskis „Methode, verschiedene Stimmen nebeneinander- und gegenüberzustellen“, brachte den Historiker Peter Fritzsche (2002: 77f.) zu der allgemeinen Schlussfolgerung über die früheren „Echolot“-Bände, dass diese „das Potential eines stärker selbstreflektierenden und kritischen Nutzens zeitgenössischer Geschichte“ zeigten.

Entgegen dieser kritischen Bestimmung weicht der Dialog zwischen den Deutschen in „Abgesang '45“ jedoch häufiger der Feindseligkeit zwischen Nazis und Nicht-Nazis oder, noch fragwürdiger, zwischen dem deutschen Volk insgesamt und der kleinen Gruppe von Nazi-Führern und -Anhängern, die so dargestellt werden, als hätten sie jenes getäuscht. So

lesen wir etwa von einem verwundeten deutschen Soldaten, der von den Amerikanern gefangen genommen und in Schloss Waldeck untergebracht worden war, wie er unfreiwillig zum Teilnehmer einer Feier zu Hitlers Geburtstag wird: „Die Tür geht auf, und drei deutsche Führungsoffiziere kommen rein, grüßen und halten eine Geburtstagsfeier für den Führer. Mit deutschem Gruß! [...] Und ich lag im Bett, mit Steckschüssen im Bein und hab' nicht opponiert, sondern hab' den Arm gehoben und dachte, ich bin verrückt“ (Kempowski 2005a: 13). Ein dänischer Journalist berichtet, wie die Berliner den Mann „hassen“, den sie kurz zuvor verehrten, und beschreibt ein Plakat, das in der Nacht an einer Ruine aufgehängt worden war und auf dem stand: „Das danken wir dem Führer!“ – ein Ausdruck, den Goebbels für einen ganz anderen Zweck geprägt hatte (ebd.: 18). Ein Chemiker kommentiert eine Rede von Goebbels, die dieser am Vorabend von Hitlers letztem Geburtstag hielt: „Es war das die tollste Rede, die er je gehalten hat. Sie hatte verzweifelte Ähnlichkeit mit dem Verhalten eines vor dem Tode stehenden Tuberkulösen, der glaubt, daß sich jetzt alles zum Besten wenden wird. Oder hat hier ein völlig Wahnsinniger gesprochen?“ (ebd.: 42).

Paula Nemeskei aus Nürnberg fragt sich angesichts der Kämpfe um die Stadt am 20. April: „muß denn unsere an sich schon so zerstörte Stadt noch ganz kaputt werden?“; und sie kommentiert: „Aber die Nationalsozialisten bleiben sich treu: alles noch opfern, weil sie selbst ihr Ende sehen“ (ebd.: 52). Marthel Kaiser aus dem westfälischen Neheim schreibt zu Hitlers Geburtstag: „Verfluchen werden viele, ja fast alle Deutschen heute diesen Tag, und wie waren wir einmal so froh darüber. Wie hat sich doch alles gewandelt. Was hat dieser eine Mann doch alles getan. Gutes, ja gewiß, es ist nicht zu leugnen, daß auch manches dabei war, was gut war und idealistisch, aber das Gute wiegt nicht all das Furchtbare auf, was schließlich und endlich über unser deutsches Volk gekommen ist, durch diesen

Mann.“ Sie wirft Hitler vor, das Volk betrogen zu haben (ebd.: 83f.). Der Schriftsteller Erich Weinert bezeichnet aus dem Moskauer Exil die Deutschen als „zerrissenes, entwurzeltes, irreführtes Volk“ (ebd.: 215). Goebbels um Hitlers Geburtstag gehaltene Reden, in denen er prophezeite, Deutschland werde nach dem Krieg „in wenigen Jahre aufblühen wie zuvor“, es werde zu „Ordnung, Frieden und Wohlstand“ kommen (ebd.: 10), sowie seine Loyalitätserklärung an Hitler im Namen der gesamten deutschen Nation (ebd.: 41) stoßen auf Unglauben (ebd.: 15, 369) und Hohn (ebd.: 16). Goebbels wird als „der oberste Märchen-erzähler“ (ebd.: 47) und Hitler selbst entweder als wahnsinnig oder als „der leibhaftige Satan“ bezeichnet (ebd.: 240). Diese Beispiele illustrieren eine Dimension von Kempowskis beherrschendem Thema in „Abgesang '45“: die Deutschen als Opfer. Und anders als bei der Frage, was die Deutschen über die Konzentrationslager wussten, bleibt diese Vorstellung weitgehend unangefochten.

Die Herausstellung des Opferstatus der Deutschen wird durch Kempowskis Methode befördert: Indem er Momentaufnahmen aus dem Leben der Menschen präsentiert, schneidet er deren Kontext der Vergangenheit und Zukunft ab. Dies zeigt sich zum Beispiel in dem Auszug von Hanns Lilje zum 20. April 1945. Lilje, der seit 1944 wegen Verbindungen zu Gruppen, die sich gegen die Gleichschaltung der Kirchen durch die Nazis wandten, inhaftiert war, erlebte den Einmarsch der Amerikaner in Nürnberg von seiner Zelle in einem Gestapo-Gefängnis aus. Er kommentiert die Befreiung der Stadt durch die Amerikaner mit: „Da ist die jäh aufsteigende Bitterkeit, daß es Fremde sein müssen, die uns das kostbare Gut der Freiheit wiedergeben, das die eigenen Volksgenossen uns geraubt haben“ (ebd.: 53). Was in dieser Momentaufnahme, die das Leitmotiv von den Deutschen als Opfer des Nationalsozialismus wiederholt, nicht berücksichtigt wird, ist Liljes Haltung gegenüber den Nazis vor dem Krieg. Im Jahr 1932 hatte er deren

bevorstehende Machtübernahme begrüßt: „Es ist mit großer Bestimmtheit zu erwarten, daß der Nationalsozialismus noch im Laufe dieses Jahres, vermutlich schon im Frühjahr, in irgendeiner Form an der Regierung beteiligt wird. Die Frage, ob das wünschenswert ist, ist mit Ja zu beantworten.“ (Lilje 1932: 72)

Es geht dabei auch nicht einfach darum, dass die von Kempowski präsentierte Momentaufnahme die frühere Unterstützung des Nationalsozialismus nicht berücksichtigt. Nach dem Krieg wurde Lilje Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), und er war Unterzeichner des „Stuttgarter Schuldbekenntnisses“ des EKD-Rates 1945, in dem die EKD eine gewisse Verantwortung für den Nationalsozialismus übernahm und Selbstkritik übte, diesem nicht mutiger entgegengetreten zu sein (vgl. Besier, Sauter 1985). Liljes Vor- und Nachkriegspositionen bilden somit eine Herausforderung für die Opferperspektive in dem von Kempowski gewählten Ausschnitt.

„Abgesang '45“ stellt die Deutschen auch als Opfer der vorrückenden feindlichen Armeen dar, insbesondere der Russen, die plündern und deutsche Frauen vergewaltigen (Kempowski 2005a: 37, 115, 282, 364).¹³ Deutsche sind Opfer der alliierten Luftangriffe, die die Städte in Schutt und Asche legen (ebd.: 43, 70, 128). In den letzten Kriegstagen wollen nur noch die wahnhaften Naziführer weiterkämpfen (ebd.: 10, 101, 129, 214), während die unteren Ränge nicht mehr an einen Sieg glauben (ebd.: 14, 16, 20) und Vernunft walten lassen, indem sie kapitulieren und die Städte übergeben wollen, um weiteres sinnloses Sterben zu verhindern (ebd.: 52, 69). Während überzeugte Nazis die Deutschen für ihre „Selbstbeherrschung“ und „Disziplin“ loben (ebd.: 76), berichten andere vom Absturz ins Chaos, betrunkenen Offizieren (ebd.: 74) und Soldaten, die „unter der Uniform einen Zivilanzug tragen“ (ebd.: 20).

Kempowskis Methode, kurze Auszüge zu verwenden, tendiert auch dazu, das darin beschriebene Leid zu fragmentieren und zu dekontextualisieren. Während Kempowski in

mehreren früheren „Echolot“-Bänden aus Victor Klemperers Tagebüchern zitiert, wie dieser als Jude in Nazideutschland immer restriktiveren antisemitischen Gesetzen unterworfen war (z. B. Kempowski 2002: 568f.), zitiert er in „Abgesang '45“ Tagebucheinträge von Klemperer über die Entbehrungen des Alltags gegen Ende des Krieges und über seine Erleichterung und Dankbarkeit, überlebt zu haben: „[...] all das Elend unserer Situation: die Enge, die Primitivität, der Schmutz, die Zerfetztheit der Kleidung, des Schuhwerks, der Mangel an allem und jedem (wie Schnürsenkel, Messer, Verbandsstoff, Desinfektionsmittel, Getränk ...).“ (Kempowski 2005a: 266) Dies liest sich wie viele andere Passagen in „Abgesang '45“, die von deutschen Zivilisten stammen, und der Leser erfährt nichts über den Kontext, der Klemperer von seinen Leidensgenossen unterscheidet. Während Klemperers Tagebücher in ihrer Gesamtheit dokumentieren, wie er als Jude seine Stelle an der Dresdner Universität verlor, er mit seiner Frau ins Ghetto umziehen musste und er trotz seiner Angina schwere körperliche Arbeit bei eisiger Kälte verrichten musste (Klemperer 2001: 8, 21, 27, 39, 44), trägt der von Kempowski im „Abgesang '45“ zitierte Auszug zu einem undifferenzierten Bild einer Gemeinschaft von Deutschen bei, die in den letzten Kriegstagen leiden.¹⁴

Das Thema des deutschen Leidens war für Kempowski schon lange mit seinem Projekt der Sammlung deutscher Autobiographien verbunden, allerdings auf ambivalente Weise: In einer Tagebuchnotiz vom 12. April 1987 reflektiert er über die Wirkung des Archivs auf diejenigen, die ihr autobiographisches Material einreichen: „Der einzelne Einsender erfährt eine späte Genugtuung, er weiß, daß sein Leiden wenigstens statistisch zu Buche schlägt. Sein Name ist im Himmel geschrieben“; er weist aber auch darauf hin, dass ein Teil des Materials ein Element von Selbstmitleid enthalte (Kempowski 2005b: 104). Kempowski gibt einen weiteren Hinweis zu seiner Motivation für die Arbeit an „Das Echolot“, wenn

er sich fragt, warum er so viel Energie in das Projekt stecke, und zu dem Schluss kommt, dass sein Einsatz dem Bedürfnis entspringt, einer ganzen Generation Gerechtigkeit zu verschaffen: „Ich habe den Eindruck, dass man der Generation, die in diese Zeit hineingeboren war, nicht gerecht geworden ist.“ (ebd.: 235)

Bisher betrachtete ich, was Kempowski als Sammler und Chorleiter in „Abgesang '45“ aufgenommen hat und wie er die Texte um das Thema des deutschen Leidens herum auswählte und anordnete. Kempowski selbst äußert sich kaum zu den Methoden und Prinzipien, die seinem großen Projekt zugrunde liegen: Die Einleitung zum ersten Band von „Das Echolot“ trägt den Titel „Statt eines Vorworts“ und ist nur eine Seite lang (Kempowski 1993: 7). In „Culpa“, seinem Tagebuch, das zeitgleich mit „Abgesang '45“ erschien, äußert er sich eher zu praktischen Aspekten der Einrichtung seines Archivs und der Arbeit an „Echolot“. Ausführlichere Reflexionen über die Motive, die dem Werk zugrunde liegen, finden sich kaum. Als er sich im November 1992 daran setzt, einige Notizen für ein „Vorwort“ zu den ersten vier Bänden zu schreiben, lautet sein Tagebucheintrag: „Ich machte heute ein paar Notizen für das ‚Echolot‘-Vorwort. Sehr schwierig, das liegt mir gar nicht. Hildegard [Kempowskis Frau] meint, ich spreche wie ein Bauer, wenn ich mich theoretisch über etwas verbreite. – Ja, das Theoretisieren liegt mir nicht.“ (Kempowski 2005b: 243)

In Ermangelung direkter Äußerungen Kempowskis lässt sich nur aus der Art und Weise, wie er die Texte, die in das Projekt eingegangen sind, ausgewählt und bearbeitet hat, auf seine Motive schließen. Aus diesem Grund wende ich mich im Folgenden Kempowski *Biografien-archiv* zu, das die Originalversionen der Texte enthält, aus denen ein großer Teil von „Echolot“ aufgebaut ist.

Originalmaterial und Authentizitätsfrage

Geht man im Entstehungsprozess noch einen Schritt weiter zurück und betrachtet das ursprüngliche Material, das in das Archiv gelangte, sowie die Begleitdokumente, so zeigt sich, dass einige der Kempowski zugesandten und in seinem Projekt verwendeten Berichte bereits zuvor vom jeweiligen Verfasser oder seiner Familie bearbeitet worden waren. Besonders deutlich wird dies in der Originaldokumentation zum Bericht des Obersteuermanns Fritz Bösel über eine Flottille kleiner Boote, die im nordpolnischen Marinehafen Hela eintraf, um deutsche Soldaten nach Westen zu transportieren (Kempowski 2005a: 340ff.). Vor und nach diesem Bericht schildern andere Soldaten, wie sie sich unter Artilleriebeschuss in die Boote drängten und aufs offene Meer flüchteten, wo ihnen mitgeteilt wurde, dass der Krieg zu Ende sei. Kempowski präsentiert die Berichte in diesem Teil seines Buches als Fluchtgeschichten in letzter Minute.

Das Originalmaterial, das die Familie Bösel 1991 Kempowski für dessen Archiv übergab, besteht hauptsächlich aus einem längeren undatierten Typoskript mit dem Titel „Papas Odyssee im 2. Weltkrieg“, ¹⁵ ein Titel, der bereits auf eine Verarbeitung des Erlebten zu einer Heldenerzählung hinweist. In einem Brief vom 27. Februar 1994 erklärt Fritz Bösel, dass er und sein Bruder seit zwölf Jahren an der „Familien-Chronik“ arbeiten. Wir haben es hier mit einem Beispiel für eine Familie zu tun, die ihre eigene Geschichte produziert – die in Kempowskis Archiv dann als „Kriegs- und Familienchronik des Vaters und der Söhne Bösel“ bezeichnet wird. In einem auf Weihnachten 2002 datierten Begleitschreiben ermutigt Fritz Bösel Kempowski gegenüber seinem Verleger zu dem „Echolot“-Projekt: „Ich würde aber die Hoffnung nicht aufgeben, da inzwischen die Leiden der Deutschen in diesem schrecklichen Krieg sogar von Günter Grass entdeckt worden sind“ ¹⁶ und wünsche Ihnen daher viel Glück.“ Bösels Hinweis auf das deut-

sche Leiden macht die Familienerinnerung umso brauchbarer.

Ein zweites Beispiel zeigt, wie Kempowski Passagen eines Originaltextes auslässt, um ihn in seine Agenda einzupassen. In dem Abschnitt über den 8. und 9. Mai 1945 in „Abgesang '45“ zitiert Kempowski die Beschreibung einer Gruppe ausgemergelter ehemaliger Häftlinge des KZ Mauthausen, die in Linz am Straßenrand kochen. Der Autor des Berichts ist Günter Cords, der im Register des Bandes als Mitglied eines SA-Musikzuges aufgeführt ist. In der in „Abgesang '45“ veröffentlichten Version erzählt Cords, wie die Häftlinge seinen Konvoi kontrollierten und zwei Kisten vom Wagen holten, obwohl die Fahrer angaben, im Auftrag der US-amerikanischen Armee unterwegs zu sein. Als Cords weiterfahren will, hockt sich ein polnischer Häftling auf seinen Wagen. Cords kommentiert: „Sein Kopf, der auf einem dünnen Hals saß, erinnerte eher an einen Totenkopf oder eine Fratze als an einen lebenden Menschen. Unter der Sträflingskleidung zeichneten sich die dünnen Knochen ab [...]. Es kostete mich Überwindung, ihn anzuschauen.“ Der polnische Gefangene erzählt Cords, dass die Amerikaner an diesem Morgen Tausende von Ausländern befreit haben, die in Mauthausen inhaftiert waren, und er berichtet von den „unglaublichen Zuständen“ dort (Kempowski 2005a: 400f.).

In Cords archiviertem Originalbericht findet sich ein 188-seitiges Typoskript mit dem Titel „Abenteuer eines SA-Musikschülers. Mit längerem Nachspiel“.¹⁷ Auch hier deutet der Titel darauf hin, dass der Autor seinen Bericht bereits zu einer Erzählung geformt hat. Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, dass es sich bei dem Typoskript um ein zusammenhängendes, undatiertes Dokument handelt und nicht um eine Sammlung von Briefen und Notizen, die zur Zeit der von Cords beschriebenen Ereignisse entstanden sind. In einem Begleitschreiben vom 18. November 1988 an Kempowski gibt Cords einige biographische Informationen zu sich: Er wurde 1928

geboren, besuchte mit vierzehn Jahren eine SA-Musikschule und war vom 17. bis zum 20. Lebensjahr in Kriegsgefangenschaft.

Ein Vergleich der Originalfassung (S. 77 des Typoskripts) mit dem von Kempowski zitierten Auszug zeigt, dass in Kempowskis Version Sätze weggelassen wurden. Im Original wird erzählt, wie Cords über die Kontrolle durch die KZ-Häftlinge empört war und meinte, er solle sie lieber Banditen nennen. Und im Unterschied zu Kempowskis Version fährt Cords in seinem Originaltyposkript nach dem Kommentar, dass es ihm schwerfiel, den polnischen Mann anzusehen, fort: „Da sahen wir Deutschen doch anders aus“ (S. 77).

In seinen editorischen Anmerkungen zu „Abgesang '45“ schreibt Kempowski, dass die von ihm aufgenommenen Texte „in den meisten Fällen nicht gekürzt“ wurden. „Auslassungen am Anfang oder Ende eines in sich geschlossenen Textes habe ich in der Regel nicht angezeigt. Hingegen habe ich Streichungen innerhalb eines Textes durch [...] kenntlich gemacht“ (Kempowski 2005a: 455). In diesem speziellen Fall wich Kempowski jedoch von dieser Praxis ab und verzichtete auf die Kennzeichnung der Auslassung der Passage mit Cords' Empörung und dessen Ansicht, dass die Häftlinge eher wie Banditen aussahen, und er strich Cords' Bemerkung, dass die Deutschen anders aussahen als der junge Pole.¹⁸

Kempowski übernimmt auch nicht die Schlussfolgerung von Cords, dass der Mann etwas falsch gemacht haben muss, sonst wäre er nicht eingesperrt worden (S. 78 des Typoskripts). Kempowskis veröffentlichter Auszug endet dort, wo der Pole von den schrecklichen Zuständen in Mauthausen berichtet. Im Original-Typoskript fährt der Mann fort: „Nix Essen, bloss Wassa und zwei Kartoffel Pell für einen Tag. SS nix gutt.“ (S. 78). Cords reagiert böse auf diese Andeutung, dass die SS den Mann misshandelt habe: „Mir war der Kerl unsympathisch.“ Cords beschließt seine Sicht auf die Konzentrationslager, indem er sagt, er habe immer geglaubt, dass sie für Volksfeinde,

Kommunisten, Zeugen Jehovas und diejenigen, die am „Verrat des 20. Juli“ beteiligt waren, gewesen seien (S. 78).

Die unmarkierten Streichungen Kempowskis und seine Auswahl aus dem Originaltext führen insgesamt zu einer Abschwächung des Eindrucks, den der SA-Musiker macht: Cords erscheint als junger Beobachter, der sich über das, was er sieht, aufregt, und nicht als jemand, der sich über das Verhalten des Häftlings empört, der eine Abneigung gegen diesen empfindet, weil er die SS kritisiert, und der das Gefühl hat, dass er etwas falsch gemacht haben muss, um überhaupt in Mauthausen gelandet zu sein. Die Streichungen und Auslassungen stellen die Authentizität der in „Abgesang '45“ veröffentlichten Texte in Frage, die in der Rezeption des „Echolot“-Projekts oft gelobt wird.¹⁹

Der Eindruck, den Cords in der in „Abgesang '45“ veröffentlichten Passage hinterlässt, ist weit entfernt vom generellen Ton seiner übrigen Erinnerungen. Er erzählt von Herrn Bullerbach, einem Propagandaoffizier an seiner Schule, der „Rassenschande“ betrieb. Cords beschreibt dies als schändliches Verhalten, da Bullerbach seinen Schülern immer gesagt hatte, dass die germanische Rasse die edelste und beste sei (S. 2, datiert von September 1944). Cords notiert später, dass nach dem „Verrat vom 20. Juli“ mehr als dreihundert Volksfeinde hingerichtet und einige Tausend in Konzentrationslager geschickt wurden. Cords ist voller Bewunderung für die Leistungen der Gestapo, aber entsetzt über das Ausmaß des Verrats im ganzen Land (S. 30).

Das nächste Beispiel veranschaulicht, wie Kempowski Texte auswählte, die sein eigenes Grundmuster der Kriegserfahrung tendenziell unterstützen: die Trennung zwischen der breiten Masse der deutschen Bevölkerung auf der einen Seite und der kleinen Gruppe der Nazi-Elite und Nazi-Fanatiker auf der anderen Seite. Im auf den 8./9. Mai 1945 datierten Abschnitt präsentiert Kempowski u. a. einen Auszug aus den Erinnerungen von Dr. Kuno Gerner über seine Erfahrungen in vierzehn Mona-

ten Kriegsgefangenschaft im Camp Howze in den USA. Gerner schildert in leicht feindseligem Ton seine Behandlung durch die Lagerwachen und erzählt abschließend, wie den Gefangenen mitgeteilt wurde, dass Deutschland vor den Westmächten kapituliert habe, nicht aber vor Russland. Gerner berichtet, dass die „Naziköpfe“ unter den Gefangenen sich darüber freuten, da sie glaubten, dass sie nun von den Amerikanern im Kampf gegen die Russen eingesetzt werden (Kempowski 2005a: 370f.).

Gerners ursprüngliche Memoiren bestehen aus einem 117-seitigen Typoskript, das nach Angaben des Autors im Jahr 1946 verfasst wurde.²⁰ Es ist ein weitgehend sachlicher Bericht über das, was Gerner in den USA sah, mit seitenlangen Details über die amerikanische Landwirtschaft, Gebäude und das Kriegsgefangenenlager selbst. Abgesehen von diesen Details stellt Gerner jedoch fest, dass die Kriegsgefangenen immer noch überwiegend für Hitler sind. Gerner schickte Kempowski auch einen Artikel, den er 1946 für die Lagerzeitung „Die neue Saat“ geschrieben hatte. Der Tenor des Artikels ist, dass es Hitlers Krieg gewesen sei, und Gerner erklärt: „Wir haben es erlebt, wir sind Zeugen, wie ein Krieg aus den dämonisch-bösen Kräften eines Menschen, einer Clique sich zusammenbraute, und wie er dann vom Zaun gebrochen wurde, in frevelndem Wahnsinn. Wenn die erbärmlichen Gestalten in Nürnberg heute beteuern, alles getan zu haben, was in ihren Kräften stand, um diesen Krieg zu verhindern, so scheinen sie nur uns und die Welt für dumm zu halten. Das war Hitlers Krieg, und dieser Krieg war sein Programm! Dieser Krieg ist dem letzten anständigen Menschen abscheulich und verhaßt geworden.“²¹

Diese Interpretation des Krieges deckt sich mit Kempowskis eigener Sicht in „Abgesang '45“, sie hilft zu erklären, warum Kempowski Gerners Bericht auswählte. Gerners Hinweis darauf, dass die Mehrheit der Kriegsgefangenen für Hitler war, passt jedoch nicht zu der einfachen Unterscheidung zwischen Deut-

schen und Nazis und taucht entsprechend auch in Kempowskis Auswahl nicht auf.

Wenn Kempowski pro-nazistische Memoiren erhält, kommen sie manchmal über Nachkommen, die sich von den Eltern distanzieren. Dies ist der Fall bei dem Auszug in „Abgesang ’45“, in dem Otto Faust, ein Kriegsgefangener im Lager Szallias-Pilz bei Riga, erzählt, wie er die Nachricht von der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands erfuhr: „Es war für mich sehr schwer. Als Idealist zog ich in diesen Kampf, ob als Soldat oder Nationalsozialist, und ein so gewaltiges Ringen nahm so einen bitteren Abschluß.“ Die Antifaschisten, die Faust auch als „Vagabunden“ bezeichnet, dagegen freuten sich über die Kapitulation Deutschlands. Faust beschreibt weiter, wie einige Kriegsgefangene im Lager an Unterernährung starben (Kempowski 2005a: 346).

Das Originaldokument wurde Kempowski 1985 von Armin Peter Faust, dem Sohn von Otto Faust, zugesandt.²² Der verwendete Auszug entspricht dem Original (S. 19), und Armin Peter Faust erklärt in einem Begleitschreiben, sein Vater habe den Text 1953 auf der Grundlage von Notizen und Briefen verfasst. Aber der Sohn fügt hinzu: „Es ist der subjektive Bericht eines Menschen, der einem System diente, das ich in meinem Text – 30 Jahre später – als ‚verbrecherisch‘ bezeichnet habe.“²³ Während Kempowski berechtigt war, den Text des Vaters so zu verwenden, wie er es wünschte, ist es klar, dass die widersprüchlichen Haltungen zwischen den Generationen, die für den Sohn wichtig sind, im „Echolot“-Projekt verloren gehen.

Als eine Variante des Falls von zwei Generationen einer Familie, die miteinander im Streit liegen, kann auch ein Individuum gesehen werden, das über einen längeren Zeitraum in einem kritischen Dialog mit sich selbst steht. Das zeigt sich oft nicht in den Auszügen, die Kempowski in „Abgesang ’45“ aufnimmt, sondern erst in der Gesamtheit des Materials, das Kempowski von dieser Person zugesandt wurde.

Dies wird u. a. bei Verwendung der Memoiren deutlich, die Harro Ketels an Kempowski schickte. Sie bestehen zum einen aus einem undatierten Dokument mit dem Titel „Im Kessel von Demjansk. Auszug aus meinem Kriegstagebuch 13. Jan. – 25. April 1942“ und einem Vorwort des Autors.²⁴ Das Dokument hat eine komplexe Struktur, da es eine Mischung aus Tagebuchauszügen aus dem Jahr 1942 und zu einem späteren Zeitpunkt in eckigen Klammern hinzugefügten Kommentaren ist. Ein solcher Kommentar lautet zum Beispiel: „Heute sehe ich längst alles von einem anderen Standpunkt aus als damals. Ich war 27 Jahre alt und machte mir 1942 noch kaum kritische Gedanken über Sinn und Berechtigung eines solchen Krieges!“ Weiterhin schickte Ketels Kempowski einen weiteren Text mit dem Titel „Meine Einstellung zum Nationalsozialismus, zu Hitler und dem Krieg – Antwort auf kritische Fragen meiner Kinder von 1980“.²⁵

In „Abgesang ’45“ zitiert Kempowski aus dem Kriegstagebuch Ketels einen Bericht vom April 1945 über einen Vortrag zum Thema „Die wahre Zukunft Europas“. Ketels kommentiert, dass der Vortrag ihn „zwang“, seine Ansichten zu überdenken, da er nun sah, dass Nationalsozialismus und Bolschewismus viele Gemeinsamkeiten hätten (Kempowski 2005a: 145). Der 1915 geborene Ketels war Oberleutnant in Kurland, und der Vortrag, der als „Sonderdruck für Kommandeure“ gedruckt worden war, war von Professor Baumgarten, der ihn ursprünglich in Königsberg gehalten hatte, „als die Russen schon vor der Stadt standen“. Kempowskis Kontext in „Abgesang ’45“ ist der Vormarsch der sowjetischen Truppen und der Rückzug der Deutschen.

In anderen, von Kempowski nicht verwendeten Teilen seines Kriegstagebuchs berichtet Ketels, dass der „Führer“ jeden Rückzug verboten habe, die Truppen sich aber dennoch zurückziehen. Soldaten müssten mit Waffengewalt bedroht werden, damit sie auf ihren Posten bleiben (S. 2f.). Ketels selbst ist kein widerwilliger Soldat, er trotz der Aufforderungen

gen der Russen zur Kapitulation (S. 6) und ist erfreut über die hohen täglichen Verluste des Feindes (S. 9). Obwohl er später kommentiert, er habe kaum über den Sinn und die Rechtfertigung des Krieges nachgedacht, hat er damals Zweifel an dem Befehl, russische Kommissare zu töten, da er befürchtet, dass sich dies auf die Behandlung anderer Russen in Situationen auswirken könnte, in denen es einfacher wäre, sie zu erschießen als sie gefangen zu nehmen (S. 9).

Anders als der in „Abgesang '45“ zitierte Auszug vermittelt das Kriegstagebuch in seiner Gesamtheit den Eindruck eines Autors im kritischen Dialog mit sich selbst. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man die 1980 verfasste Reflexion Ketels' über seine Einstellung zum Nationalsozialismus, zu Hitler und zum Krieg betrachtet. Ketels schrieb den Text als Antwort auf kritische Fragen seines Sohnes, u. a.: „Unter welchen Voraussetzungen, mit welcher Geistes- und Gefühlshaltung, unter welchen Wertvorstellungen oder Lebenszielen sind Menschen fähig oder fühlen sich bemüht, Krieg zu führen und zu zerstören? Konkret: Mit welchen Vorstellungen, Gedanken, Gefühlen und Ängsten zogst Du in den Krieg?“ (S. 3).

Der Vater versucht, die Fragen anhand von Auszügen aus seinem Tagebuch zu beantworten, das die Jahre 1934 bis 1948 umfasst, also einen weitaus größeren Zeitraum als der Tagebuchauszug, den Ketels an Kempowski geschickt hat. Der erste Tagebucheintrag, den Ketels zitiert, datiert vom 22. Mai 1935 und berichtet von einer Rede Hitlers, die Ketels besonders anregend fand: „Hitlers Rede vom 21. Mai wird in die Geschichte eingehen. Sie gehört zu haben, muß jeden Deutschen mit Stolz erfüllen. Und doch höre ich Leute sagen, das war ja wieder einmal dasselbe. Ihnen ist nicht zu helfen. Ist es doch gerade das Große, daß wir heute nur eine einzige Forderung an die Welt haben: Gleichberechtigung und Frieden. Von unserer unerschütterlichen Absicht, das erste zu erringen, und von dem fast

übermenschlichen Bestreben, das zweite zu sichern, legt diese Rede ein großes Zeugnis ab. Hinter ihr steht nicht nur die ehrliche Gesinnung, sondern die realisierbare Tat. Die Welt muß sich scheiden an dieser Rede.“ (S. 1)

Im Jahr 1980 kommentiert Ketels dieses damalige jüngere Ich: „Als ich dies schrieb, war ich gerade zwanzig Jahre alt und studierte Geschichte, Deutsch und Religion im 4. Semester. Dreizehn Jahre später – nach Rückkehr aus russischer Gefangenschaft –, als der ganze Spuk des sogenannten Dritten Reiches vorüber war, begann ich alles zu lesen, was an Quellen, Berichten und Memoiren über jene Zeit zu finden war. Nun erfuhr ich überhaupt erst von den ungeheuren Verbrechen Hitlers. Daß es einen Kreis des Widerstandes gab, hörte ich zum erstenmal nach dem mißglückten Attentat am 20. Juli 1944 – natürlich aus der Sicht der nationalsozialistischen Propaganda.“ (S. 3)

Ketels fährt fort, dass manche Menschen im Nachhinein behaupten, nichts von den Gräueltaten des NS-Systems gewusst zu haben, und er sagt, dass dies auf die meisten Menschen nicht zutrifft. Er selbst zum Beispiel habe im November 1938 gewusst, dass die jüdische Synagoge in Bielefeld in Brand gesteckt worden war. Im Sommer 1940 habe er gehört, dass einige Geisteskranke weggebracht und wahrscheinlich umgebracht worden waren, und er habe Juden in Litauen gesehen, die an den Bahnlinien arbeiteten, darunter Frauen in Pelzmänteln. Im August 1943 hatte er das Geständnis eines hochdekorierten Infanterieoffiziers gehört, der 1939 in Polen als Dolmetscher für die SS gearbeitet hatte (S. 1f.). Der ältere Ketels beschreibt diese Informationen als Mosaiksteine, die sich in seinem Kopf nie zu einem Gesamtbild zusammengefügt haben, und er ist schockiert, dass er sich damals nicht mit den Ungerechtigkeiten, von denen er gehört hatte, auseinandergesetzt hat. Ungläubig stützt er den Kopf in die Hände, als er das Manuskript eines Vortrags liest, den er 1945 hielt, als die durch Hitlers Politik verursachte Katastrophe für jedermann sichtbar war. In diesem Vortrag

hatte er gesagt, wenn Deutschland den Krieg verliere, sei es das Beste für jeden einzelnen Mann, bis zum Tod zu kämpfen wie die Nibelungen in Etzels Halle (S. 4). Rückblickend beschreibt Ketels die Jahre 1933 bis 1935 als eine heroische Zeit, in der der jugendliche Idealismus von Hitler und der Parteiführung missbraucht wurde. Auch die intellektuelle Elite und die hohen Generäle seien größtenteils getäuscht worden oder waren verängstigt (S. 2).

Ketels erklärt, wie er um 1935 zum Theologiestudium wechselte. Die Behandlung der Kirche und des Christentums durch die Nazis beunruhigte ihn: Im Herbst 1937 waren 200 Pfarrer inhaftiert. Ketels schloss sich einer kirchlichen Studentengruppe in Halle an, in Opposition gegen die von den Nazis eingesetzte Kirchenleitung, und er protestierte 1939 in einem Brief an das für die Kirchen zuständige Ministerium, mit Kopie an Göring, als die Kirchliche Hochschule Bethel von der Gestapo geschlossen wurde (S. 7). Gegen Ende des Krieges wurde er verdächtigt, illegale Gruppen zu organisieren, und verhört (S. 15).

In seinen Betrachtungen über den Nationalsozialismus, Hitler und den Krieg von 1980 weicht Ketels von seinem Schema, aus seinem Tagebuch zu zitieren und dann zu kommentieren, ab, wenn die Tagebucheinträge zu grausam sind. Er schreibt, dass sein Tagebucheintrag für den 3. Juli 1941 Details von zwei Augenzeugenberichten über die brutale und grausame Behandlung von Juden in Kaunas durch Litauer im Monat zuvor enthält. Ketels schreibt über seinen Tagebucheintrag: „Es folgen fürchterliche Einzelheiten, die ich damals aufschrieb und inzwischen längst vergessen hatte.“ (S. 14).²⁶ Im Rückblick ist Ketels besonders entsetzt darüber, dass diese Ereignisse am 26. Juni 1941 mit einem deutschen Vormarsch zusammenfielen, was ihn zu der Annahme veranlasst, dass die Führung des Zweiten Armee-korps von den Geschehnissen gewusst haben musste und an ihnen beteiligt war (S. 14f.). Ketels kommt zu dem Schluss, dass er erst nach dem Krieg begriffen hat, dass Hitler die deut-

schen Soldaten in seinem „ideologischen Vernichtungskrieg“ missbraucht habe (S. 15).

Insgesamt sind Ketels' Überlieferungen an das Kempowski-Archiv durch Komplexität, Widersprüchlichkeit, Selbstanklage und Selbstentlastung gekennzeichnet. Die Verflechtung von Tagebucheinträgen aus den Kriegsjahren mit kritischen Einschätzungen seines älteren Ichs aus der Nachkriegszeit deutet darauf hin, dass Ketels eher das Endprodukt eines Langzeitprojekts als eine Sammlung aus seinen damaligen Tagebüchern übergab. Die bohrenden Fragen seines Sohns veranlassten Ketels, seine Kriegstagebücher erneut zu lesen und über sein eigenes Versagen und das von Schlüsselgruppen in den Jahren der Nazi-herrschaft nachzudenken. Ketels schwankt zwischen dem Eingeständnis, dass er von den Gräueltaten der Nazis schon sehr kurz nach deren Geschehen wusste, sowie der Zurückweisung der Behauptung anderer, dass dies nicht der Fall war, und der Behauptung, dass er selbst erst nach dem Krieg davon wusste. Sein Schock darüber, dass er damals nichts unternommen hat, zeugt von einem Gefühl der persönlichen Verantwortung, aber er kommt auch immer wieder auf den Gedanken zurück, dass sein Idealismus und der anderer deutscher Soldaten von Hitler missbraucht wurde. Ketels protestierte gegen die Maßnahmen der Gestapo gegen die evangelische Kirche und geriet später unter Verdacht, doch er war ein funktionierender Soldat, der seine Kameraden aufforderte, notfalls bis zum Tod zu kämpfen. Betrachtet man seine nuancierte Schilderung als Ganzes, so erhält der Leser einen Einblick in eine konflikthafte Mentalität.

Auch wenn eine Fragmentierung der ursprünglichen Erzählungen in einer Sammlung von Auszügen wie „Abgesang '45“ unvermeidlich ist, durchkreuzt Kempowskis Präferenz für Momentaufnahmen und faktische Schilderungen von Ereignissen anstelle einer reflektierten Bewertung der individuellen Verantwortung die dem Projekt zugrunde liegende Motivation, wie sie vom Verfasser über einen

längeren Zeitraum hinweg konzipiert wurde, und setzt sie außer Kraft.

Zwischen Kollektiv und Tagebuch

„Echolot“ als Ganzes wurde als Kempowskis später und finaler Triumph betrachtet, nachdem er aufgrund eines Großteils seines Frühwerks als „schreibender Schulmeister“ abgetan worden war (Wieser 1990). Die Kritiker von „Echolot“ waren in der Minderheit, und höchstens spekulativ wiesen sie auf die Möglichkeit einer politischen Voreingenommenheit hin, die Kempowskis Auswahl von Texten aus der Masse des ihm zur Verfügung stehenden Materials beeinflusste (vgl. z. B. Rehfeldt 2010: 375).

Die Analyse zeigt jedoch nicht nur, dass es sich bei dem an Kempowski gesandten Material oft nicht um eine Sammlung von Originalbriefen, Tagebüchern und Notizen aus den letzten Kriegsjahren handelt, wie es der Untertitel des „Echolot“-Projekts – „ein kollektives Tagebuch“ – und die Rezensenten suggerieren,²⁷ sondern vielmehr um Berichte, die von den Autoren und anderen Familienmitgliedern nach den Ereignissen, die sie beschreiben, und bevor sie zu Kempowski gelangten, zu Geschichten verarbeitet wurden. Die Analyse zeigt auch, dass „Abgesang '45“ zwar einen inneren Dialog enthält, der etwas von der Heterogenität einfängt, die Assmann mit individuellen Erinnerungen verbindet, dass dieser Dialog aber letztlich zugunsten einer kollektiven Darstellung des deutschen Leidens durch einen systematischen Prozess der Auswahl, Musterung, Anpassung und Rekontextualisierung des Materials verloren geht. Dieser Prozess steht im Widerspruch zu dem Bestreben, die subjektive Erfahrung von Geschichte zu vermitteln. Kempowskis Methode richtet den Fokus nicht auf die einzigartige individuelle Erfahrung, sondern bearbeitet diese Erfahrung, um sie zu rehomogenisieren. Mit Assmann (2006: 157) gesprochen, gewinnen „kol-

lektiv homogenisierende Impulse“ gegenüber „heterogenen individuellen Erinnerungen“ die Oberhand. Im Sinne von Kempowskis Untertitel für das „Echolot“-Projekt siegt das Kollektiv über das Tagebuch.

Aus dem Englischen von Thomas Möbius

Anmerkungen

- 1 Übersetzte und überarbeitete Fassung von „Walter Kempowski's Das Echolot. Abgesang '45. From Archive to Print“, erschienen in: *German Life and Letters* 66 (2013), Heft 4, S. 416-431 (*German Life and Letters* © John Wiley & Sons Ltd.). Mit freundlicher Genehmigung des Verlags.
- 2 „Der Spiegel“ ernannte Kempowski zu einem „Meister der Form und der Proportion“ und zu einem „würdigen Kandidaten“ für den Georg-Büchner-Preis und den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (Hage 2005: 168). Die „Süddeutsche Zeitung“ wertete „Abgesang '45“ als „Triumph“, der eines der „ambitioniertesten“ und „beeindruckendsten Unternehmen der deutschen Literaturgeschichte“ vollende (Seibt 2005). Frank Schirrmacher (1993) bezeichnete es in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ als „eine der größten Leistungen der Literatur unseres Jahrhunderts“. Und „Die Welt“ erklärte Kempowski zu einem „Herakles“, „literarischer Bricolage und historiographischer Collage“ (Werner 2005).
- 3 Die Bestände des Kempowski-Archivs sind im Katalog des Archivs der Akademie der Künste detailliert beschrieben: <https://archiv.adk.de/bigobjekt/37026>.
- 4 Saul Friedländers (1997, 2007) zweibändige Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands und der Juden ist ein bekanntes Beispiel für diesen Ansatz. Er stellt die von ihm zitierten jüdischen Tagebuchautoren nicht als passive, verallgemeinerte Objekte der nationalsozialistischen Politik dar, sondern als proaktive individuelle Subjekte. Zur neueren Diskussion über die subjektive Erfahrung von Geschichte vgl. Fulbrook, Rublack 2010.
- 5 In ähnlicher Weise sieht Jürgen Ritte (2009: 64) Kempowskis Ziel in „Das Echolot“ darin, „Partikel[...] erlebter Realität“ zu sammeln.
- 6 Siehe z. B. die Sonderausgabe von „Central European History“, 38. Jg. (2005), Heft 1 „Germans as Victims during the Second World War“, Niven 2006, Schmitz 2007b.
- 7 In einem Spiegel-Interview vom März 2000 erklärt Kempowski, er habe versucht, die kollektive Erfahrung der Ereignisse in „Das Echolot“ zu zeigen, und er be-

- schreibt seine Arbeit wie folgt: „Das alles wird zu einem großen Chor komponiert, der der Wirklichkeit, der damals erlebten Wirklichkeit nahe kommt“ (Hage 2000: 266). Gegen Ende seiner Zeit als Häftling in Bautzen (1948–1956) war Kempowski auch buchstäblich Chorleiter und leitete den Kirchenchor der Gefangenen (vgl. Hempel 2004: 83).
- 8 Angesichts von Kempowskis Ordnung des Materials für „Das Echolot“ geht Jörg Drews’ Gegensatz zwischen der Subjektivität von Kempowskis persönlichen Tagebüchern und der „Selbstverleugnung, welche ihm ‚Das Echolot‘ abverlangte“, eher an der Sache vorbei (Drews 2006: 48).
- 9 Eine weitere Dimension von Kempowski als Chorleiter ist in seiner Rolle als Leiter eines Teams von „Rechercheuren, Schreibern und Übersetzern“ zu sehen (vgl. Hempel 2007: 112). Kempowski (1999: 905) dankt seinem Team von mehr als dreißig namentlich genannten Personen, aber seine „editorische Notiz“ weist darauf hin, dass er allein die Texte auswählte, die in „Echolot“ eingingen (ebd.: 837).
- 10 Siehe auch den Bericht des Schriftstellers Emil Barth unter dem 30. April 1945 über eine Ausgabe des „Kölnischen Kuriers“, eine von der US-amerikanischen Armee auf Deutsch herausgegebene Zeitung, die u. a. „Augenzeugenberichte und photographische Aufnahmen aus den Konzentrationslagern“ enthielt (Kempowski 2005a: 281).
- 11 Zu den marschierenden KZ-Häftlingen siehe auch die Einträge ebd.: 274–277.
- 12 Bereits 1979 hatte Kempowski die Antworten von dreihundert Deutschen auf seine Frage, ob sie von den NS-Verbrechen wussten, veröffentlicht und „war überrascht von der Freimütigkeit, mit der die Frage bejaht wurde“ (Kempowski 1979: 5).
- 13 Kempowski selbst hatte solche Szenen bei Kriegsende in Rostock miterlebt (vgl. Hempel 2004: 61).
- 14 Susanne Vees-Gulani (2003: 109) kritisiert Kempowskis Vorgehensweise in „Das Echolot: Fuga Furiosa“, dass die Collage „unausgewogen“ sei, da alle Quellen als gleichwertig gesetzt werden, aber nur eine jüdische Stimme unter ihnen sei, nämlich die von Victor Klemperer.
- 15 Der „Papa“ des Titels ist der Vater von Fritz Bösel (Akademie der Künste, Berlin, Kempowski-Biografienarchiv, Nr. 2114/1 – im Folgenden werden die Materialien aus Kempowskis Biografienarchiv zitiert mit: AdK, Kempowski-Biografien).
- 16 Der Verweis bezieht sich auf „Im Krebsgang“, Günter Grass’ Novelle von 2002 über die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“ durch ein sowjetisches U-Boot, bei der rund 9.000 Menschen ums Leben kamen.
- 17 AdK, Kempowski-Biografien 2351.
- 18 In einer Tagebuchnotiz vom September 1992 vermerkt Kempowski eine Rezension zu einer neuen Ausgabe der Goebbels-Tagebücher, in der kritisiert wird, dass die Ausgabe zu viel weggelassen habe. Kempowski ist besorgt, dass er in seinen eigenen Texten „Streichungen nicht kenntlich gemacht habe“ (Kempowski 2005b: 229f.).
- 19 So bezeichnet etwa Drews „Echolot“ als „ein Lesebuch für die Nation, ohne einen Erzähler, nur mit einem Arrangeur von nicht-künstlerischen, von authentischen Texten“ (Drews 2006: 48).
- 20 AdK, Kempowski-Biografien 1376
- 21 Ebd., Die neue Saat 1946, S. 6.
- 22 AdK, Kempowski-Biografien 1153.
- 23 Ebd., Schreiben vom 18.9.1985. Der Text, auf den sich der Sohn bezieht, befindet sich nicht in den Archivunterlagen.
- 24 AdK, Kempowski-Biografien 6763/1-2 (Mappe 1)
- 25 AdK, Kempowski-Biografien 6763/1-2 (Mappe 2).
- 26 Für einen Augenzeugenbericht über die Ermordung der Juden in Kaunas vgl. Ullrich 2000.
- 27 Iris Radisch (2005) schreibt in ihrer Rezension zu „Abgesang ‘45“, dass Kempowski die Wirklichkeit in ihrem „Rohzustand“ darstellen wollte.

Literatur

- Assmann, Aleida (2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München: C. H. Beck.
- Besier, Gerhard; Sauter, Gerhard (1985) Wie Christen ihre Schuld bekennen. Die Stuttgarter Erklärung 1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Damiano, Carla (2005): Walter Kempowski’s „Das Echolot“. Sifting and Exposing the Evidence via Montage. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.
- Drews, Jörg (2006): „Die Dämonen reizen – und sich dann blitzschnell umdrehen, als sei nichts“. Über Walter Kempowski. In: Text+Kritik 169: Walter Kempowski, S. 44–52.
- Friedländer, Saul (1997): Nazi Germany and the Jews, Bd. 1: The years of persecution, 1933–1939. New York: HarperCollins.
- Friedländer, Saul (2007): Nazi Germany and the Jews, Bd. 2: The years of extermination, 1939–1945. New York: HarperCollins.
- Fritzsche, Peter (2002): Volkstümliche Erinnerung und deutsche Identität nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Jausch, Konrad; Sabrow, Martin (Hrsg.): Verletztes Gedächtnis, Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt. Frankfurt a. M., New York: Campus, S. 75–97.

Fulbrook, Mary; Rublack, Ulinka (2010): In Relation. The ‚Social Self‘ and Ego-Documents. In: *German History* 28, S. 263-272.

Hage, Volker (2000): „Das hatte biblische Ausmaße“. Interview mit Walter Kempowski. In: *Der Spiegel* Nr. 13, vom 27.03.2000, S. 264-268; URL: <https://www.spiegel.de/kultur/das-hatte-biblische-ausmasse-a-58ab720d-0002-0001-0000-000016044569>.

Hage, Volker (2005): Der Chor der Stummen. In: *Der Spiegel* Nr. 7, 14.02.2005, S. 166-168.; URL: <https://www.spiegel.de/kultur/der-chor-der-stummen-a-85f49a14-0002-0001-0000-000039367972>.

Hempel, Dirk (2004): Walter Kempowski: Eine bürgerliche Biographie. München: btb.

Hempel, Dirk (2006): Das Archiv der unpublizierten Autobiographien. In: Walter Kempowskis Archive. Hrsg. von der Kulturstiftung der Länder in Verbindung mit der Akademie der Künste. Berlin: Kulturstiftung der Länder, S. 43-60.

Hempel, Dirk (2007): Kempowskis Lebensläufe. Akademie der Künste: Berlin.

Jancke, Gabriele (2002): Autobiographie als soziale Praxis. Beziehungskonzepte in Selbstzeugnissen des 15. und 16. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum. Köln u. a.: Böhlau.

Kempowski, Walter (1979): Haben Sie davon gewußt? Deutsche Antworten. Hamburg: Knaus.

Kempowski, Walter (1993): Das Echolot. Ein kollektives Tagebuch, Januar und Februar 1943, Bd. I. München: Knaus.

Kempowski, Walter (1999): Das Echolot. Fuga foriosa. Ein kollektives Tagebuch, Winter 1945; Bd. IV. München: Knaus.

Kempowski, Walter (2002): Das Echolot. Barbarossa '45. München: Knaus.

Kempowski, Walter (2005a): Das Echolot. Abgesang '45. Ein kollektives Tagebuch. München: Knaus.

Kempowski, Walter (2005b): Culpa: Notizen zum „Echolot“. München: Knaus.

Klemperer, Victor (2001): Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten: Das Jahr 1942. Hrsg. von Walter Nowojski. Berlin: Aufbau 2001.

Lilje, Hanns (1932): Das politische Gesicht der Zeit. In: *Evangelische Wahrheit* 23, H. 4, S. 70-72.

Niven, Bill (Hg.) (2006): *Germans as Victims. Remembering the Past in Contemporary Germany*. Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan.

Plöschberger, Doris (2006): Der dritte Turm: Die Tagebücher Walter Kempowskis. In: *Text+Kritik* 169: Walter Kempowski, S. 32-43.

Radisch, Iris (2005): Phrasen, die keiner mehr kennt. In: *Die Zeit* Nr. 9, 24.02.2005.

Rehfeldt, Martin (2010): Archiv und Inszenierung. Zur

Bedeutung der Autoreninszenierung für Walter Kempowski Das Echolot und Benjamin von Stuckrad-Barres Soalalbum. In: Hagedstedt, Lutz (Hrsg.): Walter Kempowski. Bürgerliche Repräsentanz, Erinnerungskultur, Gegenwartsbewältigung. Berlin: de Gruyter, S. 369-390.

Reich-Ranicki, Marcel (1994): Das Literarische Quartett. ZDF, 24.02.1994.

Ritte, Jürgen (2009): Endspiele. Geschichte und Erinnerung bei Walter Kempowski, Dieter Forte und W. G. Sebald. Berlin: Matthes & Seitz.

Schirrmacher, Frank (1993): In der Nacht des Jahrhunderts: Walter Kempowskis „Echolot“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.11.1993; URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/walter-kempowskis-echolot-in-der-nacht-des-jahrhunderts-1489392.html>.

Schmitz, Helmut (2007a): Introduction: The Return of Wartime Suffering in Contemporary German Memory Culture, Literatur und Film. In: ders. (Hg.): *A Nation of Victims: Representations of German Wartime Suffering from 1945 to the Present*. Amsterdam, New York: Rodopi, S. 1-29.

Schmitz, Helmut (Hg.) (2007b): *A Nation of Victims: Representations of German Wartime Suffering from 1945 to the Present*. Amsterdam, New York: Rodopi.

Seibt, Gustav (2005): Nun schweigen an allen Fronten die Waffen. In: *Süddeutsche Zeitung*, 25.02.2005; URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/literatur-nun-schweigen-an-allen-fronten-die-waffen-1.880157-0#seite-2>.

Ullrich, Volker (2000): So teuflisch, so unbeschreiblich entsetzlich. Ein einzigartiges Dokument: Die Aufzeichnungen der Helene Holzman über die Vernichtung der litauischen Juden. In: *Die Zeit* Nr. 47, 16.11.2000.

Vees-Gulani, Susanne (2003): *Trauma and Guilt. Literature of Wartime Bombing in Germany*. Berlin, New York: de Gruyter.

Werner, Hendrik (2005): Palast und Ballast der Erinnerung. In: *Die Welt*, 12.02.2005; URL: <https://www.welt.de/print-welt/article424373/Palast-und-Ballast-der-Erinnerung.html>.

Wieser, Harald (1990): Der Abschreiber. In: *Stern* Nr. 3, 11.01.1990, S. 29-34.

Paolo Chiocchetti

Der Niedergang der radikalen Linken in Italien

Lange galt Italien als Hochburg der radikalen Linken Westeuropas sowie als politisches und intellektuelles Vorbild für linke Kräfte anderer Länder. Vor 1989 war die Italienische Kommunistische Partei (Partito Comunista Italiano, PCI) die stärkste kommunistische Partei diesseits des Eisernen Vorhangs und stärker als die Summe sämtlicher Schwesterparteien (Vittoria 2006). Auf ihrem Höhepunkt im Jahre 1976 konnte sie 12,6 Millionen Wähler (34,4 Prozent), 1,8 Millionen Mitglieder, ein mächtiges Netzwerk von Vorfeldorganisationen und Regierungsstellen in mehreren Regionen und Großstädten vorweisen. Die Gruppen der ‚neuen Linken‘, unter anderem die Partei Proletarische Demokratie (Democrazia Proletaria, DP), waren zwar kleiner aber seit 1976 kontinuierlich im Parlament vertreten und bei der Jugend, in intellektuellen Kreisen und in außerparlamentarischen Mobilisierungen durchaus einflussreich (Balestrini und Moroni 1997; Pucciarelli 2011).

Historische Perioden wie der antifaschistische Widerstand (1943–1945) oder das ‚lange Achtundsechzig‘ (1968–1977) sahen die Entstehung von starken und radikalen linksgeführten Massenbewegungen, die zwar die Macht nicht ergreifen konnten, aber oft wichtige soziale und politische Erfolge erzielten. Auf intellektueller Ebene dienten die Werke von Antonio Gramsci und seinen italienischen Nachfolgern, von Operaismus-Theoretikern wie Antonio Negri und von weiteren neomarxistischen und kritischen Denkern weltweit als Inspiration. Auch nach dem Fall des Ostblocks wurde die Entwicklung der Partei der Kommunistischen Wiedergründung (Partito della Rifondazione Comunista, PRC) oft als Erfolgsge-

schichte gewertet (Bertolino 2004). Obwohl sie 1996 nur 3,2 Millionen Stimmen (8,6 %) und 130.000 Mitglieder für sich gewinnen konnte, schien die Partei für viele externe Beobachter die Machbarkeit einer Erneuerung des europäischen Kommunismus zu beweisen. Sie wurde später als Mitgründer des Genua Sozialforums (2001), des Europäischen Sozialforums (2002) und der Partei der Europäischen Linken (2004) zu einer treibenden Kraft der internationalen Vernetzung der globalisierungskritischen Linken.

Von dieser Erfolgsgeschichte bleiben heute nur Trümmer. Bei den Parlamentswahlen in Italien 2008 verfehlten alle linken Listen die Vier-Prozent-Hürde. Die PRC spaltete sich in mehrere konkurrierende Organisationen, die meist in der Bedeutungslosigkeit versanken. Nur eine von ihnen schaffte seit 2013 dank Wahlbündnissen mit größeren Mitte-Links-Verbündeten den Wiedereinzug ins Parlament, verlor aber fortschreitend an Ausstrahlungswirkung und Kohärenz. Ferner konnte keine dieser schwachen, demoralisierten Gruppen einen wirksamen außerparlamentarischen Widerstand gegen die Wirtschaftskrise und die durch aufeinanderfolgende Regierungen betriebene Sozialabbaupolitik zu leisten. Bei der Neuwahl am 25. September 2022 war wenig Veränderung zu erwarten. Das Linksbündnis Unione Popolare (Volksunion) scheiterte mit 1,43 % der Wählerstimmen, die links-grüne Alleanza Verdi e Sinistra zog mit 3,6 % ins Parlament ein.

Die Etappen dieses Scheiterns sind leicht zu skizzieren. Schwieriger ist es, ihre tieferen Ursachen zu beleuchten. Letztlich scheinen die Perspektiven für einen möglichen Aufschwung

derzeit düster zu sein. Der vorliegende Aufsatz wird versuchen, diese Fragen punktuell zu behandeln und plausible Antworten anhand der italienischen und vergleichenden empirischen Daten zu liefern.

Etappen eines Niedergangs: 1977–2021

Der Niedergang der radikalen Linken in Italien kann anhand ihrer Wahlergebnisse beschrieben werden (Abbildung 1, Tabelle 1). Die Angaben beziehen sich auf den Anteil der gültigen Stimmen bei Parlamentswahlen (Camera) von 1977 bis 2021. Neben den italienischen Ergebnissen werden als Vergleichswert die Gesamtergebnisse in zwanzig westeuropäischen Staaten – Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, der Schweiz, Spanien, dem Vereinigten Königreich und Zypern – angeführt. Diese umfassen mehr als 300 einzelne Parteien oder Wahllisten, die zwar unterschiedlich in Bezug auf ihre Größe, Herkunft, Ideologie und Radikalität sind, aber nachvollziehbar als Teil derselben Parteienfamilie – der sogenannten ‚radikalen Linken‘ – betrachtet werden können. Obwohl er nicht unstrittig ist, beschreibt der Begriff ‚radikale Linke‘ oder ‚Linke‘ eine Reihe von Parteien, die sich deutlich von den sozialdemokratischen und grünen Parteienfamilien durch ihre theoretische Opposition zum ökonomischen Liberalismus und Kapitalismus, ihren ideellen Anspruch auf Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse, ihr auf sozialen Schutz, Umverteilung und Emanzipation basiertes Programm und ihre internationalen Verbindungen (insbesondere die ‚Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL‘) unterscheiden (Chiocchetti 2017; Calossi 2016; March und Mudde 2005; De Waele und Seiler 2011). Während das Streben nach alternativen sozialistischen Gesellschaftsmodellen (z.B. Realsozialismus, demokratischem ‚Eurokom-

munismus‘ oder klassenlosem Kommunismus) vor 1989 ideologisch üblicherweise im Vordergrund stand, hat die zeitgenössische Linke dieses Ziel heruntergespielt und zum Teil aufgegeben und ist vor allem durch die Wiederaufnahme gemäßigter demokratischer, sozialer und ökologischer Reformen gekennzeichnet. Dadurch lassen sich vier deutlich definierten Phasen abbilden (Chiocchetti 2017, 2021; Daiber u. a. 2010; Hildebrandt u. a. 2021; Kioupkiolis und Katsambekis 2019; March 2012).

In der ersten Phase (1977 bis 1988) war die radikale Linke in Westeuropa insgesamt noch ziemlich stark, verlor aber allmählich an Kraft. In Italien blieb ihr Niveau außergewöhnlich hoch, weil sie die Krisen der 1950er Jahre (anders als in Nordeuropa) und der 1980er Jahre (anders als in Südeuropa) viel besser verkraftet hatte. Trotz einer langsamen Erosion seit der im Jahr 1976 erreichten Marke von 36,0 % gewann sie 1987 noch 28,3 % der Stimmen.

In der zweiten Phase (1989 bis 1993) brach diese Parteienfamilie in Westeuropa zusammen, als mehrere Parteien sich zur Sozialdemokratie oder zur politischen Ökologie bekannten und die übriggebliebenen durch den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus destabilisiert wurden. In Italien war der Sturz abrupt und brutaler. 1989 entschied die PCI-Führung, den Namen und die Natur der Partei zu ändern, rief 1991 eine formell ‚quasi-sozialdemokratische‘, inhaltlich sozialliberale Kraft ins Leben und rückte rasch nach rechts.

Die sich daraus ergebende Partei – zuerst als PDS und später als DS benannt – verschmolz 2007 mit christdemokratischen und zentristischen Kräften in die Demokratische Partei (Partito Democratico, PD). Sie wurde insgesamt fast 17 Jahre lang Regierungskraft in Mitte-Links-Koalitionen und lagerübergreifenden Koalitionen und war mitverantwortlich für die Zerstörung des Nachkriegssystems von dirigistischer Wirtschaftspolitik, redistributiver Sozialpolitik, arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsbeziehungen und Konsensdemokratie

Wahlergebnisse linker Parteien in Italien (% der gültigen Stimmen)

	1987	1992	1994	1996	2001	2006	2008	2013	2018
Gesamtsumme	28.3	5.6	6.1	8.6	6.7	8.0	4.4	5.7	5.0
PCI	26.5								
DP	1.7								
PRC		5.6	6.1	8.6	5.0	5.7	(SA)	(RC)	(PaP)
PdCI/PCdI/PCI	1.7				1.7	2.3	(SA)	(RC)	(PaP)
SA (Wahlbündnis)	1.7						3.1		
RC (Wahlbündnis)	1.7							2.2	
PaP (Wahlbündnis)	1.7								1.1
SEL/SI	1.7							3.2	(LeU)
LeU (Wahlbündnis)	1.7								3.5
Sonstige	0.0				0.0		1.3	0.3	0.4

(Fifi 2022; Guiso 2020). Mehrere linke Strömungen schlossen sich 1991 zur neokommunistischen PRC zusammen, erhielten aber nur 5,6 % der Stimmen bei der Wahl 1992.

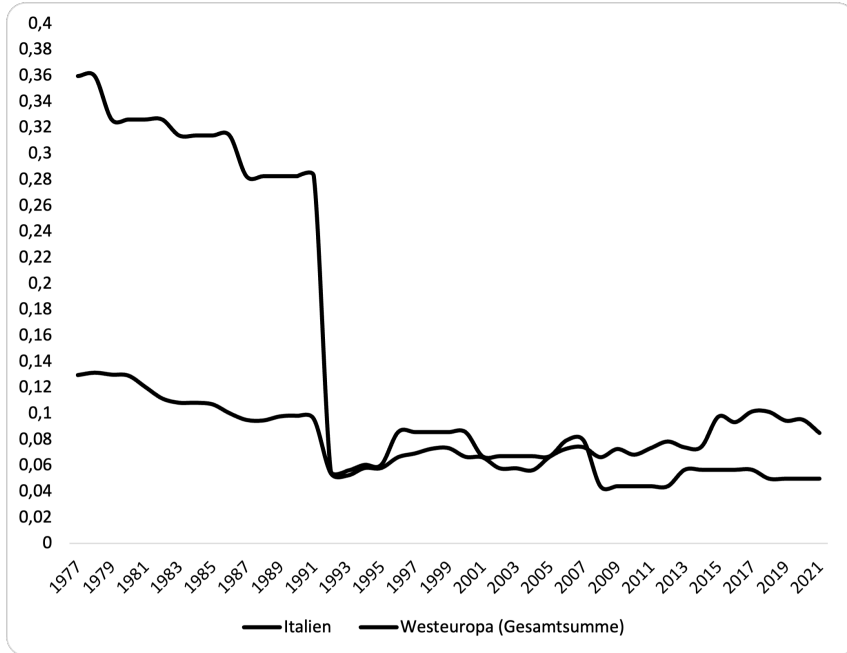
In der dritten Phase (1994 bis 2008) schwankte diese Parteienfamilie in Westeuropa zwischen Hoffnung und Enttäuschung auf einem leicht aufsteigenden aber relativ niedrigen Wahlniveau. Die Ergebnisse in Italien fielen ähnlich bzw. leicht höher aus. Am Anfang wuchs die PRC von 5,6 % (1992) auf 8,6 % (1996). Die durch das neue Mehrheitswahlssystem und Parteiensystem geförderte Zusammenarbeit mit Mitte-Links-Kräften wurde aber zum Zankapfel und verursachte immer wieder innere Konflikte, Abspaltungen und Wahlverluste. Die Partei wechselte mehrmals zwischen Wahlbündnissen und Alleingang sowie zwischen Opposition (1995–1996, 1998–2001), externer Tolerierung (1996–1998) und direkter Beteiligung (2006–2008) an Mitte-Links-Regierungen.

Gemäßigte Strömungen verließen die Partei im Jahr 1995 (Bewegung der Einheitskommunisten, Movimento dei Comunisti Unitari, MCU) und im Jahr 1998 (Partei der italienischen Kommunisten, Partito dei Comunisti Italiani, PdCI); kleinere radikale Gruppierungen machten dergleichen in den Jahren 1996–1998 und 2006–2008. Die Gesamtergeb-

nisse dieser Parteien fielen auf 6,7 % (2001) und 8,0 % (2006). Letztendlich schlossen sich verschiedene linke und Mitte-Links-Kräfte zum Wahlbündnis Die Linke – Der Regenbogen (La Sinistra – L'Arcobaleno, SA) zusammen, das 2008 mit 3,2 % eine katastrophale Niederlage erlitt und den Einzug ins Parlament verpasste.

In der vierten Phase (2009–2021) erlebte die europäische Linke in Westeuropa einen starken, wenn auch geographisch ungleichmäßigen, Aufschwung. Ihre Gesamtergebnisse stiegen über das Niveau von 1989 bis zu einem Höhepunkt von 10,2 % im Jahr 2017. Nach der Weltfinanzkrise feierten alte und neue Parteien eklatante Wahlerfolge in Griechenland (45,0 %), Spanien (22,6 %), Portugal (20,7 %), Irland (27,6 %) und Frankreich (14,6 % bei den Parlamentswahlen, aber 21,3 % bei den Präsidentschaftswahlen). Gleichzeitig erlebten auch einige sozialdemokratische Parteien eine linke Erneuerung: insbesondere die britische Labour Party, die 2017 mit Jeremy Corbyn 40,0 % der Stimmen erhielt und eine knappe Niederlage erlitt. Im starken Gegensatz dazu blieb die italienische Linke sehr schwach. Die Gesamtergebnisse stiegen zwar leicht von 4,4 % (2008) auf 5,7 % (2013) und 5,0 % (2018), waren aber auf mehrere konkurrierenden Gruppierungen verteilt und zum guten Teil dem

Abbildung 1: Wahlergebnisse linker Parteien in Westeuropa, 20 Länder (% der gültigen Stimmen)



Beitrag von Wahlbündnissen mit nichtradikalen sozialdemokratischen, grünen und sonstigen Kräften zu verdanken. Insgesamt ist die Wählerschaft von Organisationen, die sich ausdrücklich als Erben der Geschichte der PCI und PRC, sowie als Teil der zeitgenössischen radikalen Linken verstehen, auf höchstens 2–3 % geschrumpft. Die Entwicklung der einzelnen Kräfte lässt sich nicht leicht zusammenfassen, da sie wiederholt ihren Namen änderten, Abspaltungen und Fusionen erlebten und zumeist nicht eigenständig zur Wahl antraten. Eine größere rechte Strömung um Nichi Vendola und Nicola Fratoianni verließ 2009 die PRC und gründete mit weiteren Partnern eine neue Partei, zuerst als Linke Ökologie Freiheit (Sinistra Ecologia Libertà, SEL) und heute als Italienische Linke (Sinistra Italiana, SI) bekannt. Diese Partei schaffte 2013 als PD-Verbündeter den Wiedereinzug ins Parlament mit 37 Abgeordneten, verlor aber diese Abgeordneten schrittweise durch scharenweise

Austritte und schlechte Wahlergebnisse wieder: 2017 blieben nur siebzehn Abgeordnete, 2018 drei Abgeordnete, und 2021 ein Abgeordneter übrig. Bei der folgenden Wahl trat sie als Teil eines rot-grünen Wahlbündnisses an. Die 2018 treibende Kraft innerhalb des LeU-Wahlbündnisses, die PD-Abspaltung Artikel Eins (Articolo Uno, Art.1), identifizierte sich immer als Teil der sozialdemokratischen Parteienfamilie und trat 2022 wieder innerhalb der PD-Wahlliste an. Die fortbestehende PRC um Paolo Ferrero und Maurizio Acerbo versuchte eine Zusammenarbeit der oppositionellen Linken zu ermöglichen; die meist kurz vor Wahlen unter unterschiedlichen Bezeichnungen ins Leben gerufenen Wahlbündnisse blieben jedoch stets erfolglos. Die letzte Verkörperung dieser Strategie, die Volksunion (Unione Popolare, UP), wurde schon in Umfragen auf 1 % geschätzt. Der Wahlerfolg blieb auch 2022 für sonstige radikalere Kräfte aus. Verschiedene trotzkistische Gruppen gewannen 1 % bei

der Wahl im Jahr 2008, aber nur 0,1 % bei der Wahl im Jahr 2018 und traten diesmal nur in wenigen Wahlkreisen an. Die orthodoxe Kommunistische Partei um Marco Rizzo (Partito Comunista, PC) wuchs hingegen von 0,3 % bei der Wahl 2018 auf 0,9 % bei der Europawahl 2019 und trat diesmal innerhalb des euroskeptischen und impfkritischen Wahlbündnisses Italia Sovrana e Popolare (ISP) an, das im September 2022 auf 1,2 % kam.

Unmittelbare und tiefere Ursachen

Zusammengefasst sind der Rückgang und die heutige Schwäche der italienischen Linken auf zwei Schlüsselmomente zurückzuführen: einerseits auf den Wechsel der PCI zur Sozialdemokratie nach 1989, die ihr die überwiegende Mehrheit der Wähler, Mitglieder und Ressourcen raubte, andererseits auf die katastrophale Wahlniederlage im Jahr 2008, die ihre parlamentarische Vertretung, Medienpräsenz und staatliche Finanzierung vernichtete und eine spätere Erholung schwermachte. Obwohl sich viele unmittelbare und tiefere Faktoren dafür identifizieren lassen, die für diese Entwicklung mit einiger Wahrscheinlichkeit mitverantwortlich sein könnten, ist ihre tatsächliche Kausalität, ihr relatives Gewicht und ihre historische Notwendigkeit oft schwer einzuschätzen.

In den 1980er und frühen 1990er Jahren war die radikale Linke europa- und weltweit auf dem Rückzug. Dies lässt sich allgemein mit drei allgemeinen Faktoren erklären: (1) die Erosion und Umstrukturierung der industriellen Arbeiterklasse durch strukturellen Wandel, gewerkschaftliche Niederlagen und politische Maßnahmen, die die Kernwählerschaft der Linken schwächten; (2) der Verlust an materieller und ideologischer Anziehungskraft der sozialistischen Planwirtschaften, die zunehmend an niedrigen Wachstumsraten und Warenmangel litten, politisch abschreckender wurden (so durch die chinesische Kulturrevolution, die kambodschanischen Roten Khmer,

die Hungersnot im Derg-Äthiopien sowie die Zerschlagung von Solidarność in Polen) und letztendlich nach dem Jahr 1989 weitgehend zusammenbrachen; sowie (3) die Abwanderung von Parteieneliten und Aktivisten durch Kooptation, Demoralisierung und Repression. Diese Faktoren waren auch in Italien vorhanden, führten aber eher zu einer subtilen Veränderung der sozialen und ideologischen Zusammensetzung der PCI als zu Wahlverlusten, da sie als außergewöhnlich große, glaubwürdige und nicht eng mit dem Realsozialismus verbundene linke Oppositionskraft noch von radikalen und gemäßigten Wählern unterstützt werden konnte und ihr engster Konkurrent, die sozialistische Partei, zu schwach und regierungsnah war, um eine ernsthafte Alternative zu bieten. Ihr abrupter Wandel 1989–1990 zu einer postkommunistischen, gemäßigten linken Kraft (Liguori 2009) war aus vergleichender Perspektive wenig überraschend, da die meisten osteuropäischen und mehrere westeuropäische Schwesterparteien den gleichen Weg gingen (Botella, Fernández 2003; Bozóki, Ishiyama 2002). Ihre spätere Wandlung in eine sozialliberale Partei (Bellucci u. a. 2000; Giannetti, Mulé 2006; Natale, Fasano 2017), die politische Inhalte und Klasseninteressen vertritt, die kaum mit jenen der traditionellen sozialistischen Arbeiterbewegung zu tun haben, ist allerdings ideologisch unverständlich, spiegelt aber die allgemeine Entwicklung postkommunistischer und sozialdemokratischer Parteien wider (De Waele u. a. 2013; Gethin u. a. 2022; Nachtwey 2009) und lässt sich zum Teil materialistisch durch die veränderten Interessen der Parteieneliten und der gesellschaftlichen Ober- und oberen Mittelschichten erklären. Letztlich war auch zu erwarten, dass alte oder neue linke Kräfte versuchen würden, die daraus entstandene Vertretungslücke zu füllen und die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit und nach dem Wohlfahrtsstaat neu zu verkörpern (Chiocchetti 2017), in Italien war es die PRC. Zugleich ist nicht völlig klar, warum letztere nicht einen größeren Teil der gesellschaft-

lichen und organisatorischen Verankerung des italienischen Kommunismus behalten oder zurückgewinnen konnte.

In den 1990er und 2000er Jahren war die radikale Linke Italiens vergleichsweise nicht mehr außergewöhnlich und spiegelte die allgemeinen Wahlniveaus und -trends ihrer westeuropäischen Parteienfamilie wider: eine Achterbahnfahrt aus Höhen und Tiefen auf einer historisch niedrigen Höhe. Wie die meisten Schwesterparteien konnte die PRC nur einen Bruchteil der unzufriedenen Kernwählerschaft der Mitte-Links-Parteien umwerben. Europaweit war dies das Ergebnis des Zusammenspiels mehrerer Ursachen. Das Gewicht von Tradition hielt viele und insbesondere ältere Wähler ihren traditionellen sozial- oder christdemokratischen Parteien gegenüber loyal. Der häufig bipolare Wettbewerb zwischen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien oder Lagern förderte ein strategisches Abstimmungsverhalten für das ‚kleinere Übel‘. Die Struktur von vielen Wahlsystemen benachteiligte kleinere und blockfreie Parteien. Der Mangel an kritischer Masse der Linken und das Fehlen an wirksamen parlamentarischen und außerparlamentarischen Strategien zur Umsetzung ihres Anliegens ließen sie oft als ‚verlorene Stimme‘ erscheinen. Schließlich machte die zunehmende Verwicklung in Wahlbündnisse und Regierungsbeteiligungen mit sozialliberalen Kräften linke Parteien für die Umsetzung neoliberaler Politiken mitverantwortlich und erschütterte ihre politische Glaubwürdigkeit. In Italien waren diese Faktoren besonders stark, was das schizophrene Verhalten und die insgesamt enttäuschenden Wahlergebnisse der PRC zu erklären hilft. Einerseits trugen die organisatorische und personelle Kontinuität zwischen PCI und PDS/DS/PD und das Schreckgespenst eines als rechtsextrem und autoritär empfundenen Mitte-Rechts-Bündnisses um Silvio Berlusconi deutlich dazu bei, unzufriedene Wähler von der radikalen Linken fernzuhalten. Andererseits war die Inklusion der PRC in Mitte-Links-Bündnisse in der Regel notwendig, um Wah-

len zu gewinnen und Regierungskoalitionen zu bilden, was einen starken Anpassungsdruck ausübte. Schließlich konnten linke Abgeordnete mit dem Versprechen sicherer Sitze und Regierungsposten sehr leicht abgeworben werden, was mehrmals passierte und ihre Kohäsion und Glaubwürdigkeit weiter unterminierte.

Solche Faktoren kamen im Jahr 2008 besonders ungünstig zusammen, verursachten schwere Verluste des Wahlbündnisses SA in alle Richtungen und ließen erstmals diese Parteienfamilie ohne parlamentarische Vertretung zurück. Laut Wählerstromanalyse entschieden sich nur 28 % der ehemaligen PRC- und PdCI-Wähler im Jahre 2008 für SA; 32 % wurden Nichtwähler, 28 % wählten PD und 13 % sonstige Parteien (Tabelle 2). Die Erklärung und die Lehren aus dieser historischen Niederlage blieben aber unter akademischen und politischen Kreisen kontrovers diskutiert (ITANES 2008a; Morcellini, Prospero 2009). Einige Beobachter machen die enttäuschende Regierungserfahrung der verbündeten Parteien (PRC, PdCI und weiterer sozialdemokratischer und grüner Kräfte), die vor 2008 alle gemeinsam am kurzlebigen Kabinett Prodi II sowie an einer Mehrheit von Regionalkabinetten direkt beteiligt waren, verantwortlich. Andere schrieben die Verluste dem Druck von strategischem Wahlverhalten zu, da die PD bewusst eine Listenverbindung mit SA ablehnte und sich erfolgreich als einzige ‚nützliche Stimme‘ gegen das Mitte-Rechts-Wahlbündnis profilierte. Ferner werden oft weitere Faktoren hervorgehoben, wie die späte und improvisierte Bildung der SA, ihr Verzicht auf traditionelle Parteienlogos (darunter – erstmals seit 1953 – dem Hammer-und-Sichel-Symbol), ihre desaströse Wahlkampagne sowie eine überdurchschnittliche Demobilisierung des mit einer sicheren Niederlage rechnenden Mitte-Links-Lagers. Die empirische Evidenz aus dem Jahr 2008 und aus den Folgejahren bringt qualifizierte Unterstützung für jede dieser Hypothesen, kann ihre Wirkung aber nicht eindeutig abschätzen und unterscheiden. Einerseits

ist aus vergleichender Sicht klar, dass eine Regierungsbeteiligung an sozialliberalen Regierungen unweigerlich schädlich und teilweise vernichtend für linke Parteien ist (Chiocchetti 2017; Hildebrandt, Brie 2006; Olsen u. a. 2010). Ihre Folgen sind aber hauptsächlich indirekt: nur ein kleiner Teil der enttäuschten WählerInnen zieht zu radikaleren Kräften weg, die meisten werden Nichtwähler (und später manchmal für rechtspopulistischen Parteien anfällig) und einige erfahren eine langfristige Mäßigung ihrer Erwartungen und können leichter von Mitte-Links-Rivalen abgeworben werden. Andererseits setzt ein Alleingang sie einem großen Druck aus, da sie sowohl als ‚Verderber‘ eines Mitte-Links-Sieges als auch als irrelevante Option empfunden werden können. Dies ist vor allem gefährlich, wenn eine rechte Regierung im Amt ist, wenn linke Parteien für einen Sieg über das Mitte-Rechts-Lager unvermeidlich sind und wenn sie allgemein als Teil eines Mitte-Links-Lager wahrgenommen werden – drei Bedingungen, die in Italien stets vorhanden waren. Hätte die PRC seit ihrer Entstehung einen eigenständigen Kurs beibehalten, wäre sie wahrscheinlich besser in der Lage gewesen, langfristig vom Zorn gegen neoliberale Politiken, enttäuschende wirtschaftliche Ergebnisse und Korruption der Regierungsparteien zu profitieren. Die Jahre nach 2008 boten dafür ein besonders günstiges Gelegenheitsfenster, da beide Lager für eine katastrophale wirtschaftliche und soziale Bilanz verantwortlich waren und wiederholt gemeinsam mitregierten (Kabinett Monti 2011–13, Kabinett Draghi 2011–22, Beteiligung von Mitte-Rechts-Abspaltungen an den PD-geführten Kabinetten 2013–18). Zugleich hätte der weitverbreitete Wunsch, eine permanente Dominanz des Mitte-Rechts-Lagers zu verhindern und dem bisher unerprobten Mitte-Links-Lager eine Chance zu geben, sie vielleicht noch früher geschwächt, marginalisiert und aus dem Parlament gedrängt. Tatsächlich waren es nach 2008 nicht die radikaleren Kräfte, die sich zunächst erholen konn-

ten, sondern die gemäßigte SEL, die sich durch eine Wahlallianz mit der PD den Wiedereinzug ins Parlament gesichert hatte und dadurch Hoffnungen auf einen, egal wie kleinen, parlamentarischen Einfluss erwecken konnte.

Nach 2008 schieden sich die Wege der europäischen und italienischen Linken: während die erstere allgemein aufsteigende Wahlergebnisse und gezielte, teilweise spektakuläre Erfolge feiern konnte, steckte letztere in einem Abwärtstrend fest. Dafür verantwortlich sind drei eng verbundene Faktoren. Erstens verursachte die 2008er Niederlage einen plötzlichen Rückgang der institutionellen Vertretung, der staatlichen Finanzierung und der Medienpräsenz linker Parteien, die alle relativ schwierig zu beseitigen sind. Zweitens zersplitterte sich die Szene in eine wachsende Zahl konkurrierender Organisationen, die zur eigenständigen Überwindung der Sperrklauseln (4 % im Jahr 2013 und 3 % seit 2018) zunehmend aussichtslos erschienen, selbst wenn sie sich zu gezielten Wahlbündnissen zusammenschlossen. Letztlich tauchten neue Konkurrenten auf, die durch transversale Botschaften sowie durch die selektive Aneignung traditioneller Kernthemen der Linken um ihre ehemaligen und potenziellen WählerInnen warben. Eine wichtige Rolle spielte die 2009 entstandene populistische Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento 5 Stelle, M5S), die mit ihrer Botschaft gegen Korruption und die Austeritätspolitik beider Lager eklatante Wahlerfolge erlebte. Gerade weil sie weder links noch rechts eingeordnet werden konnte, erschienen ihre teilweise linksgerichteten sozio-ökonomischen Vorschläge (z.B. soziale Mindestsicherung, höhere Investitionen in öffentliche Dienstleistungen, Volksabstimmung um die Mitgliedschaft im Euroraum) glaubwürdiger und fanden bei den Unter- und unteren Mittelschichten massive Unterstützung. Auch die rechtspopulistische Lega konnte sich zunehmend unter Arbeitern und den unteren Gruppen der Angestellten als soziale Partei profilieren: nicht nur durch ausländerfeindliche Parolen und Wohlfahrt-

Wählerwanderungen 2006–2008 (% der Wahlberechtigten)

	2008 SA	2008 PD	2008 Sonstige	2008 Nichtwähler	Gesamt (2006)
2006 PRC + PdCI	1,8	1,8	0,8	2,0	6,4
2006 Verdi	0,2	0,2	0,6	0,1	1,0
2006 Ulivo (PD)	0,3	21,4	5,4	3,1	30,3
2006 Sonstige	0,1	1,5	39,8	4,1	45,5
2006 Nichtwähler	0,1	0,8	2,7	13,2	16,8
Gesamtsumme (2008)	2,4	25,7	49,4	22,5	100,0

schauvinismus, sondern auch durch taktische ‚linke‘ Botschaften. Insbesondere versprach sie, die Fornero-Rentenreform abzuschaffen und einen resoluten Kampf gegen die europäische Austeritätspolitik und den Euro zu einzuleiten.

Infolgedessen konnte die italienische Linke die Erfolge ihrer europäischen Schwesterparteien nicht wiederholen und verlor immer mehr an allgemeiner Wählerschaft und Verankerung in der Arbeiterklasse. Dies lässt sich anhand der Wahlergebnisse von 2018, gegliedert nach soziodemografischen Gruppen deutlich darstellen (Tabelle 3). In diesem Jahr hielten sich die weniger gut situierten Lohnabhängigen (untere Angestellte, Arbeiter und Arbeitslose) dezidiert von Mitte-Links-Parteien und linke Parteien fern und entschieden sich klar für eine Stimmenthaltung, die Fünf-Sterne-Bewegung und in geringerem Maße für die Lega. Das gemäßigt linke Wahlbündnis Freie und Gleiche (Liberi e Uguali, LeU), das öffentlich von vielen Gewerkschaftsführern – darunter die ehemaligen CGIL-Generalsekretäre Sergio Cofferati und Guglielmo Epifani und deren heutigen Nachfolger Maurizio Landini – unterstützt wurde, erhielt unter diesen Gruppen unterdurchschnittliche und insgesamt erbärmliche Ergebnisse. Radikalere linke Wahllisten, die nur 1,5 % der gültigen Stimmen gewinnen konnten, wurden in der Wahlstudie nicht gesondert aufgeführt. Damit war der lange Abschied zwischen den italienischen ‚linksgerichteten‘ Parteien und der Arbeiterklasse, soziologisch und programmatisch bereits längst vorbereitet, auch wahltechnisch vollendet.

Ausblick

Trotz ihrer häufigen Wahlerfolge in den 2010er Jahren ist es der westeuropäischen Linken nirgendwo gelungen, große politische Erfolge zu feiern. Parlamentarisch wurden ihre Anliegen durch das Fehlen von passenden Verbündeten und internationale Zwänge vereitelt. Exemplarisch ist der Fall der Partei SYRIZA, die von 2015 bis 2019 in Griechenland tatsächlich an die Macht kam, aber kläglich an ihrer selbstbestimmten Hauptaufgabe scheiterte, die von der EU diktierte Austeritätspolitik zu beenden. Linke Parteien in anderen Staaten, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition, konnten genauso wenig den Trend von Sozialabbau und steigender Ungleichheit umkehren. Außerparlamentarisch trugen sie kaum zu einem Wiedererwachen der Arbeiterbewegung bei, als die gewerkschaftliche Organisation und Kampfbereitschaft weiter schrumpfte und sowohl betriebliche Kämpfe als auch Straßenbewegungen selten Breite und Erfolg erlangen konnten. Schließlich fehlen den linken Parteien glaubwürdige kurzfristige und langfristige Strategien, um beide Probleme – mangelnden parlamentarischen und außerparlamentarischen Einfluss – zu überwinden. Infolgedessen führten linke Wahlerfolge nicht zu einer Verschiebung der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, sondern wiederholt zu Enttäuschungen und Ohnmachtsgefühlen.

Diese Probleme werden in Italien durch die Schwäche, Zersplitterung, soziologische Zu-

Erfolge und Niederlagen Sozialdemokratischer Parlamentsparteien in Osteuropa

	LeU	M5S	PD	Lega	Sonstige Parteien	Nicht-wähler
Wahlberechtigte	2,4	23,1	13,3	12,3	19,6	29,3
Selbständige	2,0	16,8	11,4	16,5	26,2	27,1
Leitende Angestellte	4,0	17,8	16,1	14,4	20,2	27,0
Lehrer	4,1	21,3	15,6	6,6	19,7	32,8
Mittlere Angestellte	2,3	24,9	14,7	10,6	19,4	28,0
Untere Angestellte	1,3	26,2	8,5	14,0	13,4	36,6
Arbeiter	1,8	30,6	8,2	13,7	16,4	29,2
Arbeitslose	1,4	25,8	8,6	11,0	21,1	32,1
Rentner	3,0	17,3	21,7	13,0	22,7	22,3
Studierende	3,8	20,3	15,2	7,6	13,9	39,2
Sonstige Nicht-Erwerbstätige	2,0	28,0	10,0	11,6	14,0	34,4

sammensetzung und den Mangel an politischer Glaubwürdigkeit der Linken verschärft, die keine guten Voraussetzungen für eine Erholung ihrer Wahlergebnisse und ihres politischen Einflusses bieten. Obwohl die desaströse wirtschaftliche und soziale Lage des Landes eine enorme Volatilität des Wahlverhaltens verursacht und viel Raum für radikale Herausforderer schafft, wird es für linke Organisationen schwierig sein, in absehbarer Zeit davon zu profitieren. Erstens fehlt ein natürlicher organisatorischer Anziehungspol, wo unterschiedliche linke Strömungen sich sammeln und koexistieren können: dafür sind SI zu kompromittiert, PRC oder PAP zu schwach. Zweitens schafften linke Organisationen zu keiner der wichtigen politischen Fragen der letzten Jahre (Mitte-Links-Bündnisse, Entwicklungsstrategie, Beziehung zur EU, Umgang mit der Covid-19-Pandemie, Krieg in der Ukraine) eine einheitliche, wahrnehmbare und glaubwürdige hörbare Haltung zu entwickeln. Drittens sind inzwischen Konkurrenten entstanden, die linke Anliegen selektiv vertreten. Einerseits kann die Fünf-Sterne-Bewegung trotz ihrer enttäuschenden Erfahrung als Regierungspartei in drei unterschiedliche Koalitionen immerhin einige konkrete soziale Maßnahmen vorweisen und wurde zuletzt von der PD in die Rolle einer klassischen linken Opposition gedrängt. Der berühmteste ‚linke‘ Vertreter der Bewe-

gung, Alessandro Di Battista, hat die günstige Gelegenheit verpasst, eine alternative Organisation aufzubauen und hält sich derzeit von der Berufspolitik fern. Andererseits können neue kleinbürgerliche Kleinparteien wie Italexit versuchen, euroskeptische linke Wähler zu umwerben, die die wirtschaftliche und institutionelle Architektur der EU und des Euroraums als Hauptverantwortlichen für die Probleme des Landes zur Rechenschaft ziehen.

Deshalb gibt es derzeit wenig Anlass, an eine Veränderung der aktuellen Lage der bestehenden linken Organisationen zu glauben. Eine gemäßigte Strömung wird als Anhängsel der PD überleben und eine kleine parlamentarische Vertretung bewahren. Radikalere Strömungen werden schwach und zersplittert bleiben. Keine der beiden Strömungen wird die politische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes beeinflussen können. Die kommende inflationäre Rezession, die an zwei Jahrzehnten andauernder Stagnation der italienischen Wirtschaft anschließt – das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2021 war 1.678 Milliarden Euro, weniger als im Jahre 2001 – wird aber wiederholt das Vertrauen in die bestehenden Parteien erschüttern und auf die Notwendigkeit eines grundlegenden Richtungswechsels hinweisen. Ob dadurch eine neue überzeugende, starke linke Kraft entstehen kann, bleibt abzuwarten.

Anmerkungen

1 Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Umfragedaten (ITANES 2008b).

Literatur

- Balestrini, Nanni; Moroni, Primo (1997): *L'orda d'oro: 1968-1977. La grande ondata rivoluzionaria e creativa, politica ed esistenziale*. Milano: Feltrinelli.
- Bellucci, Paolo; Maraffi, Marco; Segatti, Paolo (2000): *PCI, PDS, DS. La trasformazione dell'identità politica della sinistra di governo*. Roma: Donzelli Editore.
- Bertolino, Simone (2004): *Rifondazione comunista: storia e organizzazione*. Bologna: Il mulino.
- Botella, Juan; Fernández, Luis Ramiro (2003): *The crisis of communism and party change. The evolution of Western European Communist and post-communist parties*. Barcelona: Institut de Ciències Politiques i Socials.
- Bozókí, András; Ishiyama, John T. (Hrsg.) (2002): *The communist successor parties of Central and Eastern Europe*. New York: M. E. Sharpe.
- Calossi, Enrico (2016): *Anti-austerity left parties in the European Union: Competition, coordination and integration*. Pisa: Pisa University Press.
- Chiocchetti, Paolo (2017): *The radical left party family in Western Europe, 1989-2015*. Abingdon: Routledge.
- Chiocchetti, Paolo (2021): *Die anhaltende Krise der radikalen Linken*. In: Hildebrandt, Cornelia; Koltsida, Danaï; Bouma, Amieke (Hrsg.): *Left diversity zwischen Tradition und Zukunft. Linke Parteienprojekte in Europa und ihre Potenziale*. Hamburg: VSA, S. 350-361.
- Daiber, Birgit; Hildebrandt, Cornelia; Striethorst, Anna (2010): *Von Revolution bis Koalition: linke Parteien in Europa*. Berlin: Karl Dietz.
- De Waele, Jean-Michel; Escalona, Fabien; Vieira, Mathieu (2013): *The Palgrave handbook of social democracy in the European Union*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- De Waele, Jean-Michel; Seiler, Daniel-Louis (2011): *Les partis de la gauche anticapitaliste en Europe*. Paris: Economica.
- Fifi, Gianmarco (2022): *From social protection to 'progressive neoliberalism': writing the left into the rise and resilience of neoliberalism (1968-2019)*. In: *Review of International Political Economy*. DOI: <https://doi.org/10.1080/09692290.2022.2107044>.
- Gethin, Amory; Martínez-Toledano, Clara; Piketty, Thomas (2022): *Brahmin left versus merchant right: Changing political cleavages in 21 Western Democracies, 1948-2020*. In: *The Quarterly Journal of Economics* 137, H. 1, S. 1-48.
- Giannetti, Daniela; Mulé, Rosa (2006): *The democratic left: in search of a new identity*, in: *South European Society and Politics* 11, H. 3-4, S. 457-475.
- Guiso, Andrea (2020): *The Long Goodbye. Politics and economy in the crisis of the entrepreneurial State*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 25, H. 1, S. 77-94.
- Hildebrandt, Cornelia; Brie, Michael (2006): *Die Linke in Regierungsverantwortung. Analysen, Erfahrungen, Kontroversen*. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Hildebrandt, Cornelia; Koltsida, Danaï; Bouma, Amieke (2021): *Left diversity zwischen Tradition und Zukunft. Linke Parteienprojekte in Europa und ihre Potenziale*. Hamburg: VSA.
- ITANES – Italian National Election Studies (2008a): *Il ritorno di Berlusconi: vincitori e vinti nelle elezioni del 2008*. Bologna: il Mulino.
- ITANES (2008b): *Inchiesta campionaria sulle elezioni politiche del 2008*. URL: <http://www.itanes.org>.
- ITANES (2013): *Inchiesta campionaria sulle elezioni politiche del 2013*. URL: <http://www.itanes.org>.
- Kioupkiolis, Alexandros; Katsambekis, Giorgos (2019): *The Populist Radical Left in Europe*. Abingdon: Routledge.
- Liguori, Guido (2009): *La morte del PCI*. Roma: Manifestolibri.
- March, Luke (2012): *Radical left parties in Europe*. Abingdon: Routledge.
- March, Luke; Mudde, Cas (2005): *What's left of the radical left? The European radical left after 1989: Decline and mutation*. In: *Comparative European Politics* 3, H. 1, S. 23-49.
- Morcellini, Mario; Prospero, Michele (2009): *Perché la sinistra ha perso le elezioni?* Roma: Ediesse.
- Nachtwey, Oliver (2009): *Marktsozialdemokratie*. Wiesbaden: VS.
- Natale, Paolo; Fasano, Luciano (2017): *L'ultimo partito: 10 anni di Partito democratico*. Torino: Giappichelli Editore.
- Olsen, Jonathan; Hough, Dan; Kofß, Michael (2010): *Left parties in national governments*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Pucciarelli, Matteo (2011): *Gli ultimi mohicani: una storia di Democrazia proletaria*. Roma: Alegre.
- Vittoria, Albertina (2006): *Storia del PCI: 1921-1991*. Bologna: Carocci.

Dieter Segert

Die Krise der Linken in Osteuropa und ihre globalen Wurzeln

2018 fand in dem renommierten Belgrader Institut für Sozialwissenschaften eine Konferenz statt, die sich mit der Krise der Linken in der Region wie auch europaweit beschäftigte.¹ Sie trug den schönen Titel: „Die Linke ist tot, es lebe die Linke!“ Der analoge Ruf – bezogen auf den gestorbenen alten und den ihm nachfolgenden neuen König – ist aus der Geschichte Europas bekannt. Aber in Bezug auf die Linke entstehen bei seiner Verwendung Fragen wie die folgenden: Was ist die alte Linke? Worin bestand ihre Krise? Wer folgt ihr nach?

Osteuropa als Menetekel der Linken

In Osteuropa begann und endete das „kurze 20. Jahrhundert“. Hier – in Sarajevo – fand die Initialzündung zur Katastrophe des 20. Jahrhunderts statt, zum Ersten Weltkrieg, hier (in Moskau) wurde eine neue Abteilung der radikalen Linken geboren, die kommunistische Weltbewegung, gut 70 Jahre später, 1989–1991, stürzte ihr wichtigstes Resultat, die Sowjetunion und der sowjetische Staatssozialismus, krachend ein. Dies hatte Auswirkungen weltweit, nicht nur auf die Erben der Komintern, sondern auch die der Zweiten Internationale.

Warum war das so? Seit Jahrzehnten, seit 1945, hatte es einen Wettbewerb zwischen dem sozial gebändigten Kapitalismus und dem 1917 geborenen Staatssozialismus gegeben. Die Zeitenwende 1989, die in den Zerfall der Sowjetunion mündete, hatte so ausgesehen, als ob damit jegliche systemische Alternative zum Kapitalismus gescheitert wäre. Dem „realen Sozialismus“² war die Zukunft abhandengekommen. Der Spruch Fukuyamas vom „Ende

der Geschichte“ (1992) hatte Konjunktur.

Es blieb nicht so. Am Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends schien sich die Geschichte erneut zu drehen. Die weltweite Finanzkrise der Jahre ab 2007/08 erweckte die Kritik am vorherrschenden Wirtschaftssystem erneut. In der wissenschaftlichen und journalistischen Debatte wurde Fukuyamas These erneut diskutiert und seziert. Ther sprach vom „anderen Ende der Geschichte“ (Ther 2019). Aber es gab weitere Argumente gegen den endgültigen Sieg der westlichen Ordnung und ihrer Werte, etwa den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas bei Beibehaltung seiner politischen Ordnung oder den politischen Islam. Und im Innern der westlichen Welt breitete sich eine antiwestliche politische Strömung aus, sie wurde als „rechter Populismus“ gekennzeichnet.

Osteuropa spielte in dieser Gegenbewegung wieder eine besondere Rolle. Hier war der Sieg des kapitalistischen Westens über seine alternative Ordnung besonders überzeugend gewesen, gerade deshalb wäre anzunehmen, dass seine Krise von 2008 eine Renaissance linker Politik bewirken würde. Es kam anders. Der Nachhall der schmerzhaften wirtschaftlichen Umbaumaßnahmen im Verlaufe der 1990er Jahre führte nicht zum Wiederaufstieg der politischen Linken, sondern zu dem des rechten Populismus, für den besonders Orbáns Fidesz und Kaczyńskis PiS stehen.

Warum das so war und ob das so bleiben muss, soll nachfolgend diskutiert werden.

Linke politische Parteien in Osteuropa: ein kurzer historischer Abriss

Ausgangspunkt ist die Zeit nach 1945. Die politische Linke bestand ursprünglich in vielen Ländern aus Sozialdemokraten und Kommunisten. In einigen Ländern existierten auch Bauernparteien mit einem linken Potential, so in Bulgarien und Ungarn. Nach Beginn des Kalten Krieges ab 1947 kam es zu einer Einebnung aller nichtkommunistischen linken Parteien. Die Sozialdemokraten fusionierten unter politischem Druck mit den kommunistischen Parteien, wobei kleine Gruppen in den Westen gingen, um dort Exilparteien zu bilden. Die linken Bauernparteien lösten sich ebenfalls auf oder wurden zu willigen Vollstreckern der kommunistischen Politik. In einigen Krisen des Staatssozialismus gründeten sich die sozialdemokratischen Parteien auch in jenen Ländern neu, so etwa in der Tschechoslowakei im Jahr 1968. Diese Gründungen überlebten aber das Ende der jeweiligen staatssozialistischen Krisen nicht.

In der finalen Krise des sowjetischen Staatssozialismus, ab Ende der 1980er Jahre, kam es zur Wiedergeburt des Parteienpluralismus; in einigen Fällen wurden auch historische linke, christdemokratische und Bauernparteien wiedergegründet. Dabei spielten teilweise Personen, die aus dem Exil zurückkehrten, eine Rolle. Die sozialdemokratischen Parteien, die sich um die kleinen Gruppen von Exilpolitikern bildeten, hatten allerdings meist keinen politischen Erfolg. In mehreren Ländern, zuerst in Ungarn und Polen, transformierten sich jedoch die kommunistischen Staatsparteien erfolgreich zu Mitgliedsparteien der europäischen Sozialdemokratie. Ab Mitte der 1990er Jahre waren sie dann auch im demokratischen Parteienwettbewerb erfolgreich. Die parallel dazu neuentstandenen sozialdemokratischen Traditionsparteien hingegen hatten kaum in einem Land nennenswerten politischen Einfluss. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie (später die tschechische) war eine Ausnah-

me. In ihr fusionierten Exilsozialdemokraten mit Reformkommunisten (die ihre Tradition in den Reformen des Prager Frühlings hatten). Miloš Zeman war einer jener Postkommunisten von 1968, die der sozialdemokratischen Partei, der ČSSD, 1998 erstmals zum Regierungserfolg verhalf.

Generell gilt: Nach einer Phase der Delegitimierung der Nachfolgeparteien der Staatsparteien aus der Zeit des sowjetischen Staatssozialismus machten die meisten von ihnen nach ihrer Wandlung hin zu einem sozialdemokratischen Programm ab Mitte der 1990er Jahre Regierungserfahrungen. Diese Phasen einer Führung von Regierungen bzw. als Juniorpartei von Koalitionsregierungen lagen in Ostmitteleuropa zwischen 1994 und 2010. Danach kam es zu deutlichen Einflussverlusten dieser Parteien und im Extrem sogar zu ihrem Ausscheiden aus dem Parlament. In Belarus, der Ukraine und Russland nahm die Entwicklung einen anderen Verlauf: Die kommunistischen Staatsparteien wurden zwar in einer bestimmten Phase auch „sozialdemokratisiert“, aber sie spielten keine zentrale Rolle für die politische Herrschaft. Es bildeten sich Patronageregime heraus.³

Tabelle 4.1: Erfolge und Niederlagen Sozialdemokratischer Parlamentsparteien in Osteuropa

Land/ Partei als Mitglied der SPE* (bzw. Assoziiert/ Beobachter- status) ⁹	1. Regierungs- teilnahme nach 1989 (füh- rend=PM oder in Koaliti- on= K)	Folgende Regierungs- teilnahme (Jahre)	Absturz / gro- ßer Verlust, Jahr: alte - folgende Stimmzahl (Prozent)	Gegenwärti- ge Stellung zur Regierung**
Polen/SLD (+UP)	1995–1997 (PM)	2001–2005 (PM)	Großer Verlust 2005: 41-11 2015: keine Mandate 2019: - 12,6	Opposition
Slowakei/ SDL-smer-sd	1998–2002 K (SDL)	2000–2010; 2012–2020: PM (smer-sd)	Absturz SDL 2002: 15-1 Großer Verlust (smer-sd) 2016: 44-28 2020: -18 Spaltung 09_2020 (HLAS sd)	Gespalten und in Opposition
Tschechien/ ČSSD	1998–2006 PM (1998–2002: Minderheits-r egierung)	2014–2017: PM 2017 bis 2021: K	Großer Verlust 2010: 32-22 2017: 21 - 7 2021: 7 - 5	Außer- parlamen- tarische Opposition
Ungarn/ MSZP (+DK)	1994–1998 PM	2002–2010 PM	Großer Verlust 2010: 41-19 2018: 26- 12 (MSZP) - 5 (DK)	Gespalten und in Opposition
Rumänien/ PDSR...PSD	1992–1996 PM	2000–2004 PM 2012–2015 PM 2016–2019 PM	Großer Verlust 2020: 46 - 29	Koalitions- partner

Weiter auf der nächsten Seite

Tabelle 4.1: Erfolge und Niederlagen Sozialdemokratischer Parlamentsparteien in Osteuropa
(Fortsetzung von vorheriger Seite)

Land/ Partei als Mitglied der SPE* (bzw. Assoziiert/ Beobachter- status) ⁹	1. Regierungs- teilnahme nach 1989 (füh- rend=PM oder in Koaliti- on= K)	Folgende Regierungs- teilnahme (Jahre)	Absturz / gro- ßer Verlust, Jahr: alte - folgende Stimmenzahl (Prozent)	Gegenwärti- ge Stellung zur Regierung**
Bulgarien/BSP (PBS: A)	1990–1991 PM (BSP)	1995–1997 PM 2005–2009 PM 2013–2014 K 2021/11–2022/6 K	Oszillieren 1997: 44-22 2009: 31-18 2014: 27-15 2021 1/2: 27 -15/13 2021 3: 10	Nach 2022/6 Regierungs- neubildung (Machtteil- nahme seit 2017 durch Präsidenten, auf Liste BSP gewählt)
Slowenien/ ZLSD...SD	1992–2004 (in Koalition)	2008–2012 (PM)	Verluste 2011: 31-11 2014: 11-6 2018: 6-10 2022: 7	Koalitions- partner
Kroatien/SDP	2000–2003 PM	2011–2016 (PM)	Verluste: 2003: 41-23 2020: 34 - 25 (im Bündnis)	Opposition
Serbien/DP	2000–2003 PM	2007–2008 2003–2012: Präsi- dent	2008: 23-38 Verlust 2014: 22-6 2020: 0	Außer- parlament- arische Opposition
Montenegro/ DPS (A)	1990–2020 PM		Stets 40-51 % 2020: 41 - 35	Präsident
Kosovo***/LVV, NISMA	2019 PM	Ab 2021 PM	Starker Anstieg 2021: 26 - 50	Stärkste Regierungs- partei
Albanien/PSSh (A)	1991 PM	1991, 1997–2005, seit 2013 PM	Absturz 2005: 42 - 9 Anstieg 2009: 9 - 40 2021: 48-49	Allein- regierung

Weiter auf der nächsten Seite

Tabelle 4.1: Erfolge und Niederlagen Sozialdemokratischer Parlamentsparteien in Osteuropa
(Fortsetzung von vorheriger Seite)

Land/ Partei als Mitglied der SPE* (bzw. Assoziiert/ Beobachter- status) ⁹	1. Regierungs- teilnahme nach 1989 (füh- rend=PM oder in Koaliti- on= K)	Folgende Regierungs- teilnahme (Jahre)	Absturz / gro- ßer Verlust, Jahr: alte - folgende Stimmzahl (Prozent)	Gegenwärti- ge Stellung zur Regierung**
Nordmazedoni- en/ SDSM (A)	1992-1998 PM	20042–008 PM seit 2017 PM	Zw. 24 und 49 Prozent, 2020: 36	PM in Koalitions- regierung
Litauen/LDDP- LSDP	1993-1996 PM	2001–2006 (PM) 2012-2016 (PM) 2016–2020 - K	Verluste: 2000: 31- 20; 2008: 21-12 2020: 14 - 9	Opposition
Lettland/ SDPS + LSSP (B)			SDPD: bis 2006 unter 10 seit- dem 20 und mehr Prozent	(Stärkste Partei, aber in) Opposition
Estland/ SDE	2007–2011 K	2014–2015 K 2016–2019 K	Verlust: 2003: 15-7 2019: 15 - 10	Opposition

Diese Entwicklung erscheint auf den ersten Blick geradezu paradox, da ja in der globalen Finanzkrise ab 2008 die Krisenhaftigkeit des neoliberalen Finanzkapitalismus deutlich zu Tage trat und eine sozialstaatlich gemilderte Variante des Kapitalismus – für die bekanntlich die Sozialdemokratie stand – auf die Tagesordnung zu treten schien. So war es aber nicht, auch nicht in Westeuropa. In Osteuropa jedoch wurde dieses Paradoxon besonders deutlich. Im Sommer 2022 regierten die Sozialdemokraten in keinem Land Ostmitteleuropas, außer in Slowenien. In Südosteuropa war die Bilanz etwas positiver. Hier verfolgen die „Sozialdemokraten“ allerdings eine Mischung aus sozialdemokratischer und nationalistisch-populistischer Programmatik.

Der Modus der post-sozialistischen Transformation

Die Paradoxie löst sich auf, wenn wir in die jüngste Geschichte zurückblicken. Die wichtigste Ursache für den gegenwärtigen Tiefstand des linken Einflusses in Osteuropa liegt in der Art des Systemwechsels von 1989 begründet. Die existierende staatssozialistische Ordnung war in eine tiefe Krise geraten und brach zusammen. An die Stelle der Diktaturen traten demokratische Ordnungen. Die vorherigen kommunistischen Staatsparteien reformierten sich überwiegend hin zu sozialdemokratischen, eine kleine Zahl, vor allem in Südosteuropa, wandelte sich zu nationalistischen Parteien (Bozóki, Ishiyama 2002). Der gleich-

zeitig vollzogene Wechsel des Wirtschaftsmodells und der sozialen Ordnung stellte jedoch eine sozialdemokratische Politik des Schutzes der Beschäftigten und der Unterstützung des sozialen Ausgleichs vor schwierige Aufgaben. Mehr noch, die reformierten Postkommunisten wurden als Sozialdemokraten zu einem der hauptsächlichen Gestalter einer Transformation, in der eine Bevölkerung, die 1989 eine Verbesserung ihrer Lebenssituation erwartet hatte, stattdessen den Härten eines nahezu unregulierten Kapitalismus¹¹ ausgesetzt wurde. Die Sozialstaatlichkeit des Ancien Regime wurde abgebaut, die neuen sozialstaatlichen Institutionen waren schwach. Dazu trug auch die Schwäche der Gewerkschaften bei, die durch ihre staatsnahe Stellung in der vorangegangenen Ordnung an Ansehen verloren hatten.

Zwar hätte der Zusammenbruch des Staatssozialismus als eine Bestätigung des sozialdemokratischen Gegenmodells zum kommunistischen Weg verstanden werden können, real aber führte die Delegitimierung des staatssozialistischen Modells in eine Krise der politischen Linken insgesamt, in all ihren Schattierungen. Mit dem sowjetischen Sozialismus erodierte überhaupt die Idee, dass es eine grundsätzliche Alternative zum bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell geben könnte. Nur noch innerhalb der gegebenen Ordnung schienen Verbesserungen möglich, und auch die erforderten einen breiten Konsens. Hinzu kam die spezifisch sozialdemokratische Variante des neoliberalen Gesellschaftsmodells, der sogenannte „Dritte Weg“, von der Politik des US-Präsidenten Clinton angeregt und durch Blair (Labour) und Schröder (SPD) ausformuliert.¹²

Die Erosion der Systemalternative zum Kapitalismus hatte bereits vor 1989, in den 1970er Jahren begonnen, als die kommunistischen Parteien im sowjetischen Herrschaftsbereich den Weg des Wettbewerbs um die bessere Lösung der globalen Lebensfragen mit dem Westen einschlugen. Das zeigte sich in der Konkurrenz zweier Modelle des Sozialstaates in

West- und Osteuropa (Boyer 2008). Für das östliche Modell wurde der Begriff „Konsumsozialismus“ (Staritz 1996; Hertle 2006) geprägt. Er stellt den Versuch einiger Staaten des sowjetischen Sozialismus dar, bestimmte Momente der Anziehungskraft des sozial regulierten Kapitalismus auf die Lohnarbeiterschaft zu kopieren. Und in diesem Sinne war es auch ein stilles Eingeständnis dessen, dass der Versuch, eine umfassende Alternative zum Kapitalismus zu schaffen, gescheitert war. Unter Chruschtschow gab es etwa noch das Ziel, den privaten PKW-Verkehr durch ein anderes, öffentliches Verkehrssystem zu ersetzen. Unter Breschnew, Honecker, Ceaușescu und Husák hingegen wurde eine eigene PKW-Produktion aufgebaut. Dabei häufig auf Grundlage von Kooperationen mit westlichen Automobilkonzernen wie Fiat, Volkswagen oder Renault. Der Staatssozialismus verlor den Systemwettbewerb nicht nur wegen seiner geringeren Wirtschaftskraft, sondern auch deshalb, weil er im Alltag kein überzeugendes Gegenmodell zur westlichen Konsumgesellschaft schaffen konnte. In der DDR zeigte sich diese mangelnde Attraktivität auch darin, dass die westdeutsche Mark zur Traumwährung der ostdeutschen Bevölkerung avancieren konnte. Wichtiger noch waren aber Wandlungen der Zielvorstellungen der staatssozialistischen Eliten in einigen der Staaten im Verlaufe der 1980er Jahre, vor allem in Ungarn, Polen und der Sowjetunion, die sich damit den jugoslawischen Reformkonzepten annäherten: Sie strebten nach einer Verbindung von Marktsozialismus und Demokratie, die sich allerdings schnell als nicht machbar erwies.

Daneben spielte es eine Rolle, dass der westliche Sozialstaat bis zum Aufstieg des neoliberalen Wirtschaftsmodells zwar keine umfassende soziale Gleichheit schaffen konnte und das auch nicht anstrebte, aber zumindest eine gewisse Art von sozialer Sicherheit für die meisten Lohnabhängigen herstellte. Durch Arbeitslosenversicherung, Altersrenten und ein ausgebautes Gesundheitssystem war in den

kontinentaleuropäischen Ländern ein System entstanden, das sich im Niveau der sozialen Absicherung durchaus mit dem des Staatssozialismus messen konnte.

Sowohl Reformeliten als auch Bevölkerungen irrten sich allerdings insofern, als 1989 dieser „soziale Kapitalismus“ oder „Teilhabekapitalismus“ (Busch, Land 2013) im Westen bereits im Verschwinden begriffen war. Sie strebten also einem westlichen System zu, das es in der Realität bereits so nicht mehr gab. Der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus vollzog ab Mitte der 1970er Jahre einen Systemwechsel hin zum Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell eines deregulierten Kapitalismus. In den Hauptländern des Kapitalismus zog sich der Staat in dieser Periode unter dem Eindruck der neoliberalen Meistererzählung aus der politischen Gestaltung der Wirtschaft zurück. Der osteuropäische Systemwechsel beschleunigte diesen Modellwechsel zusätzlich.

Die Transformation erfolgte unter den Losungen von der Diktatur zur Demokratie, vom Plan zum Markt, der „Rückkehr nach Europa“. Besonders radikal war die wirtschaftliche Umgestaltung: Die zwar schlecht funktionierende, aber etablierte Arbeitsteilung zwischen den Staaten des sowjetischen Osteuropas wurde in kurzer Zeit aufgehoben und die Unternehmen mussten sich nunmehr auf dem globalisierten kapitalistischen Markt behaupten. In Osteuropa wurde die größte Privatisierungskampagne der Geschichte realisiert. Die Art der Transformation bewirkte in vielen Ländern eine Superinflation sowie eine – in diesen Gesellschaften nach Jahrzehnten der Beschäftigungsgarantie erstmals auftretende – steil ansteigende Arbeitslosigkeit. In Polen betrug sie zwischen 1995 und 2005 um 15 Prozent, teils lag sie noch höher. In der Slowakei und Bulgarien war sie jahrelang ebenso hoch. Die deutliche Kluft im Lohngefälle gegenüber dem Westen befeuerte zudem die Arbeitsmigration von Ost nach West. In einigen Ländern Südosteuropas verringerte sich die Bevölkerung durch Auswanderung und sinkende Geburtenraten um bis

zu 10 Prozent. In der Ukraine seit 1990 sogar um ca. 20 Prozent. Die sozialen Auswirkungen auf die Mehrheit der Bevölkerung waren umfassend und erheblich: Sparguthaben wurden vernichtet, die Reallöhne sanken über einige Jahre deutlich. Eine größere Gruppe der Beschäftigten blieb durch Scheinselbständigkeit ohne sozialen Schutz.¹³

Den Härten der Bevölkerung lag eine tiefe Rezession zugrunde, die länger dauerte, als die meisten Beobachter 1989 angenommen hatten. Sie resultierte aus dem Zerfall des bisher einheitlichen Wirtschaftsraumes RGW, aus dem Prozess der Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft und der Überwindung von inneren wirtschaftlichen Ungleichgewichten, war aber auch dadurch bedingt, dass die neoliberale Ideologie suggerierte, der Staat müsse nur loslassen, dann würde der Markt es schon richten. Besonders deutlich werden die verpassten Möglichkeiten, wenn man die wirtschaftlichen Transformationen der osteuropäischen Staaten mit denen Chinas vergleicht, wo der Staat eine deutlich größere steuernde Funktion beibehielt (Frank, Segert 2008; Land 2020).

Hinzu kommt die Bewertung der politischen Führungen durch die unter den Härten der Transformation leidende Bevölkerung. Sie wurden nicht nur für deren Resultate verantwortlich gemacht, sondern es wurde auch kritisch bemerkt, dass sich Teile der Elite in der stattfindenden riesigen Umverteilung des nationalen Reichtums persönlich bereicherten. Diese Art der Korruption machten sich dann andere Teile der politischen Klasse zunutze und richteten ihren Wahlkampf entsprechend gegen die etablierten Kräfte. Sowohl in den Wahlen 2001 in Bulgarien, 2005 in Polen als auch denen von 2010 in Ungarn spielte die Opposition diese Karte gegen die jeweilige Regierung aus. Und sie bekamen dafür die Unterstützung durch die frustrierte Bevölkerung. Im Ergebnis der objektiven Lage und deren Interpretation in den Wahlkämpfen verbreitete sich in der Region die Auffassung, dass Poli-

tik durch Korruption gekennzeichnet ist. In einer repräsentativen Umfrage in acht osteuropäischen Ländern und Ostdeutschland 20 Jahre nach dem politischen Umbruch waren die Befragten in sechs dieser Staaten der Meinung, dass die Korruption das wichtigste gesellschaftliche Problem sei.¹⁴

Vertrauenskrise der Demokratie und Aufstieg der rechten Populisten

In den Staaten Ostmitteleuropas verloren nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Mitte-Rechts-Parteien, die im Wechsel mit ihnen seit 1989 regiert hatten. Die repräsentative Demokratie geriet insgesamt in eine tiefe Vertrauenskrise. Diese äußerte sich u. a. in einer deutlich sinkenden Wahlbeteiligung in fast allen Staaten der Region mit Ausnahme Polens, wo von Anfang an eine niedrige Wahlbeteiligung zu verzeichnen war. In einigen Ländern sank die Wahlbeteiligung auch in den jüngsten Wahlen: In Bulgarien nahmen an der letzten von drei Wahlen im Jahr 2021 nur noch 39 Prozent der Wahlberechtigten teil. In Rumänien betrug die Wahlbeteiligung bei den jüngsten Parlamentswahlen 2020 nur noch 33 Prozent.

Am deutlichsten wurde diese Krise der liberalen Demokratie im Aufstieg von national-populistischen Parteien ab der Jahrtausendwende. Bulgarien machte 2001 den Anfang, als eine gerade vor den Wahlen gebildete Partei aus dem Stand stärkste politische Kraft wurde. In Polen kam 2005 die PiS an die Regierung. Nach einem schnellen Machtverlust 2007 kam sie aber 2015 stabiler wieder an die Regierung. Ungarn folgte mit der Fidesz 2010, die seither in drei Wahlen ihre Mehrheit bestätigen konnte. Von Viktor Orbán stammt auch der Begriff, der die Distanz zur liberalen Demokratie am deutlichsten formuliert, der einer „illiberalen Demokratie“. Das erfolgte 2014 in einer Rede auf einer Sommeruniversität in Rumänien. Auch in weiteren Ländern waren nationale populistische Parteien erfolgreich, etwa in der

Slowakei (smer-sd).

In Osteuropa kam es nach den wilden 1990er Jahren zu periodischen Protesten. Zentraler Grund: Korruption, aber auch ein Kampf in den Städten für mehr Teilhabe. Es gab in einigen Ländern auch bedeutsame gewerkschaftliche Kämpfe: In Tschechien für höhere Löhne im öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesen, in Ungarn 2018 Proteste gegen ein Gesetz, das Überstunden zugunsten der Unternehmer regelte, oder in Rumänien gegen die chronischen Defizite im Gesundheitssystem.

Die meisten Proteste richteten sich jedoch gegen Korruption etablierter Politiker oder die Willkür von Entscheidungen bei der Entwicklung der Städte, ohne die Bewohner einzubinden. Getragen wurden sie häufig von der bessergestellten Stadtbevölkerung. Derartige Proteste führen in der Regel zur Stärkung des liberalen Lagers: In Rumänien entstand die USR, die Union zur Rettung Rumäniens, in Tschechien wurde die Piratenpartei in den Großstädten stark, in der Slowakei setzte sich mit Zuzana Čaputová eine liberale Politikerin als Präsidentin durch. Die Sozialdemokraten waren in Rumänien und der Slowakei gerade das Ziel jener Proteste. Sie wurden als Teil einer korrupten Klasse von etablierten Politikern angesehen. In Bulgarien führten die Proteste zu einem Ansehensverlust der lange regierenden bürgerlichen Partei GERB, noch mehr aber verlor die sozialdemokratische Partei BSP an Unterstützung. Populistische Parteien tauchen in diesem Land auch nach 2001 immer wieder auf. Die nach der dritten Wahl 2021 von einer neuen Partei gebildete Regierungsmehrheit ist ebenfalls nicht stabil geblieben, sondern im Juni 2022 wieder auseinandergebrochen.

Was ist eigentlich links unter heutigen Bedingungen? Rechte Populisten verfolgen in einigen Fällen (besonders stark die polnische Partei „Recht und Gerechtigkeit“/PiS) eine scheinbar linke sozialpolitische Agenda (Seger 2019). „Scheinbar“ meint, dass das hohe Kindergeld, das von der PiS-Regierung eingeführt wurde, seitens der Partei als eine Förde-

Transformationsrezession in Osteuropa nach 1989 (bis zum Beginn der Krise 2008)

Länder	Erstes Jahr des BSP- Einbruchs	Jahre des Rückgangs	Jahre des deutlichsten Einbruchs Prozent/ Jahr	Jahr, in dem das BSP/Kopf in 1989 wieder erreicht wurde
Albanien	1990	1990–92, 1997	-28 (1991)	1999/2000
Bosnien und Herzegowina	k. A. (Krieg)	k.A.	Erstes Jahr des Wieder- anstiegs: 1996	2008 erst 85%
Bulgarien	1990	1990–93, 1996/97	-11,7 (1991)	2006
Tschechien	1990	1990–92, 1997/98	-11,6 (1991)	2000
Ungarn	1990	1990–93	-11,9 (1991)	1999/2000
Kroatien	1989	1989–93 (Krieg); 1999	-21,1 (1991)	2005
Polen	1990	1990–91	-11,6 (1990)	1995/96
Rumänien	1989	1998–92, 1997–99	-12,9 (1991)	2004
Slowakei	1990	1990–93	-15,9 (1991)	1999
Slowenien	1989	1989–91	-8,9 (1991)	1997
Serbien	1990	1990–93, 1999 (Kriege)	-30,8 (1993)	2008 erst 73%

rung der traditionellen Familienwerte gedacht wurde. Natürlich fällt auf, dass die vorherigen sozialdemokratischen (wie auch liberalen) Regierungen eine solche Förderung von bedürftigen Familien nicht für nötig erachteten.

Auf der anderen Seite wird einigen linken Parteien, auch der deutschen Partei „Die Linke“, aktuell von internen Kritikern vorgeworfen, sich nicht in ausreichendem Maße um die Lebensbedürfnisse der weniger Privilegierten zu kümmern (Harteveld 2016; Wagenknecht 2021; Balhorn 2022; Baron 2022). Damit entsteht die Aufgabe, genauer zu bestimmen, was „politisch links“ heute bedeutet.

Historisch gesehen war die Sache klar: „Links“ bedeutete im Lager der lohnabhängig Beschäftigten, der Arbeiterklasse zu stehen, gegen Ausbeutung und koloniale Unterdrückung zu kämpfen, für die Gleichberechtigung der Frau, für gleiche Rechte aller Menschen unabhängig von der Geburt, für gesellschaftlichen Fortschritt. Über den Weg zu diesen Veränderungen gab es verschiedene Vorstellungen zwischen kommunistischer, anarchistischer und

sozialdemokratischer Linker. „Rechts“ war dagegen eine politische Position, die für die Erhaltung der bestehenden sozialen Ordnung eintrat, für Familie, Vaterland und Eigentum. Die Sicherung der individuellen Freiheit gegenüber dem Staat, gegenüber politischer Willkür, war eine wichtige Forderung einer liberalen Rechten.

Mit der Entstehung eines sozial regulierten Kapitalismus ausgehend vom New Deal in den USA unter Präsident Franklin D. Roosevelt, der sich in Westeuropa nach 1945 etablierte (gefördert auch von der Herausforderung durch den sowjetischen Sozialismus, zumindest der Herausforderung durch dessen propagierte Ziele) verschwammen jedoch diese klaren Unterscheidungen. Nach 1968 sprach man von einer Neuen Linken, die die ursprünglichen Emanzipationsziele jetzt differenzierter und ohne revolutionäre, also gewaltsame, Methoden verfolgte (Eley 2002). Nach 1989 schien es dann keinen Bedarf mehr an einer radikal linken Position zu geben. Das hat sich allerdings mit der Krise des Modells eines deregulierten

lierten Kapitalismus wieder geändert. Ab 2008 trat die Krise des neoliberalen Kapitalismus ebenso zutage wie die Krise des sozialdemokratischen Versuchs, sich an ihn anzupassen (Lošonc, Josifidis 2021: 31).

Was also kann heute als „linke Politik“ betrachtet werden? Ich gehe dabei von einem Beitrag des serbischen Philosophen Jovo Bakić auf der Konferenz des oben genannten Instituts für Sozialwissenschaften aus. Er stützt sich auf den italienischen Philosophen Norberto Bobbio (Bakić 2021: 240). Bobbio hatte bestritten, dass die Unterscheidung von Links und Rechts in der Politik ihre Bedeutung verloren hat. Linke Politik tritt für soziale Gleichheit ein, während die politische Rechte die Naturgegebenheit sozialer Hierarchien annimmt. Soziale Gleichheit meint dabei nicht völlige Angleichung der sozialen Bedingungen, oder gar eine bestimmte gleiche Form der Zuteilung von Lebensmöglichkeiten an alle Individuen.¹⁵ Jedoch müssten Linke immer gegen die Wirtschaftsprinzipien des Kapitalismus auftreten, weil diese in ihrer Anwendung zu einer Vertiefung der sozialen Ungleichheit führten. Jovo Bakić behauptet auch, dass die Rechte der Vergangenheit und Gegenwart affirmativ entgegengetrete, während die Linke auf Veränderung dränge. „Die Linke sucht nach Alternativen zu der nicht rationalen Wirklichkeit, während die Rechte die Fortsetzung der heiligen Traditionen anstrebt bzw. die empirisch bestätigte gute Praxis bekräftigt.“ (Ebd.: 241 – Übers.: D.S.)

Die Besonderheit der heutigen Situation wird so natürlich noch nicht deutlich. Dieser Bestimmung nähert man sich, wenn man die heutigen relevanten Strömungen der Linken ansieht. Für Serbien sieht Bakić die Situation folgendermaßen: Es gibt ein deutlich negatives Erbe des Versuchs einer Synthese von linker Symbolik und nationalistischer Politik unter Slobodan Milošević. Positiv für die Linke ist aus seiner Sicht eine Synthese von jüngeren Aktivisten, die er als „radikal demokratisch und links orientiert betrachtet“; sie äußert sich in Protestbewegungen und kleineren politischen

Parteien wie der „Partija radikalne levice“ (Radikale Linkspartei). Außerdem nimmt er eine interessante Differenzierung der heutigen Linken vor: zwischen den Anarchisten, die jegliche Autorität ablehnen, den extremen Linken, die revolutionäre Gewalt für die Beseitigung des Kapitalismus und jeglicher Arbeitsteilung für nötig erachten, den radikalen Linken, für die eine Revolution nur für den Fall als erforderlich angesehen wird, in denen ein Wahlsieg der Linken durch die Wirtschaftseliten oder bisherige politische Machthaber nicht akzeptiert wird, und schließlich den moderaten Linken, den Sozialdemokraten (ebd.). Kurz gesagt, er unterscheidet verschiedene Gruppen Linker wesentlich danach, welche politischen Mittel zur Veränderung der Gesellschaft sie akzeptieren.

Zwei Momente erschweren eine valide Definition aktueller linker Politik. Die von Marx angenommene sich zuspitzende Konfrontation zwischen wirtschaftlichen Eigentümern, der Bourgeoisie, und den Lohnarbeitern lässt sich auf die heutige Situation nicht übertragen. Der aktuelle Kapitalismus ist durch Jahrzehnte der Sozialstaatlichkeit und Konsumgesellschaft wie auch durch Veränderungen in der Struktur der Lohnarbeiterschaft deutlich gewandelt. In dem schon zitierten Konferenzbeitrag von Alpar Lošonc und Kosta Josifidis wird auf eine zentrale Veränderung hingewiesen, deren Nichtberücksichtigung jede linke Politik schwächt: Die Präferenzen, Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung kapitalistischer Gesellschaften der Gegenwart sind durch die dominierende Wirtschafts- und Sozialordnung tief geprägt worden. Die radikale Linke, so die beiden Autoren, die eine Negation des Kapitalismus anstrebt, „riskiert, den Weg zu unterschätzen, auf dem die Präferenzen und Orientierungen des Volkes durch die Mechanismen des Kapitalismus geformt werden“ (Lošonc, Josifidis 2021: 31 – Übers.: D.S.). Eine Änderung der dominanten Ordnung ist – anders gesagt – nicht möglich ohne Änderung der Präferenzen von Mehrheiten der Bevölke-

rung und ihrer vorherrschenden „Lebensweise“.¹⁶

An diesem Punkt zeigen sich auch Parallelen von sozialer und ökologischer linker Politik. Auch die Transformation des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur ist unmöglich ohne Veränderung der individuellen Verhaltensweisen einer Mehrheit der Menschen. Der Weg dahin führt allerdings nicht zuerst über moralische Appelle, sondern verlangt nach strukturellen Veränderungen von Produktions- und Lebensweise, er ist nur durch politische Eingriffe erreichbar, die ihrerseits durch individuelle Entscheidungen vorangetrieben werden.

Aufgaben linker Politik in Osteuropa heute

Zahlen können ein Problem nicht vollständig erklären, aber sie können seine Dringlichkeit erläutern. Deshalb sollen hier zunächst einige Daten angeführt werden. An ihnen wird die anhaltende Aktualität des Themas soziale Gleichheit sichtbar.

Eine wichtige Zahl unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit ist der Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung. „The Poor Die Young“ titelt eine Studie der FES von Michael Dauderstädt (2019), *Arme sterben früher*. Für einen Ost-West-Vergleich in der EU zu diesem Gegenstand verweist der Autor auf viele internationale Studien, u. a. eine des Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie (IGKE)¹⁷, das bis 2005 Karl Lauterbach leitete. In ihr findet sich Tabelle 4, die aus repräsentativen Daten in Deutschland am Beginn des Jahrtausends folgt.

Dauderstädt ergänzt einen Ost-West-Vergleich. In den „alten“ EU-Mitgliedsländern liegt die durchschnittliche Lebenserwartung bei 81 Jahren und mehr (mit zwei Ausnahmen: Dänemark, wo die Menschen etwas kürzer leben, und Slowenien, das im höheren westeuropäischen Durchschnitt liegt). In den neuen

Mitgliedsländern sieht es folgendermaßen aus: Bis zu drei Jahre früher sterben Menschen in Polen, Tschechien, der Slowakei, Estland, Kroatien und Rumänien. Drei bis sechs Jahre früher sterben die Menschen in Bulgarien, Lettland, Litauen und Ungarn.¹⁸

Soziale Gerechtigkeit und das Niveau der Einkommensverteilung in einem Land stehen in einer direkten Beziehung zueinander. In den skandinavischen Ländern mit einer starken sozialstaatlichen Tradition liegt die Ungleichheit in der Einkommensverteilung, abgebildet durch den Gini-Koeffizienten, niedriger als im europäischen Durchschnitt. Für Osteuropa kann keine Durchschnittsgröße gebildet werden, da die Ungleichheit in den verschiedenen Ländern zu weit auseinanderfällt: Slowenien, Slowakei, Tschechien und Kroatien liegen unter dem Durchschnitt (geringere Einkommensungleichheit), Polen, Estland und Ungarn liegen etwa im Durchschnitt der EU, Litauen, Lettland und Rumänien liegen deutlich über dem Durchschnitt und Bulgarien ist mit einem Gini-Koeffizienten von 40,3 der EU-Spitzenreiter.¹⁹

Ein weiterer Indikator der sozialen Lage ist die Einkommensarmut. Als einkommensarm wird betrachtet, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung seines Landes zur Verfügung hat.²⁰ Dieser Personenkreis gilt als „armutsgefährdet“. Durch sozialstaatliche Maßnahmen kann auf diese Quote reduzierend eingewirkt werden. Für 2016 sieht die Lage nach Ländern Osteuropas folgendermaßen aus: Der EU-Durchschnitt der Armutsgefährdung lag bei 17 Prozent, in Tschechien, der Slowakei, Slowenien sowie in Ungarn waren weniger Menschen als im EU-Durchschnitt armutsgefährdet, Polen lag im Durchschnitt. Die folgenden Länder Osteuropas lagen darüber: Kroatien (19,5 Prozent), die drei baltischen Staaten (bei 22 Prozent), Bulgarien (23 Prozent) und in Rumänien war ein Viertel der Bevölkerung armutsgefährdet. Schlechter war in Südosteuropa nur noch Serbien mit 26 Prozent armutsgefährdeter Bevöl-

Entwicklung der Wahlbeteiligung in einigen Staaten Osteuropas seit 1989 (in Prozent der Wahlberechtigten)

Land	Wahlbeteiligung bei der ersten Wahl nach 1989 (Jahr)	Durchschnittliche Wahlbeteiligung in den 1990er Jahren	Durchschnittliche Wahlbeteiligung 2000–2015 (Differenz zu den 1990ern)
Tschechien	96,3 (1990)	83	61 (- 22)
Slowakei	95,4 (1990)	85	60 (-15)
Polen	43 (1991)	48	48 (0)
Ungarn	65,1 (1990)	63	61 (-2)
Rumänien	86,2 (1990)	80	59 (-21)
Bulgarien	90,8 (1990)	77	57 (-20)
Slowenien	85,9 (1992)	80	62 (-18)
Kroatien	75,6 (1992)	72	64 (-8)

kerung. Aber die Armut ist in reichen Ländern objektiv etwas anderes als in armen Ländern. Für den direkten Ländervergleich eignen sich solche relativen Größen nicht. Höhere Einkommen sind eine der Größen, die die Migration aus den ärmeren Ländern in die reicheren antreiben.

Für gleiche Lebenschancen ist auch der Zustand des Bildungswesens und des Gesundheitswesens von zentraler Bedeutung. Die Abhängigkeit der Lebenserwartung vom Einkommen kann durch soziale Transfers und den Ausbau der sozialen Infrastruktur erheblich beeinflusst werden. Allerdings kumulieren in den (einkommensarmen) Ländern Osteuropas verschiedene negative Bedingungen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Arbeitsmigration von Beschäftigten des Gesundheitswesens in Rumänien, Albanien oder anderen osteuropäischen Ländern in die reicheren Länder Westeuropas verschlechtert die bereits schlechte Lage in den ärmeren Ländern zusätzlich.²¹

Damit wird auch deutlich, dass eine wirksame Politik für eine gerechtere Gesellschaft nicht im nationalstaatlichen Rahmen allein durchgekämpft werden kann. Es sind zumindest EU-weite Maßnahmen wichtig. Die EU muss sozialer werden, die Überwindung der Defizite des einen Mitgliedslandes darf nicht zu Lasten anderer Mitgliedsländer gesucht

werden. Am größten ist hier die Verantwortung der reicheren Staaten, die bisher von den Lohndifferenzen am meisten profitieren. Auch das ist eine Aufgabe linker Parteien, die dafür allerdings zumindest europaweit wirken müssen. Wie Irena Ristic im Vorwort zum Belgrader Konferenzband über die Krise der politischen Linken schrieb: „Ohne eine vereinigte, transnationale Front der Solidarität linker Bewegungen überall in Europa, lässt sich kaum ein nachhaltiger Einfluss auf und eine paradigmatische Veränderung des dominierenden Wirtschaftsmodells erreichen“ (2021: 15 – Übers.: D.S.). Für die Bewältigung der sozial-ökologischen Transformation in eine post-kapitalistische Gesellschaft ist allerdings eine weltweite Kooperation linker Parteien und sozialer Bewegungen nötig, weit über das hinausgehend, was bisher erreicht wurde.

Eine umfassende Demokratisierung der Demokratie

Die Krise des Finanzsystems brachte eine Schwächung der Demokratie mit sich, die sich nicht zuletzt in einem geringeren Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie äußerte. Der Aufstieg national- und sozialpopulistischer Parteien und ihre Regierungsübernahme ist ein deutliches Merkmal

dieses geschwundenen Vertrauens. Die politische Linke hingegen konnte von dieser Krise bisher nicht profitieren. Im zitierten Belgrader Sammelband (Ristic 2021) wird die These aufgestellt, dass die linken Parteien in die Krisen des Kapitalismus eingeflochten seien. Das gelte sowohl für die moderate als auch für die radikale Linke. Für letztere wäre besonders charakteristisch, dass ihr die Einbindung der Präferenzen ihrer potentiellen Anhängerschaft in die kapitalistische Reproduktion zu wenig bewusst sei (Lošonc, Josifidis 2021: 31). Wenn diese These richtig ist, dann bedarf es für eine Überwindung der Krise der politischen Linksparteien einer Stärkung der politischen Autonomie ihrer potentiellen linken politischen Basis.

In Osteuropa steht einem sich über die letzten Jahre belebenden linken Diskurs, dem offensiven Auftreten linker Intellektueller (Slavoj Žižek, Irena Ristic, Boris Kagarlitsky, Béla Greskovits) eine mangelnde Unterstützung linker Parteien in den Bevölkerungen gegenüber. Der Niedergang der gewandelten postkommunistischen Sozialdemokraten wurde oben dargestellt. Es sind einige neue linke Parteien entstanden, die allerdings bestenfalls in den Städten auf eine relevante Anhängerschaft zurückgreifen können, wie in Zagreb oder Ljubljana. Landesweit sind sie, falls überhaupt in den Parlamenten vertreten, politisch marginalisiert. In Polen hat Razem (heute: Lewica Razem) eine gewisse Bedeutung, die sie innerhalb eines Wahlbündnisses mit der SLD erreichte. Sie stellt sechs von 460 Abgeordneten des Sejms. In Kroatien erreichte ein linkes Wahlbündnis dreier Parteien (Možemo, Radnicka Fronta, Nova Levjica) sieben von 151 Sitzen des Sabor. In Nordmazedonien ist eine linke Partei, Levica, mit zwei von 120 Sitzen im Parlament. In Ungarn hat die linksliberale Partei Párbeszed (Párbeszéd Magyarorszáért) auf einer gemeinsamen Liste mit den Sozialdemokratien sieben Sitze von 199. Das sind Ergebnisse, die – selbst gemeinsam mit den Resultaten der Sozialdemokraten in den betreffenden Ländern –

weit entfernt sind von dem Ziel, eine Massenpartei der arbeitenden Bevölkerung zu werden, an das kürzlich Loren Balhorn im „Jacobin“ (2022) vor dem Hintergrund der Wahlniederlage der Partei „Die Linke“ erinnert hat.

Den linken Parteien in Osteuropa ist offenbar der Mut abhandengekommen, die ganze Gesellschaft zu verändern. Ihnen ist jedenfalls ein übergreifendes Ziel verloren gegangen. Dieses Ziel muss heute nicht in einem einzigen Begriff zusammengefasst werden, wie das bei den radikalen Linken vor 1989 der „Sozialismus“ (als demokratischer oder ökologischer oder freiheitlicher) war. Es kann auch eine Vielzahl von zusammenhängenden Aufgaben umfassen, welche auf verschiedenen Wegen und nur auf Grundlage diverser Bündnisse politischer Akteure verwirklicht werden können. Am Ende werden Gesellschaft und Lebensweise eine andere sein.

Eines muss allerdings auf jeden Fall geschehen: eine Aktivierung größerer Bevölkerungsgruppen für die eigenen Interessen. Sie müssen sich von der Haltung eines dankbaren Klienten gegenüber dem Patron befreien. Dafür ist die umfassende Demokratisierung der in der Mehrzahl der osteuropäischen Gesellschaften gegebenen demokratischen Strukturen notwendig. Die Interessen der weniger besitzenden und sozial schwächeren sozialen Gruppen können nur durch das Zusammenspiel von politischen Parteien in Parlament und Regierung und selbstbewussten Aktivitäten der entsprechenden sozialen Schichten selbst an den Wahlurnen und in Protesten durchgesetzt werden. Die Schwäche der linken Parteien in der Region ist oben dargestellt worden. Die Stärke der Initiative der benachteiligten Menschen selbst hängt davon ab, ob sie eine ausreichende Kraft und ein für politisches Handeln nötiges Selbstbewusstsein entwickeln können.

Der Einsatz linker politischen Parteien für eine stärkere soziale Absicherung der arbeitenden Bevölkerung, für den Wiederaufbau eines funktionsfähigen Sozialstaates, hat dabei eine wichtige unterstützende Bedeutung.

Sie wird auch für die Wiedererlangung politischer Kraft der linken Parteien entscheidend sein. Vor allem aber ist für eine nachhaltige Demokratie, die sich auf eine aktive und autonom entscheidende Mehrheit der Bevölkerung stützt, ein bestimmtes Niveau der sozialen Absicherung der Lohnabhängigen eine wichtige Voraussetzung. Die von den Anforderungen kapitalistischer Erwerbsarbeit herausgeforderten Beschäftigten können anders nur schwer die Zeit aufbringen, die nötig ist, um sich in der eigenständigen Sphäre der Politik zurechtzufinden.

Eine weitere Aufgabe linker Politik ist die strukturelle Öffnung der Demokratie. Die parlamentarische Demokratie muss durch die Ausweitung bestehender und neue Formen gesellschaftlicher Demokratie in Betrieben und Institutionen ergänzt werden. Aus einer Wahldemokratie mit abgesicherten politischen Rechten muss eine partizipative Demokratie werden. Und die entsprechende Entwicklung in Osteuropa ist ohne eine Wandlung in den reicheren, westlichen Gesellschaften in eine ähnliche Richtung unmöglich.

Anmerkungen

1 Die Veröffentlichung der Konferenzbeiträge erfolgte erst später: siehe Ristic 2021.

2 Der „reale Sozialismus“ war ein Kampfbegriff der herrschenden Ideologie im Osten vor 1989 gegen alternative Sozialismuskonzepte anderer Linker. Er sollte ausdrücken, dass man sich zwar alles mögliche Schöne ausdenken könne, aber dass nur im sowjetischen Herrschaftsbereich der Kapitalismus wirklich überwunden worden sei.

3 Im Folgenden wird deshalb unter „Osteuropa“ der Raum der neuen EU-Mitgliedstaaten und der Kandidatenstaaten in Südosteuropa verstanden.

4 Quelle: <http://www.parties-and-elections.eu/>, eigene Recherchen.

*Abkürzungen: BSP: Bulgarische Sozialistische Partei; ČSSD: Tschechische Sozialdemokratische Partei; DK (ab 2011): Demokratische Koalition (Ungarn); DP: Demokratische Partei (Serbien); DPS: Demokratische Partei der Sozialisten (Montenegro); LDDP: Demokratische Arbeiterpartei Litauens; LSDP (ab 2001): Sozialde-

mokratische Partei Litauens; LSSP: Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei; LVV: Bewegung für Selbstbestimmung (Kosovo); NISMA: Sozialdemokratische Initiative (Kosovo); MSZP: Ungarische Sozialistische Partei; PBS: Partei der Bulgarischen Sozialdemokraten; PDSR: Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens; PSD (ab 2001): Sozialdemokratische Partei (Rumänien); PSSh: Sozialistische Partei Albaniens; SD (ab 2005): Sozialdemokraten (Slowenien); SDL: Partei der Demokratischen Linken (Slowakei); SDE: Sozialdemokratische Partei (Estland); SDP: Sozialdemokratische Partei Kroatiens; SDPS: Sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Lettland); SDSM: Sozialdemokratische Union Mazedoniens; SLD: Vereinigung der Demokratischen Linken (Polen); Smer-sd (ab 1999): Richtung-Sozialdemokratie (Slowakei); SPE: Sozialdemokratische Partei Europas; UP: Arbeitsunion (Polen); ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (Slowenien).

** Stand Ende Juli 2022.

*** Im Kosovo gibt es keine Partei, die aktuell mit der SPE in irgendeiner formalisierten Beziehung steht, allerdings definieren sich zumindest drei Parteien (zwei davon sind bei Parlamentswahlen relevant) innenpolitisch als sozialdemokratisch, die Lëvizja Vetëvendosje und die NISMA (Sozialdemokratische Initiative).

5 Quelle: <http://www.parties-and-elections.eu/>, eigene Recherchen.

*Abkürzungen: BSP: Bulgarische Sozialistische Partei; ČSSD: Tschechische Sozialdemokratische Partei; DK (ab 2011): Demokratische Koalition (Ungarn); DP: Demokratische Partei (Serbien); DPS: Demokratische Partei der Sozialisten (Montenegro); LDDP: Demokratische Arbeiterpartei Litauens; LSDP (ab 2001): Sozialdemokratische Partei Litauens; LSSP: Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei; LVV: Bewegung für Selbstbestimmung (Kosovo); NISMA: Sozialdemokratische Initiative (Kosovo); MSZP: Ungarische Sozialistische Partei; PBS: Partei der Bulgarischen Sozialdemokraten; PDSR: Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens; PSD (ab 2001): Sozialdemokratische Partei (Rumänien); PSSh: Sozialistische Partei Albaniens; SD (ab 2005): Sozialdemokraten (Slowenien); SDL: Partei der Demokratischen Linken (Slowakei); SDE: Sozialdemokratische Partei (Estland); SDP: Sozialdemokratische Partei Kroatiens; SDPS: Sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Lettland); SDSM: Sozialdemokratische Union Mazedoniens; SLD: Vereinigung der Demokratischen Linken (Polen); Smer-sd (ab 1999): Richtung-Sozialdemokratie (Slowakei); SPE: Sozialdemokratische Partei Europas; UP: Arbeitsunion (Polen); ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (Slowenien).

** Stand Ende Juli 2022.

*** Im Kosovo gibt es keine Partei, die aktuell mit der

SPE in irgendeiner formalisierten Beziehung steht, allerdings definieren sich zumindest drei Parteien (zwei davon sind bei Parlamentswahlen relevant) innenpolitisch als sozialdemokratisch, die Lëvizja Vetëvendosje und die NISMA (Sozialdemokratische Initiative).

6 Quelle: <http://www.parties-and-elections.eu/>, eigene Recherchen.

*Abkürzungen: BSP: Bulgarische Sozialistische Partei; ČSSD: Tschechische Sozialdemokratische Partei; DK (ab 2011): Demokratische Koalition (Ungarn); DP: Demokratische Partei (Serbien); DPS: Demokratische Partei der Sozialisten (Montenegro); LDDP: Demokratische Arbeiterpartei Litauens; LSDP (ab 2001): Sozialdemokratische Partei Litauens; LSSP: Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei; LVV: Bewegung für Selbstbestimmung (Kosovo); NISMA: Sozialdemokratische Initiative (Kosovo); MSZP: Ungarische Sozialistische Partei; PBS: Partei der Bulgarischen Sozialdemokraten; PDSR: Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens; PSD (ab 2001): Sozialdemokratische Partei (Rumänien); PSSh: Sozialistische Partei Albaniens; SD (ab 2005): Sozialdemokraten (Slowenien); SDL: Partei der Demokratischen Linken (Slowakei); SDE: Sozialdemokratische Partei (Estland); SDP: Sozialdemokratische Partei Kroatiens; SDPS: Sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Lettland); SDSM: Sozialdemokratische Union Mazedoniens; SLD: Vereinigung der Demokratischen Linken (Polen); Smer-sd (ab 1999): Richtung-Sozialdemokratie (Slowakei); SPE: Sozialdemokratische Partei Europas; UP: Arbeitsunion (Polen); ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (Slowenien).

** Stand Ende Juli 2022.

*** Im Kosovo gibt es keine Partei, die aktuell mit der SPE in irgendeiner formalisierten Beziehung steht, allerdings definieren sich zumindest drei Parteien (zwei davon sind bei Parlamentswahlen relevant) innenpolitisch als sozialdemokratisch, die Lëvizja Vetëvendosje und die NISMA (Sozialdemokratische Initiative).

7 Quelle: <http://www.parties-and-elections.eu/>, eigene Recherchen.

*Abkürzungen: BSP: Bulgarische Sozialistische Partei; ČSSD: Tschechische Sozialdemokratische Partei; DK (ab 2011): Demokratische Koalition (Ungarn); DP: Demokratische Partei (Serbien); DPS: Demokratische Partei der Sozialisten (Montenegro); LDDP: Demokratische Arbeiterpartei Litauens; LSDP (ab 2001): Sozialdemokratische Partei Litauens; LSSP: Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei; LVV: Bewegung für Selbstbestimmung (Kosovo); NISMA: Sozialdemokratische Initiative (Kosovo); MSZP: Ungarische Sozialistische Partei; PBS: Partei der Bulgarischen Sozialdemokraten; PDSR: Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens; PSD (ab 2001): Sozialdemokratische Partei (Rumänien);

PSSh: Sozialistische Partei Albaniens; SD (ab 2005): Sozialdemokraten (Slowenien); SDL: Partei der Demokratischen Linken (Slowakei); SDE: Sozialdemokratische Partei (Estland); SDP: Sozialdemokratische Partei Kroatiens; SDPS: Sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Lettland); SDSM: Sozialdemokratische Union Mazedoniens; SLD: Vereinigung der Demokratischen Linken (Polen); Smer-sd (ab 1999): Richtung-Sozialdemokratie (Slowakei); SPE: Sozialdemokratische Partei Europas; UP: Arbeitsunion (Polen); ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (Slowenien).

** Stand Ende Juli 2022.

*** Im Kosovo gibt es keine Partei, die aktuell mit der SPE in irgendeiner formalisierten Beziehung steht, allerdings definieren sich zumindest drei Parteien (zwei davon sind bei Parlamentswahlen relevant) innenpolitisch als sozialdemokratisch, die Lëvizja Vetëvendosje und die NISMA (Sozialdemokratische Initiative).

8 Quelle: <http://www.parties-and-elections.eu/>, eigene Recherchen.

*Abkürzungen: BSP: Bulgarische Sozialistische Partei; ČSSD: Tschechische Sozialdemokratische Partei; DK (ab 2011): Demokratische Koalition (Ungarn); DP: Demokratische Partei (Serbien); DPS: Demokratische Partei der Sozialisten (Montenegro); LDDP: Demokratische Arbeiterpartei Litauens; LSDP (ab 2001): Sozialdemokratische Partei Litauens; LSSP: Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei; LVV: Bewegung für Selbstbestimmung (Kosovo); NISMA: Sozialdemokratische Initiative (Kosovo); MSZP: Ungarische Sozialistische Partei; PBS: Partei der Bulgarischen Sozialdemokraten; PDSR: Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens; PSD (ab 2001): Sozialdemokratische Partei (Rumänien); PSSh: Sozialistische Partei Albaniens; SD (ab 2005): Sozialdemokraten (Slowenien); SDL: Partei der Demokratischen Linken (Slowakei); SDE: Sozialdemokratische Partei (Estland); SDP: Sozialdemokratische Partei Kroatiens; SDPS: Sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Lettland); SDSM: Sozialdemokratische Union Mazedoniens; SLD: Vereinigung der Demokratischen Linken (Polen); Smer-sd (ab 1999): Richtung-Sozialdemokratie (Slowakei); SPE: Sozialdemokratische Partei Europas; UP: Arbeitsunion (Polen); ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (Slowenien).

** Stand Ende Juli 2022.

*** Im Kosovo gibt es keine Partei, die aktuell mit der SPE in irgendeiner formalisierten Beziehung steht, allerdings definieren sich zumindest drei Parteien (zwei davon sind bei Parlamentswahlen relevant) innenpolitisch als sozialdemokratisch, die Lëvizja Vetëvendosje und die NISMA (Sozialdemokratische Initiative).

9 Quelle: <http://www.parties-and-elections.eu/>, eigene

Recherchen.

*Abkürzungen: BSP: Bulgarische Sozialistische Partei; ČSSD: Tschechische Sozialdemokratische Partei; DK (ab 2011): Demokratische Koalition (Ungarn); DP: Demokratische Partei (Serbien); DPS: Demokratische Partei der Sozialisten (Montenegro); LDDP: Demokratische Arbeiterpartei Litauens; LSDP (ab 2001): Sozialdemokratische Partei Litauens; LSSP: Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei; LVV: Bewegung für Selbstbestimmung (Kosovo); NISMA: Sozialdemokratische Initiative (Kosovo); MSZP: Ungarische Sozialistische Partei; PBS: Partei der Bulgarischen Sozialdemokraten; PDSR: Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens; PSD (ab 2001): Sozialdemokratische Partei (Rumänien); PSSh: Sozialistische Partei Albaniens; SD (ab 2005): Sozialdemokraten (Slowenien); SDL: Partei der Demokratischen Linken (Slowakei); SDE: Sozialdemokratische Partei (Estland); SDP: Sozialdemokratische Partei Kroatiens; SDPS: Sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Lettland); SDSM: Sozialdemokratische Union Mazedoniens; SLD: Vereinigung der Demokratischen Linken (Polen); Smer-sd (ab 1999): Richtung-Sozialdemokratie (Slowakei); SPE: Sozialdemokratische Partei Europas; UP: Arbeitsunion (Polen); ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (Slowenien).

** Stand Ende Juli 2022.

*** Im Kosovo gibt es keine Partei, die aktuell mit der SPE in irgendeiner formalisierten Beziehung steht, allerdings definieren sich zumindest drei Parteien (zwei davon sind bei Parlamentswahlen relevant) innenpolitisch als sozialdemokratisch, die Lëvizja Vetëvendosje und die NISMA (Sozialdemokratische Initiative).

10 Quelle: <http://www.parties-and-elections.eu/>, eigene Recherchen.

*Abkürzungen: BSP: Bulgarische Sozialistische Partei; ČSSD: Tschechische Sozialdemokratische Partei; DK (ab 2011): Demokratische Koalition (Ungarn); DP: Demokratische Partei (Serbien); DPS: Demokratische Partei der Sozialisten (Montenegro); LDDP: Demokratische Arbeiterpartei Litauens; LSDP (ab 2001): Sozialdemokratische Partei Litauens; LSSP: Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei; LVV: Bewegung für Selbstbestimmung (Kosovo); NISMA: Sozialdemokratische Initiative (Kosovo); MSZP: Ungarische Sozialistische Partei; PBS: Partei der Bulgarischen Sozialdemokraten; PDSR: Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens; PSD (ab 2001): Sozialdemokratische Partei (Rumänien); PSSh: Sozialistische Partei Albaniens; SD (ab 2005): Sozialdemokraten (Slowenien); SDL: Partei der Demokratischen Linken (Slowakei); SDE: Sozialdemokratische Partei (Estland); SDP: Sozialdemokratische Partei Kroatiens; SDPS: Sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Lettland); SDSM: Sozialdemokratische Union Mazedoniens; SLD: Vereinigung der Demokratischen Linken (Polen); Smer-sd (ab 1999): Richtung-Sozialdemokratie (Slowakei); SPE: Sozialdemokratische Partei Europas; UP: Arbeitsunion (Polen); ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (Slowenien).

doniens; SLD: Vereinigung der Demokratischen Linken (Polen); Smer-sd (ab 1999): Richtung-Sozialdemokratie (Slowakei); SPE: Sozialdemokratische Partei Europas; UP: Arbeitsunion (Polen); ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (Slowenien).

** Stand Ende Juli 2022.

*** Im Kosovo gibt es keine Partei, die aktuell mit der SPE in irgendeiner formalisierten Beziehung steht, allerdings definieren sich zumindest drei Parteien (zwei davon sind bei Parlamentswahlen relevant) innenpolitisch als sozialdemokratisch, die Lëvizja Vetëvendosje und die NISMA (Sozialdemokratische Initiative).

11 Ristic (2021: 15) spricht vom „Modell eines deregulierten Kapitalismus“.

12 Das Ziel jener Ideologie war ein schlanker Staat mit reduzierten Staatsausgaben, was zu Lasten der bestehenden Sozialsysteme gehen musste. Der Wirtschaftsaufschwung setzte zudem auf niedrige Unternehmenssteuern. Damit war die Vorstellung verbunden, dass der im Gefolge einer boomenden Unternehmensentwicklung entstehende Reichtum stetig nach unten durchtröpfeln würde, wodurch eine Anhebung des allgemeinen Wohlstands erwartet wurde. Das neoliberale Programm scheiterte in Osteuropa jedoch deutlicher und schneller als im Westen des Kontinents.

13 Zu diesen Ergebnissen genauer meine Publikationen (Segert 2013, Kapitel 7; Segert 2015, 2018).

14 Die Umfrage wurde durch das renommierte Pew Research Center im Herbst 2009 durchgeführt. Nur in Russland und der Slowakei wurde die Korruption als zweitwichtigstes Problem genannt. In Ostdeutschland gehörte sie dagegen nicht zu den drei wichtigsten Problemen. Siehe dazu den Report „End of Communism Cheered but Now with More Reservations“. URL: <https://www.pewresearch.org/global/2009/11/02/end-of-communism-cheered-but-now-with-more-reservations/>.

15 Zu diesem Thema habe ich in meinem Buch „Transformation und politische Linke“ geschrieben: „Die wichtigste Orientierung linker Wertüberzeugungen ist jeder einzelne Mensch und der Schutz seiner natürlichen Lebenswelt. Die linke Forderung nach ‚Gerechtigkeit‘ meint vor allem: Nicht der Zufall der Geburt soll entscheiden, sondern jeder Mensch soll die Chance auf ein gutes Leben haben.“ (Segert 2019: 10).

16 Das ist ein Moment, auf das besonders Brand und Wissen (2017) in ihrem Buch über die „imperiale Lebensweise“ hingewiesen haben. Daneben geht es ihnen um eine Kritik der globalen Ungleichheitsverhältnisse, in denen aber auch die Mehrheitsbevölkerung der Länder des globalen „Nordens“ der des globalen „Südens“ gegenübersteht.

17 Siehe „Zum Zusammenhang zwischen Einkommen

- und Lebenserwartung“: https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Kontrovers/Rente67/Zusammenhang-Einkommen-Lebenserwartung.pdf.
- 18 Ein genauerer Vergleich würde erfordern, die Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung im Staatssozialismus und nach 1989, im Transformationsprozess, einzubeziehen. Das würde diesen Beitrag allerdings überfordern. Für einen Vergleich zwischen OECD-Staaten 1960 und 2007 siehe den OECD-Bericht 2009: Gesundheit auf einen Blick, S. 15, URL: <https://www.oecd.org/berlin/45364683.pdf>.
- 19 Angaben nach den Daten der Weltbank für 2019: <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI?view=map&locations=EU> (25.7.22).
- 20 Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird – entsprechend dem EU-Standard – definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. (zitiert nach Wikipedia: Art. „Armutsgefährdung“ URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Armutsgefährdung#Definitionen_in_der_Europäischen_Union).
- 21 Das zeigte sich besonders deutlich zu Beginn der Corona-Pandemie, siehe hierzu Segert 2020: 4-5.

Literatur

- Bakić, Jovo (2021): What's left of the Left in Serbia following the restoration of capitalism? In: Ristic, Irena (Hrsg.): Resetting the Left in Europe. Challenges, Attempts and Obstacles. Belgrade: IfSS, S. 239-257.
- Balhorn, Loren (2022): Mosaik, Steine, Scherben. In: Jacobin online. URL: <https://jacobin.de/artikel/mosaik-steine-scherben-die-linke-linkspartei-mosaiklinke-bundesparteitag/>.
- Baron, Christian (2022): Wo bleibt die Kapitalismuskritik? In: Süddeutsche Zeitung, 17.7.2022. URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/armut-klasse-linke-politik-identitaetspolitik-1.5621771?reduced=true>.
- Boyer, Christoph (2008): Zwischen Pfadabhängigkeit und Zäsur: Ost- und westeuropäische Sozialstaaten seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts. In: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 103-119.
- Bozókí, András; Ishiyama, John T. (Hrsg.) (2002): The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe. Armonk, N. Y.: M. E. Sharpe.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom verlag.
- Busch, Ulrich; Land, Rainer (2013): Teilhabekapitalismus – Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010. Ein Arbeitsbuch. Norderstedt: Books on Demand.
- Clement, Hermann u. a. (2002): Wachstum in schwierigem Umfeld: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Ostmittel- und Südosteuropa sowie der Ukraine 2001-2002. Working Paper 242, München: OEI. URL: <https://www.dokumente.ios-regensburg.de/publikationen/wp/wp242k.pdf>.
- Dauderstädt, Michael (2019): #Ungleich: The Poor Die Young, FES Wirtschafts- und Sozialpolitik. URL: <https://www.fes.de/abteilung-wirtschafts-und-sozialpolitik/artikelseite-wiso/eungleich-the-poor-die-young>.
- EBRD (2009): Transition Report 2009. Transition in Crisis? URL: <https://www.ebrd.com/downloads/research/transition/TR09.pdf>
- Eley, Geoff (2002): Forging Democracy – the history of the Left in Europe, 1850–2000. Oxford: Oxford University Press.
- Frank, Rüdiger; Segert, Dieter (2007): „Postsozialismus“ in Ostasien und Osteuropa? Ziele und Grundlagen eines Vergleichs. In: Segert, Dieter (Hg.) (2007): Postsozialismus: Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Wien: Braumüller, S. 123-158.
- Fuchs, Susanne; Offe, Claus (2008): Welfare State Formation in the Enlarged EU. Patterns of Reform in the Post-Communist New Member States. Berlin: Hertie School of Governance. Working Papers, Nr. 14, April 2008.
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir? München: Kindler.
- Harteveld, Eelco (2016): Winning the 'losers' but losing the 'winners'? The electoral consequences of the radical right moving to the economic left. In: Electoral Studies 44, S. 225-234.
- Hertle, Hans-Hermann (2006): Wunderwirtschaft – Konsumsozialismus. In: Ders.; Wolle, Stefan (Hg.): Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat. München: Bertelsmann, S. 199-297.
- Kornai, Janos (2006): The great transformation of Central Eastern Europe. In: Economics of Transition 14, H. 2, S. 207-214.
- Land, Rainer (2020): Chinas gelenkte Marktwirtschaft und die Seidenstraßen-Initiative. In: Berliner Debatte Initial 31, H. 4, S. 2-22.
- Lauterbach, Karl u. a. (o. J.): Zum Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung. Köln: Institut für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie. URL: https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Kontrovers/Ren-

te67/Zusammenhang-Einkommen-Lebenserwartung.pdf.

Lošonc, Alpar; Josifidis, Kosta (2021): The Left between crises: Antinomy between powerlessness and power. In: Ristic, Irena (Hrsg.): Resetting the Left in Europe. Challenges, Attempts and Obstacles. Belgrade: IfSS, S. 26-53.

Melzer, Alex (2003): 12 Jahre Ostzusammenarbeit. Band 1: Die Transition und ihr Schatten, Bern: DEZA.

Parties and Elections in Europe. Homepage, erstellt von Wolfram Nordsieck. URL: <http://www.parties-and-elections.eu/>.

Ristic, Irena (Hrsg.) (2021): Resetting the Left in Europe. Challenges, Attempts and Obstacles. Belgrade: IfSS.

Segert, Dieter (2013): Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert. Wien: facultas/UTB.

Segert, Dieter (2015): Societal transformations in Eastern Europe after 1989 and their preconditions. In: The Revolutions of 1989. A Handbook. Wien: Verlag der ÖAW, S. 469-489.

Segert, Dieter (2018): Eastern Europe after 1989 – a laboratory for the sustainability of „Western democracy”? In: Europejskij Przegląd Prawa I Stosunkow Międzynarodowych 4, H. 1, S. 5-17.

Segert, Dieter (2019): Offers for the Disadvantaged. In: Guérot, Ulrike; Hunklinger, Michael (Hrsg.): Old and New Cleavages in Polish Society. Krems: Edition Donau Universität, S. 55-61.

Segert, Dieter (2020): Corona in Südosteuropa. In: WeltTrends 165, S. 4-7.

Staritz, Dietrich (1996): Geschichte der DDR (Erweiterte Neuauflage). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Ther, Philipp (2019): Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation. Berlin: Suhrkamp.

Wagenknecht, Sahra (2021): Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt. Frankfurt a. M., New York: Campus.

Michael Brie

Von den Schwierigkeiten der Linken, gegen den Sturm zu segeln

Die politisch Heimatlosen

Im Juni 2022 erschien eine Studie von Herbert Kitschelt und Philipp Rehm von der Duke University bzw. der Ohio State University, die das Wahlverhalten in westlichen liberalen Demokratien über die letzten sechzig Jahre systematisch auswertet. Sie gibt wichtige Hinweise auf einschneidende und bleibende Wandlungen, bleibt jedoch in den Schlussfolgerungen aus den eigenen Befunden eher zurückhaltend. Eine der wichtigsten Aussagen dieser Studie war, dass sich in allen Ländern, die sie untersucht haben, ein umfassender Umbau der parteipolitischen Orientierungen und Dominanzstrukturen vollzogen hat. Dabei sei aber ein unerklärliches Vakuum aufgetreten: Die große Gruppe der Lohnarbeitenden, die über keine hohe Bildung und kein hohes Einkommen verfügen, sei politisch heimatlos. Sie habe keinen dauerhaften verlässlichen politischen Ansprechpartner mehr (Kitschelt, Rehm 2022: 81) – ein Platz, den in den 1950er oder 1960er Jahren die Sozialdemokratie und westliche kommunistische Parteien eingenommen hatten.

Was zunächst „nur“ als eine Frage des Parteienwettbewerbs und einer „Anomalie“ fehlenden politischen Angebots bei vorhandener gesellschaftlicher Nachfrage erscheint, reicht sehr tief, wie Kitschelt und Rehm deutlich machen. Die massiven Veränderungen im Feld des Parteienwettbewerbs vollzogen sich in den vergangenen 60 Jahren vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden Strukturwandels des Kapitalismus und seiner Klassenstruktur im Übergang von einer Gesellschaft, in der die Industriearbeiter einen hohen Anteil an unselb-

ständiger Beschäftigung bildeten, zu einer Gesellschaft, in der die Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungs- und Wissenssektor dominieren. Früher unvorstellbare fünfzig Prozent und mehr derer, die die Schule beenden, beginnen heute ein Studium. Um die Veränderungen im Parteiensystem der liberalen Demokratien zu erklären, geht die Studie von Kitschelt und Rehm von einer schlagend einfachen Annahme aus: Sie unterscheiden analytisch scharf vier soziale Großgruppen, die sich mit Blick auf zwei Kriterien voneinander unterscheiden – Bildung und Einkommen. Zu niedriger Bildung werden alle gezählt, die keine Hochschulbildung haben (über kein tertiary educational certificate verfügen); niedriges Einkommen haben nach der von Kitschelt und Rehm vorgenommen Klassifikation alle, die in den unteren zwei Dritteln der Einkommensverteilung liegen. Ihre Ausgangsannahme ist, „dass die Wähler – in Gruppenaggregaten – über wohlverstandene politische Grundeinstellungen verfügen, die sich aus ihren wirtschaftlichen und sozialen Erfahrungen ableiten und die es ihnen ermöglichen, politische Präferenzen im Einklang mit ihren Grundüberzeugungen zu entwickeln.“ (Kitschelt, Rehm 2022: 8) Personen mit niedrigem Einkommen seien für Umverteilung und die mit höherem Einkommen dagegen. Wer über weniger Bildung verfüge, sei autoritär, mit höherer Bildung dagegen libertär orientiert (Abb. 1). Kitschelt und Rehm weisen nach, dass sich in den letzten sechzig Jahren die Größe dieser Gruppen in ihrem Verhältnis zueinander deutlich verändert hat. Die Gruppe derer mit niedrigen Einkommen und niedriger Bildung sank von über 65 Prozent auf

unter 50 Prozent, die mit hoher Bildung und niedrigem Einkommen dagegen stieg von fast Null auf nahe 20 Prozent. Der Anteil jener mit niedriger Bildung, aber hohem Einkommen dagegen sank von rd. 30 auf gut 15 Prozent, und die, die über hohe Bildung und hohes Einkommen verfügen, machen nicht mehr nur 7-8 Prozent aus, sondern rd. 25 Prozent. Dies bedeutet, dass das Verhältnis der Gruppen mit niedrigem zu jenen mit hohem Einkommen weitgehend gleich geblieben ist (65:35), aber zugleich sich das Verhältnis jener mit niedriger Bildung zu denen mit hoher Bildung von 90:10 auf 65:35 sank. Natürlich sind alle diese Zahlen stark verallgemeinerte Durchschnittswerte.

Ausgehend von diesen Überlegungen stellen Kitschelt und Rehm die Hypothese auf, dass es zu einer „Umkehr der Polarität“ (polarity reversal) gekommen sei. In der alten Industriegesellschaft hätte jene, die nur niedrige Bildung und ein niedriges Einkommen gehabt hätten, den Kern des linken Parteilagers ausgemacht, während jene, die über hohe Bildung und hohes Einkommen verfügten, am stärksten mit dem rechten Parteilager verbunden gewesen seien. Dies habe sich deutlich verkehrt: „Die traditionellen Kerngruppen des linken Parteifeldes (niedrige Bildung/ geringes Einkommen) und des rechten Parteifeldes (hohe Bildung/ hohe Einkommen) werden zu weniger zuverlässigen Anhängern des Feldes. Im Gegensatz dazu werden die ehemals umkämpften Gruppen der Bürger mit niedrigem Bildungsniveau/ hohem Einkommen und mit hohem Bildungsniveau/ geringem Einkommen zu den neuen Kernanhängern der rechten bzw. linken Parteien.“ (Kitschelt, Rehm 2022: 19) Die politisch umkämpften sozialen Gruppen von gestern mit geringer Loyalität zu linken bzw. rechten Parteien sind zu den Kerngruppen der jeweiligen Parteienlager aufgestiegen, während die, die die Hauptbataillone der Linken und Rechten von Gestern waren, heimatlos wurden und sich von Fall zu Fall politisch orientieren.

Da sich, wie oben angemerkt, der Anteil derer mit hoher Bildung an der Bevölkerung

deutlich erhöht hat, erklärt dies nach Kitschelt und Rehm, warum die „Nachfrage“ nach libertären Positionen deutlich gestiegen ist und sich die Bedeutung der Konfliktlinie „libertär vs. autoritär“ erhöht hat. Was Kitschelt und Rehm nicht in solcher Klarheit aussprechen, ist, dass der Umkehr der Polarität bei den Wählergruppen, die sich linken bzw. rechten Parteilagern zuwenden, zugleich eine Umkehr des dominanten Konflikts entspricht. Dies ist besonders scharf in den USA zu beobachten: Die Führung der Demokratischen Partei konzentriert sich stark auf libertäre Positionen (mit sozialen Akzenten), Trump dagegen setzt ganz auf die autoritäre Karte (mit marktwirtschaftlichen Akzenten). Die Mobilisierungskraft der Demokraten bzw. der Republikaner liegt bei den neuen Stammwählergruppen. Zugleich wird versucht, die in ihren parteipolitischen Orientierungen schwankenden Gruppen zu demobilisieren oder ihnen Angebote zu unterbreiten, um sie „zu kaufen“. Die Umkehr der Polarität erfasst nicht nur den Umstand, dass sich die Stammgruppen von Parteilagern verlagert haben, sondern auch, dass sich die dominierende Achse verschoben hat: Nicht sozialstaatliche Umverteilung vs. Marktorientierung, sondern das Verhältnis von libertären zu autoritären Einstellungen rückt ins Zentrum (Abb. 2).

Wer ist „autoritär“ und wer „libertär“?

Doch damit fangen die Probleme erst an. Während nämlich die Frage, ob Gruppen sozialstaatliche Umverteilung oder den Wettbewerb der Märkte präferieren, als weitgehend wertneutral angesehen wird, gilt dies nicht im Verhältnis von libertären und autoritären Werten. Sozialstaat und freie Märkte können sich beide auf ein eigenes Gerechtigkeitskonzept berufen, auf das der Verteilungs- bzw. auf das der Leistungsgerechtigkeit. Die Gegner des jeweiligen Konzepts mögen hinter ihnen kommunistische Gleichmacherei oder Raubtierkapitalismus vermuten, aber zumindest im sozialwis-

Abbildung 2: *Stilisierte politische Einstellungen von Gruppen mit hohem Bildungsniveau (nach Kitschelt, Rehm 2022)*

		Einkommen	
		Niedriges Einkommen	Hohes Einkommen
Bildung	Niedrige Bildung	Für Umverteilung Autoritär	Gegen Umverteilung Autoritär
	Hohe Bildung	Für Umverteilung Libertär	Gegen Umverteilung Libertär

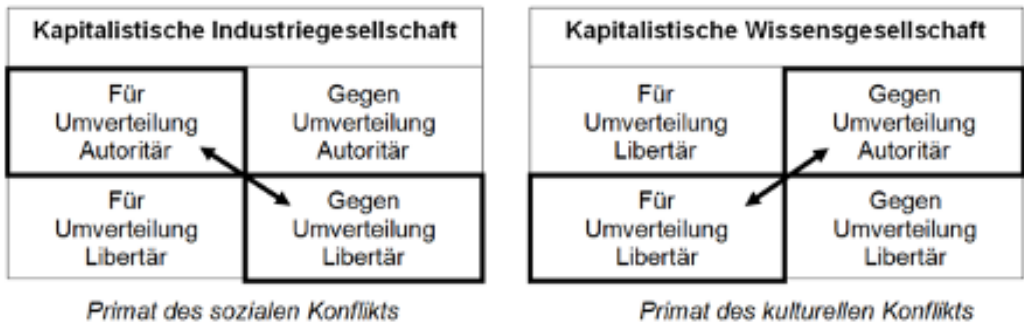
senschaftlichen Mainstream sind Sozialstaat wie Märkte nicht nur faktisch, sondern auch normativ als unverzichtbare Bedingungen der Entwicklung komplexer Gesellschaften anerkannt. Der Gegensatz von libertären und autoritären Orientierungen erfährt keine solche Gleichbehandlung, denn er ist mit dem Konflikt zwischen Freiheit und Unfreiheit aufgeladen. Während Ungleichheit, die mit Märkten zwangsläufig verbunden ist, in Grenzen akzeptabel erscheint, gilt dies nicht für Unfreiheit. Sie ist nach herrschendem liberalen Grundkonsens ein unbedingt zu überwindendes Übel.

Kitschelt und Rehm nehmen die folgenden Einstellungen als Maßstab, um libertäre von autoritären Orientierungen zu unterscheiden: Es ginge dabei um „nichtökonomische Fragen der bürgerlichen Freiheiten und der Rechtsordnung, um Geschlechterrollen und sexuelle Orientierung, um die unhinterfragte Einhal-

tung kollektiver Normen,¹ um die Toleranz gegenüber kultureller Vielfalt von Überzeugungen und Praktiken sowie unterschiedlichen Lebensstilen und um die Akzeptanz der Einwanderung aus Gesellschaften mit anderen kulturellen Bräuchen“ (Kitschelt, Rehm 2022: 4). Libertäre Einstellungen werden daran festgemacht, dass die jeweilige Person die Legalisierung der Heirat von Personen gleichen Geschlechts befürwortet, sie sich für private Rechte auch dann einsetzt, wenn dies die Bekämpfung von Kriminalität behindert, sie gegen eine restriktive Einwanderungspolitik ist und den Umweltschutz auch dann einfordert, wenn er das Wirtschaftswachstum einschränkt, und wenn sie eine weitere Europäisierung fordert (ebd.: 38).

Die Schwierigkeiten der Klassifikation libertär/ autoritär werden dann deutlich, wenn man unter dem Aspekt des Umweltschutzes die Forderungen nach der gesetzlichen Einschrän-

Abbildung 3: : *Stilisierte politische Einstellungen von Gruppen mit hohem Bildungsniveau (nach Kitschelt, Rehm 2022)*



kung des Fleischkonsums, die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen oder das Verbot des Tragens eines Kopftuchs durch Lehrerinnen in Schulen hinzuzieht. In jedem dieser Fälle würden eindeutig Freiheiten der Einzelnen eingeschränkt. Die gleichen Personen, die dem Zuzug „aus anderen Kulturen“ offen gegenüberstehen, können zugleich verlangen, dass diese die in ihren Herkunftsländern üblichen Symbole nicht öffentlich zeigen, weil ihnen unterstellt wird, damit „autoritäre“ Werte zu propagieren, und dies selbst dann, wenn die Trägerinnen eines Kopftuchs dies genau umgekehrt als Zeichen des Selbstbewusstseins der eigenen Identität gegenüber einer „westlichen“ Umwelt verstehen können. Die Freiheitsrechte der Einzelnen unterliegen bei den von Kitschelt und Rehm verwandten Kriterien offensichtlich einer Zensur, wobei es libertär sein soll, möglichst wenige Freiheitsrechte einzuschränken, wenn es um Kriminalität geht, aber möglichst viele, wenn es um Umweltschutz geht. Die „libertären“ Grünen waren Vorreiter der Beschränkungen vieler Freiheitsrechte in der Corona-Pandemie, während die „autoritäre“ AfD sich vehement dagegen aussprach. Die scheinbar wertneutrale Klassifikation erweist sich bei näherer Betrachtung als zutiefst ambivalent: Freiheiten der Einzelnen werden je nach Bezug auf bestimmte gemeinschaftliche

Orientierungen (Umweltschutz, offene Gesellschaft, westlich-liberales kulturelles Selbstverständnis) entweder positiv als „libertär“ auf- oder negativ als „autoritär“ abgewertet.

Auch der Begriff „autoritär“ erweist sich bei näherem Hinsehen als zutiefst ambivalent. Anders als der Begriff libertär ist der Begriff des Autoritären historisch dezidiert negativ konnotiert. Er wird im direkten Gegensatz zu dem der Freiheit gesehen. Nach diesem Verständnis ist Freiheit im Sinne von Isaiah Berlin die Freiheit von Eingriffen anderer Menschen oder Gruppen von Menschen in das Handeln der Einzelnen (Berlin 2006: 201) und damit die Möglichkeit, von anderen unabhängige Entscheidungen zu treffen. Berlin unterscheidet von der negativen Freiheit die positive Freiheit, die auf die Frage antwortet: „Von was oder von wem geht die Kontrolle oder die Einmischung aus, die jemanden dazu bringen kann, dieses zu tun oder zu sein und nicht jenes andere?“ (Ebd.)

Wieso aber sollte es autoritär, sprich: fremdbestimmt sein, negative Freiheiten der Einzelnen auf der Basis gemeinsamer Beschlüsse einzuschränken, wenn es um Kriminalität geht, aber Ausdruck libertärer, sprich: freiheitlicher Einstellungen, wenn es sich um Einschränkungen jener individuellen Freiheiten handelt, die den Umweltschutz betreffen? Wieso wird es als

libertär angesehen, weitgehende Zuzugsrechte für Ausländer zu fordern, aber als autoritär, wenn gefragt wird, ob damit nicht unter den konkreten Bedingungen heutiger Gesellschaften Freiheits- und Schutzrechte von Inländern bedroht sind? Die Linke zumindest kann doch nicht blind dafür sein, dass Globalisierung die Konkurrenz zwischen verschiedenen Gruppen der Lohnarbeitenden verschärft hat und die Grenzen unter kapitalistischen Bedingungen zwangsläufig die Funktion haben, der Regulation dieser Konkurrenz zu dienen. Um den Charakter dieser Regulation muss zwangsläufig gekämpft werden.

Die Ambivalenz des Begriffs des Autoritären wird deutlich, wenn man auf die bekannten „Studien über Autorität und Familie“ des Instituts für Sozialforschung von 1936, damals schon im Exil in den USA, zurückgreift. Im allgemeinen Teil zur Einführung in diese Studien schrieb Max Horkheimer: „Wenn wir vorläufig als autoritär jene inneren und äußeren Handlungsweisen ansehen, in denen sich die Menschen einer fremden Instanz unterwerfen, so springt sogleich der widerspruchsvolle Charakter dieser Kategorie in die Augen. Das autoritäre Handeln kann im wirklichen und bewussten Interesse von Individuen und Gruppen liegen.“ (Horkheimer 1987: 24) Er macht auf den historisch-konkreten progressiven Charakter bestimmter Formen von Autorität in Familie und Gesellschaft aufmerksam und schreibt: „[...] ob die bedingungslose Unterordnung unter einen politischen Führer oder eine Partei historisch nach vorwärts oder rückwärts weist, vermag allein die Analyse der jeweiligen gesellschaftlichen Situation in ihrer Totalität zu beantworten“ (ebd.: 25). Gegen naive libertäre Vorstellungen vom Segen einer unbegrenzten negativen Freiheit der Einzelnen ist Horkheimers folgende Beobachtung gerichtet: „Die Lockerung von Abhängigkeits-Verhältnissen, welche im bewussten und unbewussten Leben der Masse verwurzelt sind, gehört zu den größten Gefahren für eine bestehende gesellschaftliche Struktur und zeigt

an, dass sie spröde geworden ist.“ (ebd.: 26) Die Überhöhung der negativen Freiheit der Einzelnen zur Freiheit schlechthin steht für Marx wie Horkheimer unter dem gut begründeten Verdacht, „eine Ideologie“ zu sein, „das heißt ein durch die spezifische Form des gesellschaftlichen Lebensprozesses notwendig bedingter Schein“ (ebd.: 41).

Wieso aber unterwerfen sich Menschen, folgt man Horkheimers Bestimmung von „autoritär“, überhaupt einer „fremden Instanz“, wenn deren Vorgaben „im wirklichen und bewussten Interesse von Individuen und Gruppen liegen“? In diesem Falle wären es doch die eigenen Interessen? Was in dieser Formulierung unreflektiert aufscheint, ist die tiefe Spannung der Interessen der vielen Einzelnen als Einzelne und als Mitglieder eines Gemeinwesens. Es war Rousseau, der dies ins Zentrum seiner Sozialphilosophie rückte. In der Schrift „Vom Gesellschaftsvertrag“ heißt es: „Oft besteht ein großer Unterschied zwischen dem Willen aller (*volonté de tous*) und dem Gemeinwillen (*volonté générale*); letzterer zielt nur auf das Gemeininteresse (*l'intérêt commun*), ersterer auf das Einzelinteresse (*l'intérêt privé*) und ist nur die Summe von Einzelwillen (*somme de volontés particulières*)“ (Rousseau 1989: 403). Damit deckte Rousseau eine unleugbare Tatsache auf: Zwei Seelen wohnen in der Brust eines jeden, der in einer komplexen Gesellschaft lebt, in der die Reproduktion der unmittelbaren Gemeinschaftsbeziehungen und die des Gesellschaftskörpers auseinanderfallen. Hegel hat dies als Gegensatz von Bourgeois und Citoyen aufgegriffen (Hegel 1981: 224-226, § 187), dem bei ihm der eigentumslose „Pöbel“, das Proletariat, als fremd entgegensteht (Ruda 2011), da es keine Allgemeininteressen haben könne.

Bei Freud wurde die Spannung zwischen dem Individuum als Einzelner und als Gesellschaftsglied psychoanalytisch als Unterscheidung von „Es“ und „Über-Ich“ aufgenommen. Diese Spannung stelle dem „Ich“ die Aufgabe, zwischen beiden zu vermitteln und sie in ein

lebensfähiges Verhältnis zu bringen. Fromm schrieb dazu: „Durch das Über-Ich wird die äußere Gewalt transformiert und zwar, indem sie aus einer äußeren in eine innere Gewalt verwandelt wird. Die Autoritäten als die Vertreter der äußeren Gewalt werden verinnerlicht, und das Individuum handelt ihren Geboten und Verboten entsprechend nun nicht mehr allein aus Furcht vor äußeren Strafen, sondern aus Furcht vor der psychischen Instanz, die es in sich selbst aufgerichtet hat.“ (Fromm 1987: 84) Kant paraphrasierend könnte man auch sagen, dass Menschen gar nicht umhin können, in sich ein autoritatives Sittengesetz zu verankern, wenn sie autonom handeln wollen. Die Frage ist nur, für welches Sittengesetz sie sich entscheiden. Wirkliche Freiheit und Autonomie einerseits und verinnerlichte Autoritäten andererseits bilden einen Gegensatz, dem nur um den Preis der Verdrängung ins Unterbewusstsein und damit aus dem Reich bewusster Reflexion ausgewichen werden kann. Alles dies verbietet eine naive Verurteilung von Autorität.

Der Terminus autoritär verschmilzt bei Kitschelt und Rehm, wie aber auch insgesamt in großen Teilen der Parteienforschung, die auf die genannten Befragungen zurückgreifen, unterschiedliche Positionen. Es werden die Werte von Gemeinschaftlichkeit (im Sinne einer In-Group-Orientierung), der Einhaltung von Gruppenregeln, des Anspruchs auf Schutz als Teil einer Gruppe einerseits mit Positionen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2010) oder eines „autoritären Charakters“ im Sinne von Erich Fromm andererseits in eins gesetzt. Fromm hatte den autoritären Charakter so definiert: „Wenn mangelnde Fähigkeit zum selbständigen Handeln die Einstellung des autoritären Charakters zum Stärkeren kennzeichnet, so bietet seine Einstellung zum Schwächeren und Hilflosen eine Kompensation. Ebenso automatisch wie Macht in ihm Furcht und, wenn auch ambivalente, Liebe erweckt, erweckt Hilflosigkeit in ihm Verachtung und Hass.“ (Fromm 1987:

116.) Gerade das Kleinbürgertum sei dafür empfänglich (Fromm 2000: 203).

Um es drastisch auszudrücken: Eine Verwendung des Terminus „autoritär“, der die genannte Differenz zwischen Gemeinschaftsorientierungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einebnet, tendiert dazu, alle jene, die aufgrund der geringeren Chancen auf dem Arbeitsmarkt („geringe Bildung“) und eines niedrigeren sozialen Erfolgs („niedriges Einkommen“) gleichzeitig soziale Umverteilung und Schutz durch Staat und Gesellschaft vor dem ungehinderten Wirken der Konkurrenzverhältnisse der Märkte fordern, zu verachten und, schlimmer noch, als „braune Dumpfbacken“ abzutun, die auf dem besten Wege in den rassistischen National-Sozialismus sind oder dort schon angekommen. Wenn die Linke dem folgt und diese Gruppen als Pöbel aufgibt (so sehr plastisch und nachdrücklich Baron 2016), hat sie jede Chance auf Gegen-Hegemonie und einen eigenständigen „Dritten Pol“ (Candeias 2016) jenseits des Sozialliberalismus und der Neuen Rechten vertan. Es ist das eine, in den Enklaven der gehobenen Mittelschichten in den Metropolregionen die uneingeschränkte Freiheit der Einzelnen zu zelebrieren, es ist etwas anderes, in Gebieten mit weit höherer Kriminalität und Gewalt zu leben. Es ist das eine, den Zuzug billiger Servicekräfte für die oberen Mittelschichten zu begünstigen, es ist das andere, mit diesen Neumigranten auf dem leergelegten Markt für preiswerte Wohnungen zu konkurrieren.

Während die Achse Soziale Umverteilung vs. Stärkung der Märkte auf der Ebene der Instrumente argumentiert, mit denen sehr unterschiedliche Werte verfolgt werden können,² werden auf der Achse Libertär vs. Autoritär von Kitschelt und Rehm wie vielen anderen Wertbegriffe benutzt, die in ihrer Widersprüchlichkeit nicht reflektiert werden. Dadurch wird die von Max Weber erhobene Forderung nach der Wertfreiheit der wissenschaftlichen Instrumente bei gleichzeiti-

ger Transparenz des Wertbezugs des Ziels der Forschungen verletzt (Weber 1922). Die Forschung schafft damit im konkreten Fall nicht den Raum der analytischen Reflexion von wertenden Differenzen im politischen Spektrum, sondern dupliziert die vorhandenen Klassifikationen jener, die für sich das Epitheton libertär als positive Selbstbezeichnung reklamieren.

Wieso es so schwer ist, eine solidarische Linke zu formieren

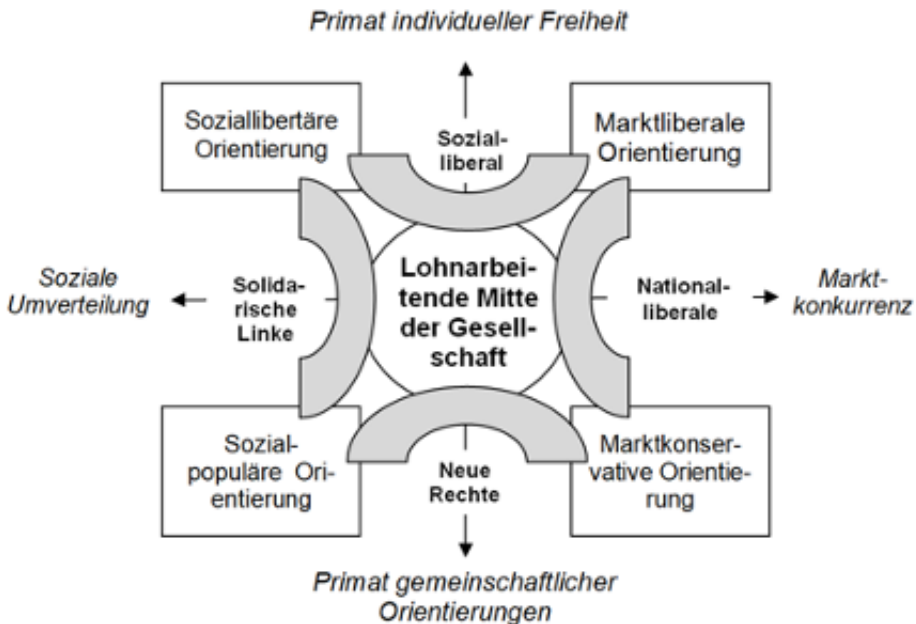
Wenn man analog zur horizontalen Konfliktlinie Soziale Umverteilung vs. Marktkonkurrenz auch die vertikale Konfliktlinie nicht unmittelbar über Werte, sondern über gesellschaftliche Mittel definieren würde, mit denen unterschiedliche Ziele verfolgt werden können, dann scheint es sinnvoll, die Kategorie libertär durch die des Primats individueller Freiheit im Sinne von negativer Freiheit der Einzelnen (Berlin 2006) zu ersetzen. Es geht um die Stärkung der Rechte der Individuen, ausschließlich aus eigenem Ermessen heraus frei zu entscheiden. Anstelle der Kategorie autoritär würde, folgte man diesem Vorschlag, das Primat der Orientierung an gemeinschaftlichen Zielen verwandt werden. Dies erlaubt es, vier grundlegende ideologische Orientierungen zu unterscheiden – die soziallibertäre, die marktkliberale, die sozialpopuläre und die marktkonservative Orientierung (Abb. 3).

Wer Gegen-Hegemonie anstrebt, muss danach streben, die vorhandenen hegemonialen Verknüpfungen aufzulösen und die Elemente wieder frei setzen, um sie in Momente neuer Verbindungen zu verwandeln (Laclau, Mouffe 2000: 143). Die zentralen politischen Projekte, die sich heute gegenüberstehen, sind nicht zufällig Projekte der Verbindung zweier sehr unterschiedlicher ideologischer Orientierungen, wie Grafik 3 verdeutlicht. Anders würden sie auch nicht mehrheitsfähig sein können. In der Bundesrepublik dominiert gegenwärtig das sozialliberale Projekt, dass in der

Ampel-Regierung seinen geradezu idealtypischen Ausdruck gefunden hat. Ihm steht mit der AfD eine Neue Rechte gegenüber als dem zweiten Pol. Weder die Nationalliberale noch eine Solidarische Linke vermochten bisher einen wirksamen Dritten Pol bilden. Das nationalliberale Projekt scheiterte mit der frühen AfD und Bernd Lucke, das Projekt einer solidarischen Linken droht im politischen Raum mit der Partei DIE LINKE zu scheitern.

Eine solidarische Linke kann sich nur dann erfolgreich formieren, wenn es ihr gelingt, eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen. Die erste Aufgabe ist die, bei Hegel in die Schule zu gehen. Es ist kein Zufall, dass wirkungsstarke linke Politiker des 20. Jahrhunderts wie Lenin, Mao Zedong oder Gramsci sich intensiv mit der Hegelschen Dialektik auseinandergesetzt haben – sei es direkt oder wie bei Mao Zedong über Lenin, der am Beginn des Ersten Weltkriegs in die Berner Bibliothek ging und vier Monate lang Hegels „Wissenschaft der Logik“ studierte (siehe ausführlicher Brie 2017: 19-24). Linke Politik ist immer Segeln gegen den Wind der herrschaftlichen Verhältnisse, ist immer mit deren Tendenz der Spaltung der subalternen Klassen im Sinne von *divide et impera* konfrontiert. Am „Rande des Abgrunds“ (Gagnebin 2011: 285; siehe im Detail Eiland, Jennings 2020: 866-872) und konfrontiert mit den entgegentürmenden Gewalten von Krieg, Judenverfolgung und dem Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion schrieb Walter Benjamin im Spätwinter 1939/40: „Dialektiker sein heißt den Wind der Geschichte in den Segeln zu haben. Die Segel sind die Begriffe. Es genügt aber nicht, über die Segel zu verfügen. Die Kunst, sie setzen zu können, [um gegen den Sturm anzukreuzen – M. B.] ist das Entscheidende.“ (Benjamin 1982: 592) Nimmt man das stromlinienförmige Schiff mit seinem Kiel und dem Steuer als Metapher für eine handlungsfähige Organisation und die richtig gesetzten Segel als Symbol von Führungsfähigkeit, wird deutlich, was es heißt, die Widersprüche der Herrschaft zum

Abbildung 4: Politische Projekte



Zwecke ihrer Überwindung zu nutzen. Diese Kunst haben offensichtlich viele linke Kräfte verlernt oder schlicht nie gelernt.

Viel zu viel linke Politik erschöpft sich in gut gemeinter Realpolitik einerseits oder in noch besser gemeinter Verfolgung reiner Ideale andererseits. Eine die Herrschaftsverhältnisse transformierende und überwindende „revolutionäre Realpolitik“ (Luxemburg 1979: 373) ist auf diese Weise unmöglich. Diese verlangt, sich auf die realen Widersprüche einzulassen und sie zugleich gegenhegemonial, gegenherrschaftlich zu nutzen. Dies zumindest kann man bei Lenin lernen, der im Zusammenhang mit dem bewaffneten Osteraufstand in Irland 1916 schrieb: „[...] zu glauben, dass die soziale Revolution denkbar ist ohne Aufstände kleiner Nationen in den Kolonien und in Europa, ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums mit allen seinen Vorurteilen, ohne die Bewegung unaufgeklärter proletarischer und halbproletarischer Massen gegen

das Joch der Gutsbesitzer und der Kirche, gegen die monarchistische, nationale usw. Unterdrückung – das zu glauben heißt der sozialen Revolution entsagen. [...] Wer eine ›reine‹ soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution.“ (Lenin 1971: 363, 364.)

Eine zweite Aufgabe besteht darin, die Überzeugung in größeren Teilen der Gesellschaft zu verankern, dass es eine wirkliche Alternative zum Kapitalismus gibt, der seit mehr als einem Jahrzehnt die Gesellschaften mit einer schweren Krise nach der anderen überzieht und jetzt in den Dauermodus eines Krisen- und Kriegskapitalismus übergegangen ist. Es ist im Zeitalter des neuen Krisen-, Katastrophen- und Kriegskapitalismus kein Zufall, dass eine neue Sozialismusdiskussion in den politisch-öffentlichen Raum drängt. Die Zeit des Verstummens nach dem „seltsamen Tod des Sozialismus“ (Dahrendorf 1990) ist vorbei. Im

Mai 2022 erhielt ich die Nachricht: „41.613 neue Arbeiten zum Thema 'Theorien des Sozialismus' wurden seit Ihrer letzten Suche in Academia veröffentlicht.“ Auch wenn tatsächlich diese Suche mehrere Jahre zurückliegt, ist die Zahl doch bemerkenswert. Der Neoliberalismus konnte das vom Marxismus-Leninismus hinterlassene Vakuum nicht lange füllen. Jüngst sind immer neue Bücher und Grundsatzartikel erschienen, die die Frage nach Sozialismus ins Zentrum rücken. Nicht nur international, sondern auch im überschaubaren deutschsprachigen Raum gibt es eine ganze Serie von Publikationen zum Sozialismus (Crome 2006; Dellheim u. a. 2012; Paech 2012; Klein 2013; Honneth 2015; Winker 2015; Dörre, Schickert 2019; Zelik 2020; Zeller 2020; Dörre 2021; Klein 2022).

Eine sozialistische Alternative muss heute anders als in der Vergangenheit in sich das Erbe von Liberalismus und Kommunismus aufnehmen (zu den sehr wenigen, die dies ausgehend von den Erfahrungen des Faschismus und Stalinismus anstrebten, gehört Ernst Bloch 2007). Es gibt einerseits den Kampf des Liberalismus für persönliche Autonomie und Überwindung der Abhängigkeit von vorgefundenen Herrschaftsformen. Es geht um individuelle Freiheitsrechte und Handlungsmöglichkeiten, um die Chance Einzelner, etwas Neues zu wagen, auch gegen heftigste Widerstände. Die Gestaltung von Wirtschaft und Politik ausgehend von der freien Initiative der Einzelnen und ihren selbstbestimmten Zusammenschlüssen steht im Zentrum. Dies war und ist zugleich ein Kampf gegen den Kommunismus der Allmende, der Gemeingüter und ihrer Verteilung nach den Bedürfnissen. Diese Gemeingüter und die gemeinschaftliche Regulierung der Verfügung über sie wurden als Hindernisse auf dem Weg zu einer offenen Gesellschaft der Freien gesehen. Es gibt andererseits den Kampf des Kommunismus gegen die Ausbeutungsstrukturen, die mit dem kapitalistischen Privateigentum verbunden sind, und um die Bewahrung der Gemeingüter – der natürlichen

wie der sozialen und kulturellen, ein Kampf um jene Gemeinschaftsformen, die Freiheit und Gleichheit substantiell zu begründen vermögen. Dies war und ist auch ein Kampf gegen die Vorherrschaft privater Rechte und des Privateigentums und für die gemeinsame Kontrolle über die Produktions- und Reproduktionsmittel. In ein neues Verständnis von Sozialismus muss überzeugend beides eingehen – die Betonung der Freiheitsrechte der Einzelnen und der Kampf um die Gemeingüter eines Lebens in Solidarität.

Sozialismus sollte als eine Gesellschaft verstanden werden, die sich erstens ihrer kommunistischen Fundamente bewusst ist und diese verantwortungsvoll bewahrt und stärkt, sich zweitens an den Werten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität ausrichtet und drittens Menschen ermöglicht, ein erfülltes Leben zu führen. Dies alles ist nur möglich, wenn eine solche Gesellschaft über wirksame Akteure und Institutionen verfügt, die diese dreifache Aufgabe erfüllen. Sozialismus ist, folgt man diesem Verständnis, jene Bewegungsform der Widersprüche komplexer moderner Gesellschaft, die in der Lage ist, Ausbeutung, Unterdrückung und Entmündigung von Menschen durch Menschen und Ausbeutung der Natur hinter sich zu lassen. Als solche stellt Sozialismus tatsächlich den überlebenswichtigen Weg dar, der über Liberalismus und Kommunismus hinausgeht. Die kommunistischen Fundamente bilden die gemeinsame „Erde“ dieser Gesellschaft; Freiheit, Gleichheit und Solidarität die Fixsterne am „Himmel“; und die Akteure und Institutionen des Sozialismus sollten die Fähigkeit entwickeln, zwischen diesem Himmel und dieser Erde zu vermitteln. Jede und jeder erhalten damit die Chance, ein erfülltes, reiches Leben zu führen. Sozialismus kann dafür nur die Möglichkeiten schaffen, einlösen müssen die Menschen diese Möglichkeiten selbst.

Die dritte Aufgabe bei der Gründung einer solidarischen Linken ist die Arbeit an einem neuen klassenverbindenden Bündnis (Candeias 2017). Der Siegeszug des neoliberalen

len Finanzmarkt-Kapitalismus war nur möglich, weil er verhindern konnte, dass die mit der „Wissengesellschaft“ aufstrebenden neuen Gruppen mit höherer Bildung ein Bündnis mit der „alten“ organisierten Arbeiterbewegung eingingen. Die Herrschenden betrieben erfolgreich Klassenspaltung. Der Neoliberalismus konnte deshalb hegemonial werden, weil er die Freiheitsansprüche neuer sozialer Schichten und Generationen mit dem Projekt des Umbaus des Sozialstaats in den Wettbewerbsstaat einer den Interessen der Kapitaloligarchien untergeordneten Globalisierung zu verbinden vermochte. Die Entfesselung der Märkte wurde zum Freiheitsversprechen gemacht. Die soziale Frage wurde durch die Frage der Freiheit der Individuen, der Unternehmen, der Erfolgreichen abgelöst. Anstelle sozialer Bindung wurde der Kult der Freiheit der Einzelnen ins Zentrum gerückt (Boltanski, Chiapello 2003). Wenn die Linke zu einem eigenen „Dritten Pol“ werden will, der die Kräfteverhältnisse umzugestalten vermag, dann müsste es ihr gelingen, die Dominanz des Konflikts zwischen individuellem Freiheitsversprechen und Gemeinschaftsorientierung (die vertikale Konfliktachse) zu überwinden und die horizontale Konfliktachse wieder ins Zentrum der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zurück zu rücken. Es geht um eine materialistische Wendung, die auch das Kulturelle als Ausdruck der realen gesellschaftlichen Praxis und der in ihnen eingeschriebenen sozialen Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnisse begreift.

Über das Interregnum hinaus

Dies wäre kein Zurück zur Vergangenheit, sondern dialektische Aufhebung des jetzigen Großkonflikts, indem die erzielten Freiheitsgewinne, die gewachsene Bedeutung von Fragen des Geschlechts und der sexuellen Orientierung, der Ethnie und Herkunft integriert werden in eine neue Politik der sozialen Gerech-

tigkeit, die den dezidierten Schutz der Schwachen, die Sensibilität für die transnationalen Dimensionen der Ungleichheit, die sozialökologische Umgestaltung der Gesellschaft, Wirtschaftsdemokratie, inklusive Städte und Regionen für alle und partizipatorische Demokratie miteinander verbinden (Dörre 2021; Winker 2021; Fraser 2022) und auch die dafür notwendige Regulationsweise und demokratischen Formen entwickeln (Klein 2022).

Dies ist aber nur möglich, wenn es der Linken gelingt, die liberale Identifikation von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einerseits mit Orientierungen an gemeinschaftlichen Werten und Lebensformen andererseits aufzubrechen. Es ist diese Konstruktion, die in das generalisierte Feindbild des „Autoritären“ und des „Autoritarismus“ mündete. Umgekehrt muss die Linke die Reduktion von Freiheit auf die negative Freiheit der Individuen angreifen, die das heutige Bündnis von „grünen“ und „libertären“ Parteien mit den Kräften der Marktfreiheit begründet. Bei Freiheit geht es auch um die gemeinsame Entscheidung darüber, wie ein Gemeinwesen gestaltet wird. Freiheit kann, um noch einmal auf Isaiah Berlin zu verweisen, auch die Freiheit sein, positiv zu entscheiden, was in einer Gesellschaft geboten ist. Und außerdem geht es immer darum, wie diese Freiheit genutzt wird, welche Substanz sie hat, welche Ziele verfolgt werden, welche Gesellschafts- und Lebensentwürfe verfolgt werden. Eine neue Dominanz des Sozialen in den gesellschaftspolitischen Kämpfen braucht einen neuen Begriff von Freiheit, der mehrdimensional ist (Brie 2016).

Konkret wird eine solche die Lohnarbeitenden verbindende Politik dann, wenn verbindende Einstiegsprojekte (Brangsch 2014; Institut für Gesellschaftsanalyse & Friends 2020) entwickelt werden. Erfolge dabei zeigten sich in der Wohnungsfrage und bei Forderungen eines ÖPNV, bei dem die Fahrtentgelte sehr gering sind, wie das Neun-Euro-Ticket zeigte. Es eröffnete Geringverdienern und Einkommensschwachen wieder den Zugang zur eigenen

Stadt und dem Umland und war zugleich ökologisch. Auch die Forderung nach einer sehr preiswerten Grundversorgung mit Wasser und Energie bzw. die Schaffung von Jobs im Bereich des sozialökologischen Umbaus gehören dazu. Alle diese Forderungen werden gerade von denen mit niedrigem Einkommen besonders unterstützt (Arbeitsgruppe des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2022: 23).

Alle philosophische Dialektik, alle Arbeit an neuen Alternativvorstellungen, alle Bemühungen, solidarische Einstiegsprojekte zu entwickeln, reichen aber nicht. Ideen müssen viertens Organisation werden, wenn sie wirken sollen. Ein linkes Mosaik (Urban 2009) zerbricht schnell an jedem Konflikt. Besonders im politischen Raum fehlt in fast allen westlichen Ländern eine starke linke politische Kraft. Die Projekte von Sanders und Corbyn scheiterten vorerst. Das von Jean-Luc Mélenchon geführte Bündnis NUPES (Nouvelle union populaire écologique et sociale) muss sich erst noch bewähren. Ohne festen Halt im politischen System können soziale Bewegungen nicht über Achtungserfolge hinauskommen und Gewerkschaften haben keinen Partner für einen wirklichen Politikwechsel.

Ein Blick auf die vier genannten Aufgaben begründet, warum es im parteipolitischen Raum so schwierig ist, eine erfolgreiche Repräsentanz einer solidarischen, die Lohnarbeitenden verbindenden Linken aufzubauen. Angesichts der Fundamentalkrise der heutigen kapitalistischen Gesellschaften muss dies aber nicht so bleiben. Solche organischen Krisen erzeugen ein Interregnum (Gramsci 1992: 493f.) und dies sind Zeiten von Aufbrüchen, wenn auch mit ungewissem Ausgang. Aber sie können auch, wie schon in der Geschichte, zu Zeiten einer neuen, einer solidarischen Linken werden.

Anmerkungen

1 Eigentlich müsste es heißen: „um die Ablehnung der unhinterfragten Einhaltung kollektiver Normen“, da

alle Formulierungen libertäre Einstellung im Sinne von Kitschelt und Rehm implizieren.

- 2 Die Stärkung bestimmter Märkte und des Wettbewerbs auf ihnen kann durchaus in bestimmten Fällen soziale Gleichheit befördern und z. B. patriarchale Strukturen abzubauen helfen, wie u. a. Nancy Fraser (2015: 110f.) nachwies. Sie kann auch gegen Gruppen der Kapitaloligarchien und ihrer Hauptvertreter gerichtet sein.

Literatur

Arbeitsgruppe des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung (2022): Eine starke Partei DIE LINKE ist möglich und wird gebraucht! Zehn Herausforderungen für einen solidarischen Aufbruch. URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Eine_starke_Partei_DIE_LINKE_Web2.pdf.

Baron, Christian (2016): Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten. Berlin: Das Neue Berlin.

Benjamin, Walter (1982): Das Passagen-Werk. In: Gesammelte Schriften, Bd. V. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Berlin, Isaiah (2006): Freiheit. Vier Versuche. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch.

Bloch, Ernst (2007): Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.

Brangsch, Lutz (2014): Transformationsprozesse und ihre Politisierung in Einstiegsprojekten. In: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 368-391.

Brie, Michael (2016): Emanzipation – eine Vier-in-Einem-Perspektive. Ein Diskussionsvorschlag. Ms.

Brie, Michael (2017): Lenin neu entdecken: Das hellblaue Bändchen zur Dialektik der Revolution & Metaphysik der Herrschaft. Hamburg: VSA.

Candeias, Mario (2016): Den „dritten Pol“ wieder sichtbar machen. In: Neues Deutschland, 22. April 2016. URL: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1009532.den-dritten-pol-wieder-sichtbar-machen.html>.

Candeias, Mario (2017): Eine Frage der Klasse. Neue Klassenpolitik als verbindender Antagonismus. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis (Sonderausgabe).

Crome, Erhard (2006): Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft. Berlin: Karl Dietz.

Dahrendorf, Ralf (1990): The Strange Death of Socialism. In: An Irish Quarterly Review 79, S. 7-17.

Dellheim, Judith; Brangsch, Lutz; Wolf, Frieder-Otto;

Spangenberg, Joachim (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation. Berlin: Karl Dietz.

Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin: Matthes & Seitz.

Dörre, Klaus; Schickert, Christiane (Hrsg.) (2019): Neosozialismus: Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. München: oekom.

Eiland, Howard; Jennings, Michael W. (2020): Walter Benjamin. Eine Biographie. Berlin: Suhrkamp.

Fraser, Nancy (2015): Dreifachbewegung. Die politische Grammatik der Krise nach Karl Polanyi. In: Brie, Michael (Hrsg.): Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser & Karl Polanyi. Hamburg: VSA, S. 100-116.

Fraser, Nancy (2022): Cannibal Capitalism. How Our System Is Devouring Democracy, Care, and the Planet and What We Can Do About It. New York: Verso.

Fromm, Erich (1987): Sozialpsychologischer Teil. In: Horkheimer, Max (Hrsg.): Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. Reprint der Ausgabe Paris 1936. Lüneburg: zu Klampen Verlag, S. 77-135.

Fromm, Erich (2000): Die Furcht vor der Freiheit. München: dtv.

Gagnebin, Jeanne Marie (2011): „Über den Begriff der Geschichte“. In: Lindner, Burkhardt (Hrsg.): Benjamin Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart: Metzler, S. 284-300.

Gramsci, Antonio (1992): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Bd. 3. Heft 4-5. Hamburg: Argument.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1981): Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Nach der Ausgabe von Eduard Gans. Herausgegeben und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner. Berlin: Akademie Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (2010): Deutsche Zustände. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Honneth, Axel (2015): Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung. Berlin: Suhrkamp.

Horkheimer, Max (1987): Allgemeiner Teil. In: Ders (Hrsg.): Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. Reprint der Ausgabe Paris 1936. Lüneburg: zu Klampen Verlag, S. 3-76.

Institut für Gesellschaftsanalyse & Friends (2020): Ein Gelegenheitsfenster für linke Politik? Wie weiter in und nach der Corona-Krise. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/ein-gelegenheitsfenster-fuer-linke-politik-wie-weiter-in-und-nach-der-corona-krise/>.

Kitschelt, Herbert P.; Rehm, Philipp (2022): Polarity Reversal: The Socioeconomic Reconfiguration of Partisan Support in Knowledge Societies. In: Politics & Society, S.

1-47.

Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg: VSA.

Klein, Dieter (2022): Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökologische Transformation funktionieren könnte. Hamburg: VSA.

Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (2000): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen.

Lenin, Wladimir I. (1971): Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung. In: Werke, Bd. 22. Berlin: Dietz, S. 326-368.

Luxemburg, Rosa (1979): Karl Marx (1903). In: Gesamelte Werke, Bd. 1.2. Berlin: Dietz, S. 369-377.

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: Oekom.

Rousseau, Jean-Jacques (1989): Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts. In: Kulturkritische und politische Schriften in zwei Bänden. Bd. 1. Berlin: Rütten & Loening, S. 379-505, 635-648.

Ruda, Frank (2011): Hegels Pöbel. Eine Untersuchung der „Grundlinien der Philosophie des Rechts“. Konstanz: Konstanz University Press.

Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5, S. 71-77.

Weber, Max (1922): Wissenschaft als Beruf (1919). In: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen: Mohr, S. 524-555.

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript.

Winker, Gabriele (2021): Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima. Bielefeld: transcript.

Zelik, Raul (2020): Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus. Berlin: Suhrkamp.

Zeller, Christian (2020): Revolution für das Klima: Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. München: oekom.

Anne Hartmann, Reinhard

Müller (Hg.):

Tribunale als Trauma

Rezensiert von Wladislaw Hedeler

Die vorliegende Dokumentation, so steht es in der am vierzigsten Tag des Krieges gegen die Ukraine geschriebenen Danksagung, ist selbst zum Dokument einer „Epoche der Möglichkeiten“ geworden, „die nun schon weit zurückzuliegen scheint und an die wohl auf längere Sicht nicht angeknüpft werden kann“ (451). Ein bitteres Fazit, nicht nur mit Blick auf die im Buch benannten offenen Fragen und Vorschläge für weiterführende Forschungen. Wohl dem, der die Zeit seines Archivaufenthaltes in der Russischen Föderation genutzt hat, um Kopien der deklassifizierten, danach jedoch z. T. wieder sekretierten Akten zu bestellen, und mit den oft in geringer Auflage (zwischen 300 und 1000 Exemplaren) publizierten Dokumenteneditionen im Gepäck nach Deutschland zurückgefliegen ist.

Das Abebben der „Archivrevolution“ ist von regelmäßig nach Russland reisenden Historikern zur Genüge beschrieben worden und muss hier nicht referiert werden. Anne Hartmann und Reinhard Müller skizzieren die Anfänge ihrer „Spurensuche“ in den hoffnungsfrohen Jahren der Perestroika, sie erwähnen die sich ständig ändernden Arbeitsbedingungen und die Auswirkungen auf den Arbeitsalltag in den Archiven, von Eugen Ruge im Prolog zum Roman „Metropol“ als kafkaeskes Erlebnis geschildert (Ruge 2019: 7-11).

Anne Hartmann, Slawistin und Germanistin, Mitarbeiterin an der Ruhr-Universität Bochum, und Reinhard Müller, zuletzt Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, beide exzellente Kenner des literari-

schen Exils in der Sowjetunion, haben die im Band vorgestellten und kommentierten Dokumente während ihrer über 30 Jahre währenden Recherchen in Moskauer Archiven zusammengetragen.

Am Anfang stand das von Müller 1989 im Zentralen Parteiarchiv (ZPA) in Moskau eingesehene und 1991 veröffentlichte Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. (Müller 1991). Im Auftrag der Deutschen Kommunistischen Partei nach Moskau gereist, hatte er im ZPA Kaderakten deutscher Kommunisten einsehen dürfen. Mit anderen Unterlagen zum deutschen Emigranten Karl Schmückle lag eines Tages das o. g. Stenogramm im Lesesaal des Archivs für ihn bereit.

Ein ähnlicher Zufallsfund im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GA RF) hatte Hartmann 2005 auf die Spur von Lion Feuchtwanger gebracht. „Tribunale als Trauma“ greift Themen auf, die sie in ihrer Studie über Feuchtwangers Bericht über seinen Moskauaufenthalt 1937 als eine der großen „Zerreißproben“ des Exils untersucht hat (Hartmann 2017: 76) und Müller in „Menschenfalle Moskau“ (Müller 2001). Die Rede ist von den Mechanismen der Illusionsbildung und Verdrängung, von Fassungslosigkeit und Unverständnis, Befremdung und Entsetzen.

Dem Band ist ein „Vorwort der Herausgeber“ (9-13), eine von Hartmann verfasste Einleitung (14-28) sowie eine von Müller erstellte „(Kultur-)Politische Chronik 1933 bis 1941: Skandale der Gleichzeitigkeit“ (29-52) vorangestellt. Drei von Hartmann eingeleitete Teile „Prozessbeginn – das Schlüsseljahr 1936“ (55-138), „Provokation und Verbandsausschlüsse“ (141-331) und „Heillos verstrickt – Appell an die ‚Instanzen‘“ (335-436) enthalten insgesamt 38 zwischen Mai 1936 und Februar 1941 entstandene Dokumente.

Aus den veröffentlichten Dokumenten – von internen Berichten und Verlagsgutachten bis hin zu Artikeln in der Tagespresse – wird deutlich, als was sich die „Kulturkader“ verstanden und wie sie fungierten. Auf dieser Fo-

lie könnten und sollten die hinsichtlich ihres Aussagewerts immer wieder kontrovers diskutierten Kaderakten (stellvertretend seien die von Hugo Huppert, Alfred Kurella und Gustav von Wangenheim genannt) gegengelesen werden. Für die Herausgeber „waren sie Wissende, (weitgehend) Eingeweihte, die mit ihren künstlerischen Fähigkeiten, aber auch den kulturpolitischen Aktivitäten in die Mechanik der Macht eingespannt waren“ (21).

Wie die Schriftsteller-Solisten in den Jahren des gewöhnlichen Stalinismus sowohl während der internen Proben hinter verschlossenen Türen als auch bei öffentlichen Auftritten agierten, kann hier nachgelesen werden. Der Informationsfluss von unten nach oben ist in seinen vielfältigen Facetten gut dokumentiert. In diesen Kontext gehört auch ein während des Prozesses gegen Nikolai Bucharin von Kurella am 8. März 1938 verfasstes Schreiben, in dem er den Organen seine Mithilfe bei der Aufdeckung der Hintergründe für die „offensichtliche Ermordung“ von Henri Barbusse anbietet und auf sein „Insiderwissen“ verweist. Nikolai Jeshow, Volkskommissar des Inneren, leitete den Brief umgehend an Stalin und Wjatscheslaw Molotow weiter (Kurella 1938: 831-832).

Es ist ebenso ernüchternd wie bedrückend zu erfahren, was die zu Wort kommenden Exilanten von Johannes R. Becher bis Hedda Zinner übereinander dachten und zu Papier brachten. Was hingegen, der Archivlage geschuldet, unterbelichtet bleibt, ist die Rolle des Dirigenten des Ganzen. Man darf auf den von Hartmann angekündigten Band, der eine breitere Darstellung des Kulturexils zum Inhalt hat (25, Anm. 34), gespannt sein.

Wie ging Stalin mit den „Ingenieuren der Seele“ um? In Russland sind nur einige wenige Publikationen und Dokumenteneditionen zum Thema „Kunst und Macht“ erschienen. Wie wurde die Linie vom Verband in den einzelnen Sektionen, darunter der deutschen, der das Buch gewidmet ist, durchgesetzt? Alexander Schtscherbakow, der den Schriftstellerverband von 1932 bis 1936 leitete, war gleichzeitig

Abteilungsleiter im ZK; einmal jährlich trat er bei Stalin zum Rapport an. Wie es während der im Hause von Maxim Gorki stattgefundenen Treffen Stalins mit Schriftstellern zugeht, ist dokumentiert. Alexander Tolstoi, Wladimir Stawski rechte Hand, leitete den Verband von 1936 bis 1938 und war nie zur Berichterstattung bei Stalin im Kreml, die Sekretäre des Sowjetischen Schriftstellerverbandes Wladimir Stawski einmal (im Oktober 1937) und Alexander Fadejew – er leitete den Verband von 1938 bis 1944 – dreimal (im Januar 1939). (Na prieme 2010: 708, 720)

Es bleibt die Frage nach der „richtungsweisenden Anleitung“ des Verbandes durch die zuständige Abteilung für Kultur im ZK der KPdSU(B) bzw. der ausländischen Sektionen des Verbandes durch die Sekretariate der Komintern. Wenn diese Bestände aus den Moskauer Behördenarchiven bzw. den Staatlichen Archiven für die Forschung freigegeben sind, lassen sich diese und andere Fragen hoffentlich beantworten.

Anne Hartmann, Reinhard Müller (Hg.): *Tribunale als Trauma. Die Deutsche Sektion des Sowjetischen Schriftstellerverbands. Protokolle, Resolutionen, Briefe (1935–1941) (akte exil. neue folge, Bd. 3)*. Göttingen: Wallstein Verlag 2022, 469 Seiten.

Literatur

Hartmann, Anne (2017): „Ich kam, ich sah, ich werde schreiben.“ Lion Feuchtwanger in Moskau 1937. Eine Dokumentation. Göttingen: Wallstein Verlag (akte exil. neue folge, Bd. 1).

Kurella, Alfred (1938): K voprosu o smerti Anri Barbusa. [Zur Frage nach dem Tod von Henri Barbusse.] In: Process Bucharina 1938. Dokumenty. Moskva: MFD. Sostaviteli: Ž. V. Artamonova, N. V. Petrov, S. 831-832.

Müller, Reinhard (1991) (Hg.): Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf u. a. Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Reinbek: Rowohlt.

Müller, Reinhard (2001): Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. Hamburg: Hamburger Edition.

Na prieme u Stalina (2010): Tetradi (zurnaly) zapisej lic, prinjatych I. V. Staliny (1924–1953 gg.). Moskva: Novyj chronograf.

Ruge, Eugen (2019): Metropol. Roman. Hamburg: Rowohlt.

Sonia Combe:

Loyal um jeden Preis., „Linientreue Dissidenten“ im Sozialismus

Rezensiert von Ulrich Busch

Die französische Forscherin Sonia Combe, renommierte Autorin zur Geschichte des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa, insbesondere der DDR, hat mit vorliegendem Buch eine Arbeit veröffentlicht, die vor allem in Ostdeutschland auf großes Interesse stoßen wird. Es ist die Geschichte der Gründergeneration der DDR, genauer gesagt, eines Teils derselben, nämlich der Remigranten, die nach 1945 aus dem Exil zurückgekehrt sind und sich ganz bewusst für ein Leben in der DDR entschieden haben. Ihr Ziel war es, im Osten Deutschlands einen antifaschistischen Staat aufzubauen und eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen. Nicht wenige von ihnen waren jüdischer Herkunft, viele Kommunisten. Alle aber waren Antifaschisten.

Die Autorin hat mit einer Reihe prominenter Vertreter dieses Kreises seit den 1980er Jahren intensive Gespräche geführt und ihre Bücher, Briefe, Aufzeichnungen und Erinnerungen gelesen. Dabei konnte sie feststellen, dass ihre Gesprächspartner trotz „erlebter Entzauberung“, mancher Enttäuschung und fortgesetzter Desillusionierung im realen Sozialismus mehrheitlich ihre weltanschaulichen und politischen Überzeugungen bewahrt haben. Und zwar bis zuletzt. Als Antifaschisten, Verfolgte des NS-Regimes und Kommunisten, gegenüber dem SED-Regime aber überwiegend kritisch eingestellte Intellektuelle, bil-

deten sie in der DDR eine Art „Schicksalsgemeinschaft“ (229). Indem Sonia Combe hier nun, mit einigem zeitlichen Abstand, ihre Geschichte erzählt, unternimmt sie den mutigen Versuch, „eine Erinnerung zu beleben, die in der postkommunistischen Geschichtsschreibung wenig präsent ist“ (12). Was dabei herausgekommen ist, ist aber keine kontrafaktische Geschichtssphantasie, wie man sie oftmals bei Zeitzeugen findet, sondern eine nützliche Ergänzung der offiziellen Dokumentation, gespeist aus individuellen Lebensläufen, kommentierten Erinnerungen und persönlichen Eindrücken. Vor allem geht es dabei, so ist im Vorwort zu lesen, „um die Geschichte derer, die geschwiegen haben, aber nicht etwa aus Angst oder Feigheit, sondern weil sie ihrem Ideal treu geblieben sind“ (12). Von dieser „Loyalität um jeden Preis“ wird in diesem Buch berichtet.

Der Preis der Loyalität war vor allem ein „großes Schweigen“. Worüber aber wurde in der DDR so beharrlich geschwiegen? Und was wurde dabei verschwiegen? Die Erniedrigungen und Demütigungen im „gewöhnlichen Faschismus“ waren es nicht. Auch nicht die schlimmen Erfahrungen von Flucht, Deportation, Lagerhaft und Krieg. Jeder, der in der DDR aufgewachsen ist, kennt Berichte hierüber, Bücher, Bilder, Filme, Dokumentationen und Erzählungen. Oftmals sogar aus erster Hand, von ehemaligen Spanienkämpfern, KZ-Häftlingen, Lagerinsassen oder Emigranten verfasst. Was er aber nicht kennt, das sind Berichte von Kommunisten, die nach 1933 in die UdSSR emigriert sind, die Schicksale der in den Lagern des GULAG Verschwundenen, die Geschichten von Menschen jüdischer Herkunft, die auch nach 1945 antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt waren, die Biografien von Sozialdemokraten, die 1946 Mitglieder der SED wurden, dann aber politisch „kaltgestellt“ worden sind, und Biografien von Westemigranten, die nach dem Krieg in die DDR gekommen sind, hier einige Privilegien genossen, zeit lebens aber unter Generalverdacht standen

– und trotzdem an der DDR und deren Gesellschaftsentwurf festhielten. Diese Lücke im Kenntnisstand und bei der historischen Aufarbeitung versucht das Buch von Combe zu schließen, zumindest aber ein wenig zu verkleinern.

Die Personen, um die es in dem Buch geht, sind zumindest älteren Lesern gut bekannt. Sie waren Künstler wie Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Volker Braun, Ernst Busch, Hanns Eisler, Franz Fühmann, Louis FURNBERG, Stephan Hermlin, Stefan Heym, Hermann Kant, Heiner Müller, Anna Seghers, Bodo Uhse, Helene Weigel, Wolf Biermann, Christa Wolf, Konrad Wolf und Arnold Zweig, Wissenschaftler wie Fritz Behrens, Rudolf Bahro, Ernst Bloch, Herbert Crüger, Wassili Grossman, Robert Havemann, Wolfgang Heise, Victor Klemperer, Jürgen Kuczynski, Georg Lukács, Hans Mayer, Werner Mittenzwei, László Radványi, Wolfgang Ruge, Wolfgang Steinitz und Kurt Stern. Oder Politiker wie Hermann Axen, Horst Brasch, Klaus Gysi, Kurt Hager und Markus Wolf. Auch Publizisten, Verleger usw. wie Edith Anderson, Gerhart Eisler, Walter Janka, Max Schroeder und andere. Nicht wenige von ihnen besaßen so etwas wie eine doppelte Existenz: Sie waren als Politiker, Funktionäre usw. Repräsentanten des Staates und der Partei und damit „öffentliche Personen“, als Künstler oder Wissenschaftler aber hatten sie eine kritische Distanz zu diesem Staat und zur Politik der SED, deren Mitglieder sie häufig waren. Im Falle von Becher nahm der daraus resultierende Konflikt zunehmend tragische Züge an. Aber auch andere waren keineswegs davon frei. Ausführlich erzählt wird im Buch beispielsweise über das beredte Schweigen von Anna Seghers und ihre „Kunst des Ausweichens“ (123f.) und über die taktischen politischen Manöver von Bertolt Brecht (106ff.).

Bemerkenswert sind einige Zuspitzungen und verallgemeinernde Wertungen. So zum Beispiel, wenn die Autorin über die „intellektuellenfeindliche Atmosphäre“ in der DDR in den 1950er Jahren berichtet und dafür

als Kronzeugen sogar Kurt Hager heranzieht (125f.). Oder wenn sie sich darüber beklagt, dass die ihres Erachtens nach immer vorhandenen gewesene politische Opposition innerhalb der SED bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte „völlig unterbewertet“ (142) bleibt. Sie verdeutlicht dies anhand der Veröffentlichung des „Spiegel-Manifests“ von 1977/78 (142), dessen Verfasser (Hermann van Berg) SED-Mitglied und aktiver Hochschullehrer an der Berliner Humboldt-Universität war. Interessant sind in diesem Kontext auch die Ausführungen zur Rezeption von Georg Lukács in der DDR (117f.). Nicht korrekt ist jedoch die Aussage, dass die Werke von Lukács nach 1956 in der DDR erst wieder in den 1980er Jahren verlegt worden seien (118). Es gab auch in den 1970er Jahren Veröffentlichungen seiner Arbeiten, so zum Beispiel 1977 im Reclam-Verlag.

Ein eigenes Kapitel ist dem Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski gewidmet (177-196). Auch der Untertitel des Buches wurde dem zweiten Band der Autobiografie Kuczynskis von 1992 entlehnt. J. K., wie er sich selbst gern nannte, war ein international geschätzter Historiker, aber auch ein äußerst vielseitiger Autor, Redner und Publizist. Das hatte jedoch seinen Preis. Bekannt ist seine Rolle als „Ghostdenker“ (189) für Partei- und Staatschef Erich Honecker, dem er seine Analysen vorlegte und manchmal auch unterschob, um sie danach als Beleg für die Richtigkeit und politische Korrektheit seiner eigenen Auffassung zu zitieren. In der scientific community fand ein solches Vorgehen wenig Anerkennung, aber Kuczynski war eben auch der einzige Wissenschaftler von Rang in der DDR, der sich öffentlich rühmen konnte, Honecker „zum Freund“ zu haben. Gleichwohl galt er als „der kritischste Gegner innerhalb der Partei“ (191). Dass seine kritischen Stellungnahmen ihm nie ernstlich geschadet haben, ist vermutlich auf „seine wissenschaftliche Reputation“ zurückzuführen, vielleicht aber auch auf sein „robustes Herz“ (195), mutmaßt Combe. Sonst wäre ihm ver-

mutlich ein Schicksal wie Wolfgang Heise, der mit 61 Jahren einen tödlichen Herzinfarkt erlitten hat, beschieden gewesen. Oder wie Fritz Behrens und Wolfgang Steinitz, die ihre Maßregelung überlebt haben, aber „von der Partei gebrochen worden“ sind (195).

Der 2019 von Sonia Combe in Frankreich veröffentlichte Text wurde von der Romanistin und Kulturwissenschaftlerin Dorothee Röseberg sachkundig und einfühlsam ins Deutsche übersetzt. Dabei ging es ihr auch darum, den deutschen Lesern ein hierzulande bislang wenig erschlossenes und kaum bekanntes Kapitel der „DDR-Intellektuellengeschichte“ über einen „Blick von außen“ nahe zu bringen. Im Nachwort betont die Übersetzerin deshalb, dass Sonja Combe mit ihrem Buch „einen Einspruch formuliert“ hat, der sich „gegen das Vergessen jener Gründergeneration und deren Erben richtet“ (227), die, nach den Vorstellungen bundesdeutscher Geschichtsschreibung, längst „auf der Müllhalde“ der Geschichte gelandet seien. Das Buch widerspricht einer solchen Darstellung und trägt dazu bei, hier zu einer Korrektur und einer weniger einseitigen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit zu kommen. Im Anhang finden sich zahlreiche Anmerkungen, die für das Verständnis der Ausführungen von Bedeutung sind. Auch das angefügte Personenregister erweist sich als hilfreich bei der Erschließung des historischen Fundus, den dieses Buch den Lesern bietet.

Sonia Combe: Loyal um jeden Preis. „Linientreue Dissidenten“ im Sozialismus. Berlin: Ch. Links Verlag 2022, 268 Seiten.

Dieter Klein:

Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökonomische Transformation gelingen könnte

Rezensiert von Dieter Segert

Manchmal liest man Bücher von ihrem Ende her. Anna Seghers beginnt das „Siebte Kreuz“, um solche Art Neugierde zu befriedigen, mit dem guten Ausgang der Geschichte. Das Ende jedenfalls zählt. Dieter Klein beendet sein neuestes Buch mit einem Abschnitt über die nötige Befreiung der Menschen aus ihrer Unmündigkeit durch die Überwindung der „von den Herrschenden gesetzten Denkschranken“ (245). Er zitiert Bourdieu: „Politische Subversion setzt kognitive Subversion voraus, Subversion der Weltsicht“ (247). Linke Politik steht vor der Aufgabe, eine Mehrheit zu mobilisieren, nicht mehr und nicht weniger. Das geht nicht ohne souveränes Denken der Vielen.

Dieses Buch Dieter Kleins (geb. 1931) baut auf einem produktiven, langen intellektuellen Leben auf. Zitate von Marx, Bloch und Rosa Luxemburg, Becher, Hesse und Brecht, Ota Šik und Wolfgang Streeck sind Ausgangspunkt oder Illustration wichtiger eigener Thesen. Zentrale Aussagen werden als Merksätze formuliert, am Rand angestrichen und in angemessener Weise wiederholt. Die Widersprüche und Konflikte der Geschichte linker Politik werden deutlich herausgearbeitet. Im ersten Kapitel werden linke Niederlagen und epochale Irrtümer zur Grundlage kritischen

Nachdenkens gemacht, „negative historische Erfahrungen“ linker Politik werden resümiert. Von westeuropäischen Sozialprojekten über die russische Revolution von 1917 hin zur aktuellen lateinamerikanischen Suche nach einer gerechten Gesellschaft: überall ein Scheitern, und das nicht nur an äußeren Feinden. Aber umsonst waren diese Kämpfe nicht. Sie bieten die Möglichkeit zu lernen. Klein unterstreicht seine eigene Herangehensweise: „Hier wird die Ansicht vertreten, dass eine sozial-ökologische Regulationsweise möglich ist“ (17).

Untermauert wird diese Position durch den Verweis auf drängende globale Probleme, wie die Klimakrise, sowie auf historische Erfahrungen von gelungenem gesteuerten gesellschaftlichen Wandel: auf den New Deal und die US-Kriegswirtschaft unter Präsident Roosevelt sowie die chinesische Erfolgsgeschichte seit den Reformen Deng Xiaopings am Ende der 1970er Jahre. Damit ist ein wichtiges Merkmal der Kleinschen Argumentationsweise benannt, die ausführliche Nutzung historischer und aktueller Erfahrungen als ein Mittel zur Überprüfung der Realisierbarkeit der eigenen Vorschläge.

Das zweite Kapitel referiert in sehr gut lesbarer Weise den gegenwärtigen linken Regulationsdiskurs in 15 Abschnitten – von Erik Olin Wright über Elinor Ostrom bis Rainer Land und Hans Thie. Die wichtigste eigene These wird, gestützt vor allem auf Aussagen des marxistischen Soziologen Wright, gleich zu Beginn als Merksatz formuliert: „Im Zentrum eines linken Regulationsdiskurses steht [...], welche Bedeutung der gesellschaftlichen Planung, dem Marktmechanismus und dem Handeln zivilgesellschaftlicher demokratischer Akteure in einer zukünftigen progressiven Regulationsweise zukommen sollte.“ (53). Angesichts der Zukunftsblockade durch die kapitalistische Fixierung auf den möglichen maximalen Gegenwartsprofit erhält die öffentliche Planung eine zentrale Bedeutung für die zukünftige solidarische Regulation.

Im folgenden Kapitel wird das Zusammen-

spiel dieser drei Elemente ausführlich, auf 80 Seiten, beschrieben. Erst aus dem Wechselspiel jener Kräfte entstehe das Gemeinwohl. Zentral dabei ist ein durch Politik und Gesellschaft regulierter Markt. In die Analyse der möglichen Funktion des Marktmechanismus innerhalb einer solidarischen Regulation bringt der Autor sein umfangreiches Wissen über Plan und Markt in dem gescheiterten Sozialismusversuch ein. Ein Lernprozess ist nötig, der die eigenen Erfahrungen nicht vergisst, sowohl nicht die negativen der administrativen Detailplanung als auch die aus den Experimenten mit Marktmechanismen etwa im jugoslawischen Sozialismus oder in der Tschechoslowakei nach 1965 (116ff.). Dabei gesellt sich bei Klein zu den drei Elementen einer progressiven Regulationsweise, wenn man denn zählen will, noch ein viertes, zu begreifen auch als deren allgemeine Voraussetzung: eine Änderung der Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft. Auch das ist ein Ergebnis eines produktiven Umgangs mit dem eigenen Erbe, welcher aus der Ablehnung einer umfassenden Verstaatlichung im Staatssozialismus keine Ignoranz gegenüber der zentralen Stellung der Eigentumsfrage ableitet.

Klein spricht von einem „Bruch in den Eigentumsverhältnissen. [...] Jene Wirtschaftsressourcen, deren Beherrschung über den Grundzustand und die Zukunft der Gesellschaft und der Naturverhältnisse entscheiden, dürfen nicht in den Händen enger Kreise der privatkapitalistischen Machteliten bleiben“ (153, 154). Entstehen sollen auf diese Weise „hybride Eigentumsverhältnisse mit einem starken Gewicht von Gemeineigentum“ (156). Dabei allerdings ginge es nicht um formelles Staatseigentum, sondern um verschiedene Formen von Gemeineigentum. Er stützt sich, wie auch Michael Brie, umfänglich auf Ostroms Verständnis von „Commons“.

Das größte Rätsel linker Politik ist, warum sich trotz verbreiteter Zustimmung zur Richtung der nötigen Veränderungen so wenig tut. Warum handeln so verdammt wenige

entsprechend ihrer Einsichten? Wie kann man, um Marx zu paraphrasieren, „die Verhältnisse zum Tanzen bringen“? Diesem Rätsel widmet sich Klein im letzten Kapitel, das wie folgt überschrieben ist: „Wie kann der Übergang zu progressiver Transformation und Regulationsweise in Gang kommen?“ Die Antwort wird ausführlich und differenziert gegeben, verkürzt kann sie wie folgt zusammengefasst werden: durch Druck von unten und unter Nutzung von Bewegungsräumen, die in der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gruppen einer sich ausdifferenzierenden herrschenden Klasse entstehen. Im Abschnitt über eine doppelte Transformation wird erläutert, dass sich die beiden bisherigen Konzepte von Veränderungen im und gegen den Kapitalismus im Interesse der Bevölkerungsmehrheit, Revolution und Reform, jede für sich als problematisch erwiesen haben (224). Stattdessen gehe es darum, in einem innersystemischen progressiven Wandlungsprozess „Einstiegsprojekte in eine systemüberschreitende“ Transformation zu verwirklichen. Und in diesem Prozess würden notwendigerweise Eigentumsfragen aufgeworfen, es müssten also „heilige Kühe“ geschlachtet werden (225). An Protestaktionen zur Wohnungsfrage und im Gesundheitswesen wurde schon früher (Kap. 3.4.) dargestellt, wie so etwas aussehen könnte.

Das Buch bringt noch viele Anregungen zum Weiterdenken für den interessierten Leser. Dem Rezensenten selbst brachte es die Möglichkeit, über Fragen, die ihn schon längere Zeit beschäftigen, auf neuer Grundlage nachzudenken, etwa über den Platz einer Demokratisierung der Demokratie in einer sozialen und ökologischen Transformation und Wege zu einer deutlichen Verbreiterung der sozialen Basis linker Politik. Offen bleibt die Frage – weil kein Buch eine Antwort darauf geben kann – ob die für eine ökologische und soziale Transformation nötige radikale Veränderung unserer Wirtschafts- und Lebensweise noch rechtzeitig verwirklicht werden kann, um einen drohenden Kollaps der menschlichen Zi-

vilisation abzuwenden. Dieter Kleins Antwort darauf jedenfalls steckt im Zitat Hermann Hesses über den Moralphilosophen Kung Fu Tse: „ist das nicht der, der genau weiß, dass es nicht geht und es trotzdem tut?“. So hat der Autor jenes Buches es immer gehalten.

Dieter Klein: Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökonomische Transformation gelingen könnte. Hamburg: VSA 2022, 265 Seiten.